# ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 18

April / Juni 1993, 2,50 DM

4/93

# Rassismus in den Medien

# Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

so nützlich die hunderte von Lichterketten der letzten Monate gewesen sein mögen, um die lautesten rassistischen Schreier ein wenig vorsichtiger werden zu lassen, sowenig ist mit ihnen der rassistische Grundkonsens dieser Gesellschaft aufgebrochen worden. Das beweist auch und gerade die Kommunalwahl in Hessen. Stimmanteile von zusammen bis zu 30 % für Republikaner, NPD und DVU in einzelnen Stadtteilen Frankfurtssind nicht nur empörend, sondern auch Ausdruck einer rassistischen Normalität. Der Rechtsruck der etablierten Parteien, der ihnen WählerInnenstimmen zurückholen sollte, schein die Wähler von REPs und DVU nur zu ermutigen.

Wer nicht nur bei Betroffenheitsritualen stehen bleiben will, muß mit aller Schärfe nach den Verursachern der rassistischen Gewaltwelle fragen und diese politisch zur Verantwortung ziehen. In diesem Sinne richten wir in dieser Ausgabe der Atze unser Hauptaugenmerk auf die Rolle der Medien und die Aktivitäten des neofaschistischen Spektrums in Norddeutschland. Am Beispiel der NPD wird nachvollziehbar, welche Rolle dem organisierten Neofaschismus in der rassistischen Terrorwelle der letzten Jahre zukommt. Die Schwerpunktsetzung dieses Heftes bedeutet nicht, daß wir dem alltäglichen und institutionalisierten Rassismus keine Bedeutung beimessen. Im Gegenteil: wir haben uns bemüht, in vielen Artikeln Bezüge dazu herzustellen. Daß in diesem Heft kein Beitrag zu der gesetzlichen Abschaffung des Asylrechts durch die "große Koalition" in Bonn zu finden ist, liegt an der Vielzahl anderer, wichtiger Artikel, die uns erreichten. Nach wie vor interessante Beiträge zum Thema Asyl und Flucht enthält das im Frühjahr 1992 erschienene Atze-Sonderheft. Interessierte können es noch bei der Redaktionsadresse gegen drei DM in Briefmarken anfordern.

Wir hoffen, daß diese Ausgabe der Atze für antifaschistische Initiativen und Menschen Unterstützung in ihrem Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus bietet und freuen uns über Rückmeldungen jeglicher Art.

PS: Ganz wichtig! Auch wir müssen unsere Versandadressenumstellen. Deshalb eine dringende Bitte an alle AbonnementInnen. Bitte teilt uns umgehend eure neue Postleitzahl mit, damit wir auch in Zukunft eine pünktliche Beliferung sicherstellen können.

Im übrigen kostet ein Abonnement nach wie vor 15 DM für ein Jahr. Wir bitten um Überweisung auf untenstehendes Konto.

Die **ATZE** - Redaktion

**Atze**

**Antifaschistische Zeitung Kiel**
**Schweffelstraße 6, 2300 Kiel 1**
**Auflage: 900**
**Nr. 18, April/Juni 1993**
**V.i.S.d.P.: W. Petersen**
**Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen.**
**Bankverbindung: S. Petersen**
**KtoNr.: 47 53 83 - 204**
**Postgiroamt Hamburg**
**BLZ: 200 100 20**
**Redaktionsschluß für die Nr. 19: 20. Mai 1993**

## Inhaltsverzeichnis

### Rassismus und Medien



### Schleswig Holstein



### Namen, Daten, Fakten



### Diskussion:



### Sonstiges

# Rassismus und die KN

## - eine unendliche Geschichte

**„Laßt lieber mal Teile in der Zeitung weiß, statt den rassistischen Mist von Politikern abzudrucken."**
*(Volkmar Wölk, VVN/Bund der Antifaschisten, auf dem JournalistInnentag der IG Medien, 28.11.92)*

Seit einiger Zeit wird der Geschäftsführer der Kieler Nachrichten (KN), Christian Heinrich, als Mitglied einer zwölfköpfigen „Kieler Runde gegen Ausländerfeindlichkeit" geführt, die bisher vor allem durch eine Zeitungsanzeige bekannt ist.

### KN gegen rechts?

Ich weiß nicht, was ihn in diese Runde bewegt hat, wäre aber über Aufklärung durchaus dankbar. Zur selbstkritischen Bewertung der eigenen Arbeit und da vor allem des unter dem Dach der KN immer noch betriebenen tendenziös rechtslastigen Journalismus ist man bei der KN bis heute nicht bereit.

(Zu einem bekannten Einwand gleich vorweg eine Entgegnung: Ja, auch ich nehme zur Kenntnis, daß nicht alle Artikel in der KN rechtslastig sind. Daß etliche Journalistinnen und Journalisten sich z.B. bemühen, Verständnis für „AusländerInnen" und Flüchtlinge aufzubringen und zu vermitteln. Daß selbst in den KN manchmal Hintergrundinformationen abgedruckt werden, die nützlich zum Argumentieren gegen rassistische Klischees sind. Aber bitte - mein Vorwurf lautet doch nicht, die KN sei eine Nazi- Zeitung! Ist nicht jede Tendenz zur Förderung des braunen Ungeistes ein unbedingt ernstzunehmendes und die Bereitschaft zum Widerspruch und Widerstand forderndes Alarmsignal ?)

Ein Mittel tendenziöser Zeitungspolitik ist das Nicht- Berichten, die Unterschlagung von Meldungen, die nicht in das Konzept passen. Von den KN nicht nur in Bezug auf antifaschistische Aktionen wie die Kieler Demonstration nach den Rostocker Pogromtagen praktiziert.

Am 19.12.92 fand in der Kieler Universität ein Kongreß über „Rechtsextremismus und Rassismus in den Medien" statt, an dem sich Dr. Ullmann für die KN beteiligte. Dort wurde ihm wie anderen Medienexperten vorgeworfen, dem Rassismus „durch ihre Art und Formulierung der Berichterstattung Vorschub" zu leisten.

Ich zitiere aus dem Fazit, das Alexander Schreiber in der Juso-Zeitung „Rote Küste" 2/93 formulierte:

„Zu bedauern ist (...), daß die Presse (KN usw.) keine Berichterstattung über diese gelungene Veranstaltung brachte. (...) Aber der Vorwurf gegenüber den Medien, wie er auf dem Kongreß auch zum Vorschein kam, scheint zu stimmen: Die Presse berichtet lieber ausschweifend über rechtsextremistische Gewalttaten, als über einen Kongreß, der mit die Aufgabe hat, über den Rechtsextremismus und Rassismus aufzuklären. Wenn die Medien diese Aufklärung nicht unterstützen wollen, so ist es kein Wunder, daß sich in Teilen der Bevölkerung weiter rechtes Gedankengut breit macht!"

### Viel Platz für „rassistischen Mist"

Eine Idee, wie sie Volkmar Wölk formuliert, liegt den KN fern. Nur noch unterstrichen wird dies dadurch, daß sich der rassistische Schreibtischtäter Falk Osberger mehrfach als Interviewer prominenter Politiker in den KN betätigte.

Falk Osberger? - Genau, die ATZE hatte ihn bereits in ihrer Extra-Ausgabe vom Febr.92 vorgestellt. Das ist der, der meinte, die Skinheads hätten „den Parteien Beine gemacht" und sich darüber beklagte, daß „Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und andere Erscheinungen (...) kaum noch in Verbindung mit Ausländern gebracht werden dürften." (KN, 11/10.91 bzw. 10/1.92)

Inzwischen hat sich ja gezeigt, daß er den heute geforderten politischen Riecher besitzt. (Im August ,91 schrieb er beispielsweise: „Wahrscheinlich wird sie" (SPD und FDP) „der *Asylantenansturm* irgendwann doch zu der Erkenntnis zwingen, daß es ohne Grundgesetzänderung nicht geht") So etwas macht ihn für so eine Zeitung wertvoll. Er selbst weiß die Entwicklung durchaus zu würdigen: „Donnerwetter, dieser Engholm! Da ist er erst bereit, dem Asylmißbrauch per Grundgesetzänderung zu Leibe zu rücken, und nun will er sogar mit verdeckten Ermittlern und Lauschangriffen das organisierte Verbrechen bekämpfen." (31/8.92)

Und er belehrt uns: „Der liberale Rechtsstaat kann auch an einer Überliberalisierung zugrundegehen."

Zu liberal ist ihm auch noch die CDU, deren Bundesparteitag im vergangenen Oktober er u.a. so kommentierte: „Einen gewissen Akzent setzte noch in der Asylpolitik die Ankündigung, die Sozialhilfe für Asylanten um 25 Prozent zu kürzen. *Zu Recht* meinten allerdings einige Delegierte, die Kürzung sei viel zu gering angesichts der Tatsache, daß viele Asylbewerber damit immer noch mehr hätten als in der Heimat." (KN, 29/10/92)

Presse macht Meinung...

Ganz in diesem Sinne „strömen" und „fluten" immer noch die Fremden nicht nur durch Kommentare, sondern auch durch Artikel der KN.

Man muß dort nichts daraus lernen, daß man früh Mitverantwortung für rassistische Gewaltaktionen auf sich geladen hat, z.B. mit dieser Artikelüberschrift, die knapp 2 Monate vor Hoyerswerda, am 30.7. 1991 erschien: *„Sachsen leidet unter Flut von Asylbewerbern"*. In der gleichen Ausgabe durfte Osberger schreiben, es sei „mit den Händen zu greifen, daß Handlungsbedarf besteht", und „Das jetzige Asylrecht ist also ganz offensichtlich zu einem Schlupfloch für Wirtschaftsflüchtlinge geworden."

Da er die auf diese Art und Weise auch herbeigeschriebenen Gewalttaten später ungestraft bejubeln durfte, läßt man ihn weiter vorpreschen und nach der Erledigung des Grundrechts auf Asyl früh-



*KN-Bildberichterstattung: ...ein Bild, das an Kripo-Fotos vom Drogenstrich erinnert*

zeitig den nächsten Schritt propagieren:

„... Sinn der ganzen Aktion ist es ja, die Zahl der Zuwanderer deutlich zu verringern. Es gibt aber Stimmen wie den UN-Funktionär Hans ten Feld, die meinen, dies werde mit der Konvention nicht zu bewerkstelligen sein." (Gemeint ist die Genfer Konvention, die auch manchen abgelehnten Asylbewerbern ein Bleiberecht einräumt.) „Sollte er recht haben, *wird man im europäischen Rahmen auch über die Genfer Konvention nachdenken müssen.*" (KN, 17/9/92)

So gibt die KN Kampfrufen zur Beseitigung der Menschenrechte Raum.

## Stichwortgeber für die DVU?

Falk Osberger ist nicht der einzige KN-Schreiber, dessen Demagogie an die faschistische DVU erinnert. Ein krasses Beispiel dafür lieferte am 4.5.1992 die KN-Korrespondentin in den USA, Marlene Manthey. Unter dem Titel „*Warum die Ghettos explodieren*" schreibt sie:

„Es ist eine zu einfache Erklärung, wenn gesagt wird, die Rassenkrawalle in Amerika seien die Folge einer verfehlten Sozialpolitik (...) ...die Lehre, die aus den Morden, Bränden und Zerstörungen der letzten Tage gezogen werden muß - nicht nur in Amerika, genauso dringend auch in Europa - heißt: Die so vielgepriesene multikulturelle Gesellschaft ist bestenfalls ein schöner Traum und in Realität oft nichts als ein Schlagwort von Politikern und Geschäftemachern, die aus der kulturellen und ethnischen Konfusion ihren Profit ziehen."

Vielleicht hat Ingo Stawitz (oder die Münchner DVU-Zentrale?) diesen Artikel gelesen, bevor er für die Juni-Sitzung des Landtages den Antrag der DVU-Fraktion formulierte, in dem es unter der Überschrift „Der Niedergang der multikulturellen Gesellschaft" unter anderem heißt:

„Die sogenannten Rassenkrawalle in den USA machen deutlich, daß die „multikulturelle Gesellschaft" zum Scheitern verurteilt ist. Aus der „multikulturellen Gesellschaft" hat sich eine „multikriminelle Gesellschaft" entwickelt. (...) Folgeerscheinung der „multikulturellen Gesellschaft" ist auch die Ausplünderung der armen Volksschichten. Die Reichen werden immer reicher - die Armen aber immer zahlreicher!" (Vollständig in: „Multimillionär Frey und seine DVU", Kiel, August 1992 - zu beziehen auch über die „Atze".)

Dem DVU-Antrag „gegen Krieg, Gewalt und Multi-Kultur", in dem unter Hinweis auf den Bürgerkrieg in Jugoslawien alle „Bestrebungen" verurteilt werden, „die Bundesrepublik durch hereinlassen von Millionen Scheinasylanten in einen Vielvölkerstaat umzuwandeln", ging die KN voraus mit der Titel-Schlagzeile: „*Die Jugoslawen kommen!*" Oberzeile: „*Fluchtwelle* erreicht Schleswig-Holstein - Oelixdorf schon überfüllt", in der Unterzeile: „Jansen legt Notplan vor". (21/5/92)

Die Vorstellung der geplanten DVU-Anträge in den KN übernahm am 26.5.1992 Peter Höver. Er scheint bei der DVU durchaus verhaßt, da er sie, nicht zuletzt der dumpfen Dummheit ihrer Abgeordneten wegen, oft heruntermacht. Politisch allerdings argumentiert er oft auf der Linie Osbergers. Die Kürzungen der Sozialhilfeleistungen für AsylbewerberInnen bewertete er in den KN am 3.2. 1993 so:

„Die Rechnung ist einleuchtend: Das deutsche Asylrecht, von der überwiegenden Mehrheit der Flüchtlinge zu Unrecht in Anspruch genommen, soll seine europaweit einzigartige Sogwirkung verlieren. (...) Wirkliche Entlastung beim Zustrom von Asylbewerbern und den damit verbundenen Kosten ... wird erst möglich sein auf der Basis der zwischen Koalition und SPD verabredeten Grundgesetzänderung." Bereits vorher hatte er in dem „gewaltigen Zuwanderungsdruck" und den „kaum mehr zu bewältigenden Unterbringungsproblemen" ein „explosives gesellschaftliches Gemisch" ausgemacht (KN, 12/9/92). Im übrigen, so fährt er an gleicher Stelle fort, sei Umfragen zufolge „bald mehr als jeder dritte Bundesbürger" der Meinung, sich „gegen Ausländer wehren" zu müssen - und *deshalb* sei die Einigung von CDU und SPD im Landtag so wichtig. Sonst würden sie nämlich „den Rechtsextremen nur noch mehr Menschen in die Arme treiben". - „Demokratische" Demagogie zur Förderung der schrittweisen Durchsetzung faschistischer Ziele...

## Horror - Szenarien

„Der Hauptvorstand der IG Medien appelliert insbesondere an Journalistinnen und Journalisten, nicht zuletzt aber auch an Verlagsleitungen, alles zu unterlassen, was die ausländerfeindliche Stimmung weiter anheizen könnte, statt dessen sachlich über die Probleme zu berichten und die wirklichen Ursachen zu benennen." (Aus dem „Appell des Hauptvorstandes der IG Medien an alle Mitglieder" vom 3.12.92.)

Von einer Beherzigung dieses Appells ist man bei den KN, was die generelle Linie angeht, weit entfernt. (Nebenbei: Es ist kaum ein Zufall, daß die KN sich dem Aufruf zu „Demonstrationen bis hin zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen" aus dem selben Appell, der später in der Aufforderung zu 15 - minütiger Arbeitsruhe am 29. Januar 1993 konkretisiert wurde, nicht anschloß.)

Recht willkürlich ausgewählt aus der Fülle des vorliegenden Materials sind die folgenden Beispiele.

• Am 10.8.92 schrieb „tbf" aus Lübeck - auch so ein Meister der Recherche - unter der Überschrift „Asylbewerber: Ein Dorf in Sorge": „Blankensee, gutbürgerlicher Vorort Lübecks, war bisher eine friedliche Idylle. Doch jetzt macht sich hier die Angst breit." Denn „200 Asylanten" sollen kommen. Dabei sind schon Aussiedler da! Unkommentiert wird die folgende Schilderung von „Burghardt Hahnfeld (50)" weitergereicht: „Unsere Kinder werden im Bus belästigt, Frauen obszön angemacht. Die Ernte wird geklaut und Gärten als Toiletten mißbraucht...". „tbf" kommt zu dem

Schluß: „Für viele ist jetzt die Bürgerinitiative ´Zukunft Blankenese´ die *letzte Hoffnung*."

• Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen hat wohl jede/r noch im Gedächtnis. Die KN beschrieb die angebliche Situation in diesem Bundesland schon am 4.9.92 so: *„Hessen steht vor dem Asylkollaps"*. Lies: Das Land Hessen (nicht die AsylbewerberInnen) schwebt in Lebensgefahr...

• Über Maßnahmen zur „Eindämmung einer neuen Flüchtlingswelle von Rumänen nach Mecklenburg - Vorpommern" berichten die KN am 11.3.93 unter der Überschrift *„Schwerin: Lage in Flüchtlingsheim ´dramatisch´"* auf der Titelseite. Am nächsten Tag wird nachgehakt. Über die „heranrollende Zuwanderungswelle" (Text von dpa übernommen) wird berichtet; selbstgewählte Überschrift: „Immer mehr Rumänen strömen nach Mecklenburg - Vorpommern", in der Unterzeile: *„Situation spitzt sich zu"*.

• Über einen „erschreckenden Zuwachs an Kriminalität ... bei den rumänischen Tatverdächtigen" hatte „sgi" unter Berufung auf Landeskriminalamt bereits am 12.9.92 gefaselt - im direkten Anschluß an einen Artikel über „bettelnde Roma". Der Artikelvorspann beginnt mit den Worten: „Sie kommen in großer Zahl, werden oft von organisierten Schlepperbanden über die Grenze gebracht ...".

Versehen ist der Artikel mit einem Bild, das an Kripo - Fotos vom Drogenstrich erinnert: Die Personen mit Balken über den Augen beim Tätigen eines anrüchigen Deals.

• „Nordeuropa fürchtet sich vor einer Flüchtlings - Invasion" (2.2.93), „Europa einig gegen Illegalen - Zustrom" (16.2.93) usw., usw. ... Brechreiz - Lektüre ohne Ende. Hier soll es genug sein.

• Nur eines noch: Die KN beschränken sich nicht auf Wortbeiträge. Zwei volksverhetzerische Zeichnungen aus der Feder des Hauskarikaturisten mögen das verdeutlichen. Da wird der gute deutsche Michel zum Opfer, bedroht von der Bombe der „Asylprobleme", kaum noch geschützt von Politikern wie dem heldenhaften Herrn Seiters, der gerade die von den Roma ausgehende Bedrohung abzuwenden vermochte - aber wohl nur kurzfristig, denn sie stoßen wieder zur Lawine der Fremden, die bald alles Deutsche unter sich begräbt.

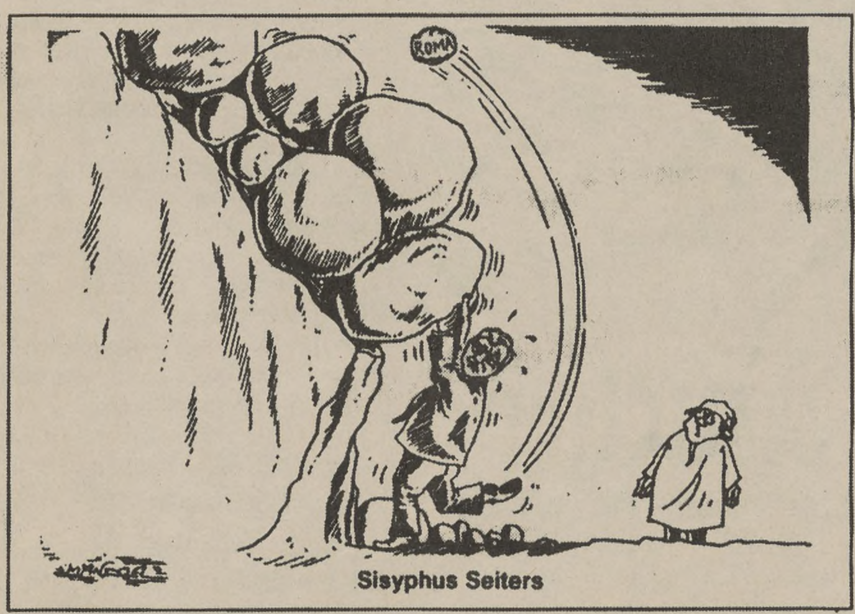
Wenn „wir" uns nicht endlich wehren ...

• Fazit: Die „Kieler Nachrichten" leisten (trotz der vorhandenen Ausnahmen) weiterhin ihren Beitrag zum Fremdenhaß. Es gilt auch in Kiel weiterhin, die Schreibtischtäter bloßzustellen und zu bekämpfen. - Nein, Herr Heinrich, mit dem Unterzeichnen eines Appells kann man sich nicht freikaufen.

*Dietrich Lohse*

*(Die kursiv gesetzten Stellen sind Hervorhebungen des Autors.)*




*Volksverhetzerische Zeichnungen aus der Feder des KN-Hauskarikaturisten*

*Seit Anfang 1993 sieht sich Dietmar Munier, Verleger und Buchhändler neofaschistischer Literatur, erneut antifaschistischen Aktivitäten gegenüber: eine Initiative Kieler BuchhändlerInnen und VerlagsmitarbeiterInnen hat öffentlich gegen das volksverhetzende Treiben der „Buchhandlung am Dreiecksplatz", des „ARNDT-Buchdienstes" und des „Orion-Heimreiter-Verlages" Stellung genommen und die Berufsvereinigung der BuchhändlerInnen, das Börsenblatt, um Prüfung geeigneter Schritte gegen Munier gebeten. Für die ATZE Anlaß genug, noch einmal näher auf Muniers Aktivitäten einzugehen.*

# Macht Schluß mit dem Nazi-Buchladen in Kiel!

Auf den ersten Blick ist die „Buchhandlung am Dreiecksplatz" in der Kieler Wilhelminenstrasse von anderen Buchhandlungen kaum zu unterscheiden. Im Zeitschriftenständer findet sich auch der SPIEGEL, im Schaufenster Literatur über Schleswig-Holstein oder das Segeln. Nur KennerInnen des neofaschistischen Zeitschriftenangebots wissen, daß die ebenfalls im Ständer auf der Straße feilgebotene Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" eines der übelsten rassistischen, antisemitischen und geschichtsverfälschenden Blätter der Republik ist.

Nur wer sich also etwas genauer umschaut, erkennt in der Buchhandlung einen zentralen Stützpunkt des organisierten Neofaschismus in Schleswig-Holstein...

### Ein Buchladen mit Vergangenheit

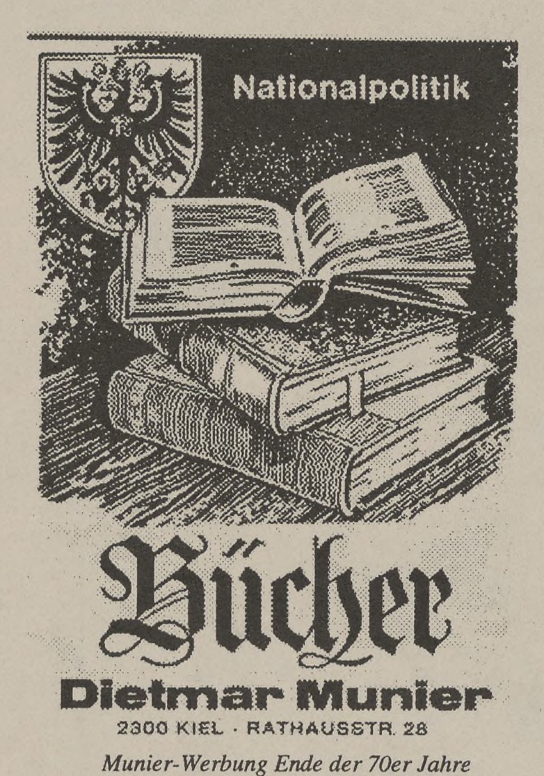
Zunächst wurde ein Nazi-Buchladen mit dem Namen *Nordwind* in der Rathausstraße von dem inzwischen polizeilich gesuchten und nach Dänemark geflüchteten Altfaschisten Thies Christophersen gegründet. In denselben Räumlichkeiten eröffnet Munier dann Ende 1975 den *Sturmwind*-Buchladen. Munier war zunächst stellvertretender Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten" (= Jugendorganisation der NPD) in Schleswig-Holstein sowie im „Bund Volkstreuer Jugend" aktiv. Diese Organisation ist in Österreich verboten.

Bis 1977 gab er deren Kieler Zeitschrift „Wehrwolf" heraus; darin wurde - von ihm - nicht nur zu Wehrsportaktivitäten aufgerufen, sondern auch der Nutzen eines solchen (Buch)-Ladens geschildert:

„1. Eine neutrale Anlaufstelle für junge Leute, zum ersten Beschnuppern und Anregen zur aktiven Mitarbeit.
2. Ein dauerbesetzter Treffpunkt als Umschlagplatz für Informationen und Nöte unseres Kameradenkreises.
3. Eine Ermutigung für alle resignierten Älteren, die uns zufällig entdecken würden.
4. Eine Verbreitung der totgeschwiegenen Bücher und Autoren unseres Geistes zu ermöglichen."

### Umschlagplatz neofaschistischer Propaganda

Ganz in diesem Sinne konnten Interessierte im Buchladen in der Vergangenheit die verbotene Schrift „Die Auschwitz-Lüge" kaufen; eine Schrift, die in geradezu ungeheuerlicher Weise die Ermordung von über eine Million Menschen im größten Vernichtungslager der Nazis bestreitet und deren Verbreitung zu Recht unter Strafe gestellt ist.



*Munier-Werbung Ende der 70er Jahre*

Eine ähnliche Verharmlosung oder gar Rechtfertigung von Nazi-Verbrechen finden sich in anderen zum Verkauf angebotenen Schriften der Buchhandlung bzw. des angegliederten ARNDT-Verlages, der sich in den Räumen über dem Buchladen befindet.

Mit dem angebotenen Buchprogramm wird massiv faschistische Ideologie verbreitet; so etwa im „Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus", für das in Muniers Verlagsprospekt damit geworben wird, „daß hier eine Weltanschauung Lösung auf Fragen existentieller Art anbietet."

Was damit gemeint ist, macht die Erinnerung an die Nazi-Diktatur ebenso deutlich wie die genaue Betrachtung der politischen Aussagen von NPD, DVU und REP: Beseitigung der Gewerkschaften als unabhängige Organisationen sowie bürgerlicher Rechte wie Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit und vieler, hart erkämpfter sozialer Errungenschaften, Zerschlagung der sozial fortschrittlichen Organisationen, brutale Ausgrenzung von Minderheiten, ...

### Treffpunkt von FaschistInnen

Außer zur Verbreitung faschistischen Gedankenguts diente der Laden in der Vergangenheit der rechtsextremen Szene als Anlaufstelle. Munier

und der langjährige Mitinhaber des Ladens, Gernot Mörig, sind lange an führender Stelle im „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ) tätig gewesen. In den Räumen, in denen sich der Sturmwind-Buchladen befand, war gleichzeitig auch das Materiallager des BHJ untergebracht. In Kiel stellte diese Organisation bei Wahlen Ende der 80er Jahre einen großen Teil der REP-KandidatInnen; im Europawahlkampf betätigten sich diese dann auch als Schlägertruppe gegen AntifaschistInnen. Als im Jahr 1992 die „Antifaschistische Jugend-Aktion" (AJA) vor dem Buchladen eine Flugblattaktion machte, eilten wenig später einige kräftige Faschisten in Richtung Buchladen (siehe Bild rechts). Und noch heute, wo sich Munier auf seine Verlagsgeschäfte und revanchistische Aktivitäten in Rußland (früheres Nordostpreußen) konzentriert, dienen ihm diese Kontakte zur Durchführung seiner „Aktion Deutsches Königsberg" (vgl. ATZE 16).

## Politisches Verbrechen

Aus gutem Grund wurden faschistische Organisationen und die Verbreitung ihres Gedankengutes nach 1945 verboten. Faschismus ist keine politische Meinung wie andere auch, über deren Berechtigung gestritten werden kann. Die Jahre 1933- 45 haben gezeigt, daß Faschismus für politisches Verbrechen steht. Morde, Krieg und rassistische Menschenversuche gehören untrennbar zu diesem System und seiner Ideologie. Wer die Verbrechen des Faschismus leugnet oder verharmlost, von dem ist zu befürchten, daß er auch nicht vor einer Wiederholung zurückschreckt.

Politisches Verbrechen ist der Faschismus auch heute wieder; beim Anschlag auf das Münchner Oktoberfest wurden 1980 13 Menschen, darunter drei Kinder, getötet und über 200 weitere ahnungslose FestbesucherInnen durch eine Bombe von Neonazis schwer verletzt. Rechter Terror forderte in den letzten Jahren mehrere Dutzend Todesopfer.

Als 1978 in Itzehoe Kieler Neonazis wegen Sprengstoffanschlägen und versuchter Raubüberfälle vor Gericht standen, gaben einige der Angeklagten an, sie hätten sich in Muniers Laden kennengelernt und Munier hätte den Kontakt zwischen ihnen hergestellt. Ist es das, was Munier unter „erstem Beschnuppern und Anregen zur aktiven Mitarbeit" versteht? Ist es das, wofür die „Buchhandlung am Dreiecksplatz" auch heute noch die Fassade abgibt?

## Der Buchladen muß weg !!

Seit den ersten Anfängen faschistischer Buchläden hat es immer wieder Proteste



und Aktionen gegen sie gegeben. Mal waren es die 700 TeilnehmerInnen einer gewerkschaftlichen Jugendversammlung in Kiel, die von der Stadt Kiel die sofortige Schließung forderten, mal waren es antifaschistische Initiativen, die Flugblätter verteilten und Unterschriften für das gleiche Ziel sammelten. Und bei vielen antifaschistischen Demonstrationen war der Buchladen Gegenstand von Redebeiträgen; hin und wieder flogen auch mal Eier oder andere Dinge gegen den Laden. Schon Anfang 1979 jammerte die *Deutsche Wochen-Zeitung*:(damals noch NPD-nahe, heute bei DVU-Frey) „Da wird eine Fuhre Mist vor den Buchladen hingefahren, da werden Stellschilder mit beleidigenden Äußerungen aufgestellt und da wird in einer roten Lokalzeitung die Schließung des Buchladens gefordert." Inzwischen jedenfalls sind die Stahljalousien außerhalb der regulären Geschäftszeiten heruntergelassen, so daß zumindest abendlichen SpaziergängerInnen der Blick auf das Sortiment verwehrt bleibt.

Die Initiative der 205 Kieler BuchhändlerInnen und VerlagsmitarbeiterInnen ist die jüngste Aktion gegen den Buchladen. In ihrem Schreiben an den Börsenverein des Deutschen Buchhandels teilen sie diesem mit, daß sie es für „unerträglich halten, daß sie mit ihrem Mitgliedsbeitrag im Börsenverein mithelfen, einem solchen Buchhändler die notwendige Infrastruktur bereitzustellen, um rechtsradikales Gedankengut zu vertreiben." Die Kieler Initiative fordert den Börsenverein auf, „Maßnahmen gegen die rechtsradikale Buchhandlung am Dreiecksplatz einzuleiten".

In einer Stellungnahme an das BÖRSENBLATT, die Zeitschrift des Börsenvereins, entgegnete Munier unter anderem, daß er zwar für den „Werwolf" geschrieben habe, nicht aber Herausgeber der Zeitschrift gewesen sei. Eine glatte Lüge. In der Ausgabe vom Frühjahr 1977 heißt es im Impressum: „Herausgegeben im Auftrage der Volktreuen Jugend Kiel (VJK) V.i.S.d.P.: Dietmar Munier."

Während der Justitiar des Börsenvereins auf die schwierigen rechtlichen Fragen eines Ausschlusses rechtsextremer Verlage verweist, mobilisiert Munier die rechte Szene.

Die Kielerin Heidrun Neu, in der Vergangenheit wiederholt als REP-Kandidatin aufgetreten, bemühte in einem Leserbrief in den „Kieler Nachrichten" den Grundgesetzartikel 5 (Meinungsfreiheit), um der Forderung der demokratischen BuchhändlerInnen und VerlagsmitarbeiterInnen eine Abfuhr zu erteilen. Dabei gehört zum Programm von REP und anderen neofaschistischen Parteien seit jeher die Forderung nach staatlicher Presselenkung und -zensur.

Auch die neofaschistische *Gesellschaft für freie Publizistik* hat sich bereits mit den demokratischen und antifaschistischen Aktivitäten in Kiel befasst. Ihr *Arbeitskreis Recht* tagte Ende Januar 1993 unter Leitung des Alt-NPDlers Rolf Kosiek. Was sie sonst mit Füßen treten, klagen sie nun in einer an den Börsenverein des Deutschen Buchhandels gerichteten Erklärung ein: „Die Teilnehmer des Treffens ... appellieren an den Vorstand des Börsenvereins, solchem undemokratischen Druck nicht nachzugeben und die Freiheit der grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerung auch auf diesem Gebiet zu erhalten."

Soll der Buchladen jedoch tatsächlich verschwinden, so reicht es nicht aus, daß alle paar Monate eine andere Gruppe aktiv wird; in dieser Frage ist eine breite Zusammenarbeit erforderlich. Die Aktivitäten der Kieler Initiative von BuchhändlerInnen und VerlagsmitarbeiterInnen verdient breite Unterstützung. Aber natürlich gibt es daneben vielfältige andere Möglichkeiten politischen Druck zu entwickeln. Dann werden wir vielleicht auch einmal sagen können: der Nazi-Buchladen *ist* weg.

# Stationen einer langen Karriere im neofaschistischen Lager

*Bereits vor einigen Jahren veröffentlichte der* Asche Arbeitskeis *in seiner Broschüre „Neonazis in Kiel" Dokumente über das einschlägige Wirken des Dietmar Munier. Trotzdem erdreistet sich dieser gegenüber der Öffentlichkeit immer wieder, diese Tatsachen, z.B. seine Funktionärstätigkeit für die Jugendorganisation der nefaschistischen NPD, in Abrede zu stellen. Die folgende Aufzählung gibt einen Überbick über Muniers Tätigkeit in den letzten 20 Jahren. Sie stützt sich auf der ATZE vorliegende Dokumente, die hier rein aus Platzgründen nicht veröffentlicht werden können.*

| | |
|---|---|
| März 1973 | Munier schreibt in der Erstausgabe der JN-"Schülerzeitung für die Kieler Gymnasien" *Fanal* das Editorial. |
| September 1973 | Als stellvertretender Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten" lädt Munier zur Landesmitgliederversammlung nach Neumünster ein. |
| Ende 1975 | Munier eröffnet den *Sturmwind*-Buchladen in denselben Räumen, in denen bis dahin der Altnazi Thies Christophersen seinen *Nordwind*-Buchladen hatte. |
| Oktober 1976 | Für den JN-Kreisverband Kiel lädt Dietmar Munier zum Landeskongreß in den Kieler Ratskeller ein. |
| Juni 1977 | Dietmar Munier lädt unter dem Namen „Wehrwolf Kiel Volkstreue Jugend" zu einem Wochendlager in die Nähe Plöns ein, bei dem auch Wehrsport auf dem Programm steht. |
| März 1978 | Dietmar Munier nimmt an den 22. Norddeutschen Kulturtagen des „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes e.V." in Lüneburg statt. |
| Juni 1978 | In der Zeitschrift „Der Trommler" erscheint eine Anzeige des von Munier betriebenen „Sturmwind-Buchladens" in der Rathausstraße 28. Dort ist auch die Kontaktadresse des BHJ. Leser werden mit dem Angebot gelockt: „Wenn ihr beim BHJ - Abt. Beschaffung und beim Sturmwind gleichzeitig bestellt, spart ihr Porto!" |
| Oktober 1978 | Die von Munier organisierte Filmveranstaltung „U-Boote westwärts" sorgt für öffentliches Aufsehen und antifaschistische Proteste. |
| November 1980 | Munier und der langjährige Bundesführer des rechtsextremen „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ) eröffnen die „Rathaus-Buchhandlung-GmbH" in der Rathausstraße 2. Der Buchhandlung wird der von einem ehemaligen NPD-Mitglied geführte ARNDT-Verlag (Vaterstetten, Bayern) angegliedert. |
| 1984 | Munier macht intensiv Werbung in der neofaschistischen Monatszeitschrift „Nation Europa". |
| April 1985 | Munier tritt als Referent beim *Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)* auf. Die DKEG ist eine der ältesten faschistischen Organisationen in der Bundesrepublik. |
| 1988/1989 | Mitglieder des BHJ, in dem Munier nach wie vor beträchtlichen Einfluß hat, kandidieren bei den Landtags- und Europawahlen in Schleswig-Holstein auf der Liste der REP. |
| 1990 | Im Auftrag Muniers schreibt David Irving ein Buch über die Oder-Neiße-Grenze, die von den deutschen Faschisten allerdings nicht anerkannt wird. Irving, dessen Bücher sich bis heute im Angebot des von Munier betriebenen Buchdienstes befinden, gehört zu den eifrigsten Verfechtern der Auschwitz-Lüge, nach der es in diesem Vernichtungslager keine Vergasungsanlagen gegeben hat. Das Landgericht München verurteilte ihn deshalb im Januar 1993 zu einer Geldstrafe in Höhe von 30 000 Mark. |
| Juni/Juli 1992 | Munier beteiligt sich an der Aktion „Begegnung mit Jugendlichen aus Ostpreußen", deren Leiter der Büsumer Oberstudienrat Bernhard Bühler innehat. Bühler ist aktiv tätig beim „Bund Deutscher Unitarier", einer neofaschistischen Sekte, die aus der „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" hervorgegangen ist. |
| 1992 | Munier startet die *Aktion Deutsches Königsberg*, die die Ansiedlung von Deutschen im ehemaligen Nordostpeußen zum Ziel hat. Nach dem Willen der FaschistInnen soll mit ihr der fortbestehende Anspruch auf diese Gebiete Rußlands dokumentiert werden. |
| Januar 1993 | Im Zusammenhang mit der *Aktion Deutsches Königsberg* gründet Munier mit Helge Redeker die „Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH, Kiel" mit einem Stammkapital von 315.000.,- DM (siehe rechts). |

*In den letzten Jahren ist Munier weniger stark als Funktionär neofaschistischer Jugendgrup-pen hervorgetreten; stattdessen hat er sich stark konzentriert auf seine verlegerische und buchhändlerische Tätigkeit. Etwa einmal im Jahr gibt Dietmar Munier den Katalog „Lesen & Schenken" des ARNDT-Buchdienstes heraus. In ihm finden sich weit überwiegend Schriften aus dem Lager rechts der CDU. Aus verschiedenen Ausgaben dieser Werbeschrift sind die folgenden Beispiele entnommen. Da den meisten BuchkäuferInnen die Autoren dieser Schriften unbekannt sein dürften, haben wir uns erlaubt, einige Hintergrundinformationen beizusteuern. So zeigt sich nur allzu deutlich, wes Geistes Kind Munier ist.*

# Bücher bei Munier:

## rassistisch von der Maas bis an die Memel

• Als Verharmlosung der Verbrechen der Waffen-SS muß das Buch „SS-Sturmbataillon 500 am Feind" von Ingo Peterssen verstanden werden. In Muniers Katalog heißt es allerdings bewundernd und lobend: „Weg und Kampf einer legendären Einheit der Waffen-SS - das Straf- und Bewährungsbataillon 500. Ein packendes Buch in der Sprache des beteiligten Landsers". Kein Wunder, daß diese Kriegsverherrlichung auch bei den gewalttätigen Mitgliedern der jüngst verbotenen „Nationalistischen Front" als Lektüre ganz oben stand.

• Offene Sympathie für den Nationalsozialismus kommt in der Ankündigung eines Buches des berüchtigten Nazi-Autors Hans Grimm (bekanntestes Werk: „Volk ohne Raum") zum Ausdruck: „Hans Grimms zentrale politische Arbeit, die Würdigung des Nationalsozialismus und Auseinandersetzung mit den Zerstörern des Reiches. Eine bedeutende, brillante Arbeit."

• Rassistische Katastrophenbilder schürt ein Buch von Beat Christoph Bäschlin mit dem Titel „Der Islam will uns fressen". In der Werbung des ARNDT-Buchdienstes heißt es entsprechend volksverhetzend: „Zur Jahrtausendwende wird es 1 Milliarde Anhänger des Islam geben, die wie eine Naturkatastrophe über Westeuropa hereinbrechen und mit ihrer Religion der Intoleranz die Führung und Macht beanspruchen werden." B.C. Bäschlin ist regelmäßiger Autor in der antisemitischen Monatszeitschrift CODE.

• Die Bücher des Bundesvorsitzenden der neofaschistischen DVU, Gerhard Frey, und seines Sohnes werden von Munier natürlich auch feilgeboten. Über die antipolnische Hetze von Frey jun. heißt es z.B.: „Die gut recherchierte Generalabrechnung mit dem ständig expansionslüsternen Polen, das spätestens seit dem 1. Weltkrieg Millionen deutscher Menschen in ein Meer aus Tränen und Blut gestürzt hat." Für diese Geschichtsfälscher hat es den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1.9.39 nicht gegeben.

• „Reizwort Rasse" nennt sich ein Buch von Johannes P. Ney, welches wie folgt angepriesen wird: „Der umfassend gebildete, welterfahrene Autor... hält den staatlich verordneten „Anti-Rassismus" unserer Tage in Wahrheit für einen gegen die germanischen Völker gerichteten brutalen Rassenhaß." Ney veröffentlicht seine neofaschistischen Texte in der Regel in den „Huttenbriefen für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht".

• Die Symbolfigur der gewalttätigen Nazigruppen, Otto Ernst Remer, ist mit dem Buch „Kriegshetze gegen Deutschland" vertreten. Remer war an der Niederschlagung des Anti-Hitler-Aufstandes vom 20. Juli 1944 beteiligt; seit 1945 ist er in faschistischen Organisationen aktiv. Wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß wurde er in den letzten Jahren mehrfach zu Haft- und Geldstrafen verurteilt.

B 3592 – 21. 1. 93: **Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH, Kiel** (Wilhelminenstr. 13). Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 21. Dezember 1992 errichtet. Gegenstand: Förderung des Baus von Siedlungen in Trakehnen/Ostpreußen und Umgebung für Wohn-, Nebenerwerbs- und Gewerbezwecke, insbesondere durch die Beschaffung von Siedlungsland, dic Planung und Finanzierung der Siedlungsvorhaben, die Vergabe von Bauaufträgen, die Verwaltung der geschaffenen Siedlungsobjekte und ggf. deren Veräußerung an die Siedler. Die Gesellschaft betreibt keine erlaubnispflichtigen Bauträgergeschäfte. Die Gesellschaft kann den Unternehmenszweck insbesondere dadurch verfolgen, daß sie Gesellschafter eines nach russischem Recht zu gründenden Gemeinschaftsunternehmen wird. Die Gesellschaft soll ihre Geschäfte kostendeckend ohne die Absicht der Gewinnerzielung betreiben. Stammkapital: 315000,– DM. Der Geschäftsführer Kaufmann Dietmar Munier in Hohenhude ist alleinvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Der Geschäftsführer Zollbeamte Helge Redeker in Unterschweinbach ist alleinvertretungsberechtigt. Nicht eingetragen: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger.

*Eintragung ins Handelsregister, Quelle: WNO 3/93*

• Im Buchangebot von Dietmar Munier finden sich zudem eine Reihe von Schriften des sog. „Revisionismus", in dessen Mittelpunkt die Verharmlosung oder gar Leugnung des Nazi-Völkermordes an den Juden steht. Hierzu gehört der NPD-Schriftsteller Udo Walendy mit seinem Büchlein „Wirbel um den Leuchter-Bericht". Auch die Werke anderer führender „Revisionisten" wie David Irving und Paul Rassinier werden von Munier zum Kauf bereitgehalten.

• Mit Gustav Sichelschmidt findet sich ein weiterer Autor unzähliger Artikel in neofaschistischen Zeitschriften, u.a. der „Deutschen Wochenzeitung" des DVU-Chefs Gerhard Frey.

• Als „großartige Auseinandersetzung mit allen Erscheinungen des Zeitgeschehens in Politik, Wirtschaft, Kunst, Geisteswissenschaften, Publizistik usw." wird in „Lesen & Schenken" das Buch des französischen Neofaschisten Alain de Benoist gepriesen, der die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte in Frage stellt.

• Das „Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus" von Hans Wagner findet sich in Muniers Katalog als Nachdruck aus dem Jahre 1934. Dazu heißt es: „Die stichwortartige Selbstdarstellung des Nationalsozialismus zeigt, daß hier eine Weltanschauung Lösungen auf Fragen existentieller Art anbietet, welche durch den Vertrag von Versailles aufgeworfen wurden.

Die hier angeführten Beispiele aus dem Buchprogramm, das über Dietmar Munier vertrieben wird, und die Art ihrer Ankündigung zeigen deutlich, daß nicht nur der Nationalsozialismus verharmlost wird, sondern daß auch rassistische, revanchistische, extrem nationalistische und militaristische Literatur angepriesen wird.

# „Richtig gute Deutsche“

## Rassismus in den Medien / Eindrücke einer Veranstaltung

Auf Einladung von *Avanti - Projekt Undogmatische Linke* stellte die Hamburger Journalistin und Medienwissenschaftlerin Brigitta Huhnke im Rahmen einer gut besuchten Veranstaltung Mitte März in der *pumpe* ihre Forschungen zur Feindbildproduktion in der *Bild am Sonntag* und im SPIEGEL vor. Die Auswahl dieser beiden Zeitungen liegt in der Tatsache begründet, daß ihnen ihr Erscheinen am Sonntag bzw. am Montag eine gewisse Leitfunktion zukommen läßt, d.h. diese Blätter bestimmen in starkem Ausmaß, über was die anderen Medien im Verlauf der Woche dann berichten.

Dabei war zunächst erstaunlich, daß die Themenwahl der beiden Zeitungen oft nahezu identisch ist; darüber hinaus lassen sich jedoch vielfältige inhaltliche Überschneidungen feststellen. Darüber dürfte sich nur wundern, wer den SPIEGEL noch für ein sozialkritisches und aufklärerisches Nachrichtenmagazin hält.

Daß der SPIEGEL nicht weniger als die *Bild am Sonntag* rassistische Einstellungen fördert, zeigte Brigitta Huhnke an eindrucksvollen Beispielen aus einer umfangreichen Artikelserie, die bereits 1986 unter der programmatisch gemeinten Überschrift „Die Spreu vom Weizen trennen“ in der Wochenzeitschrift erschien. Darin werden Flüchtlingsgruppen aus verschiedenen Ländern vorgestellt. Das Bild, das dabei von ihnen gezeichnet wird, ist in seiner Auswahl und bewertenden Darstellung durch und durch rassistisch.

Über die kulturellen Lebensgewohnheiten der TamilInnen in Deutschland heißt es - und dies ist in einem mehrseitigen Artikel die einzige Ausführung, die nur in die Nähe dessen gerät, was als Beschreibung der Kultur gelten könnte: „Nach den Erfahrungen von Peter Hugler, Sri-Lanka Fachmann beim Zirndorfer Asyl-Bundesamt, sind die Tamilen Flüchtlinge von besonderer Seriosität: ´Unheimliche ruhige Zeitgenossen, Krämer- und Buchhaltertypen.´ Das erste, was diese Asylanten kauften, sagt er, sei ein Ringbuch: ´Um den Asylantrag abzuheften.´

´Freundlich lächelnd und stets gepflegt´, so beobachtet eine Sozialarbeiterin im Landkreis Stade an der Elbe ihre Klientel aus Sri Lanka, treten die Asiaten im Supermarkt auf, um von der knappen Sozialhilfe Zahnpasta und Reis zu erstehen - richtig gute Deutsche.“

Mit diesen Absätzen beginnt die bereits erwähnte Serie des SPIEGEL; über die tamilische Kultur und Lebensweise erfahren wir nichts. Dafür jedoch über Fluchtgründe der Tamilen: „Doch Geld ist für die meisten, die wegwollen, kein Problem: Das sind keine Hungerleider, sondern Ärzte und Ingenieure, Söhne aus wohlhabendem Hause, Leute mit Familienschmuck. Wegen der paar Mark deutscher Sozialhilfe kam da keiner. ´Ich dachte, ich werde in Deutschland sofort akzeptiert und ich könnte arbeiten´, berichtet der Tamile Nikolous, der in Wuppertal nun seit zwei Jahren auf seine Asylanerkennung wartet. Er hatte daheim ... im englischsprachigen Wochenblatt *Weekend* eine Reportage über die Massenflucht seiner Landsleute via Ost-Berlin gelesen. Die fiel ihm wieder ein, als er bei einer Razzia in seinem Phono- und Video-Shop von Singhalesen verhaftet wurde... Nikolous rannte im Kugelhagel seinen singhalesischen Verfolgern davon, versteckte sich und kaufte ein Ticket nach Deutschland. Wie Nikolous dachten zu viele...“ (Spiegel vom 25.8.86, S. 85 f). So banal kann Flucht sein, wenn man dem SPIEGEL Glauben schenkt, der hier weder Recherchewege offenlegt noch deutlich macht, daß es sich bei diesen Beobachtungen um subjektive Erlebnisse mit konkreten Menschen handelt; stattdessen werden diese Beobachtungen verallgemeinert.




Andere Flüchtlingsgruppen werden noch aggressiver denunziert, so z.B. die aus Ghana und Polen. Über das, was die SPIEGEL-RedakteurInnen für die Kultur der GhanaerInnen halten, folgendes: „In der Bundesrepublik mögen sich die temperamentvollen Schwarzafrikaner mit dem tristen Asylanten-Dasein in Sammellagern mit peniblen Hausordnungen häufig nicht abfinden. Während sich Asylbewerber etwa aus Ostblockländern oder aus Südasien beim Heimpersonal mit bisweilen unterwürfig anmutender Höflichkeit und hervorgekehrter Sauberkeit anbiedern, treten Ghanaer häufig furchtlos und fordernd auf, organisieren Hungerstreiks, machen Rabatz und legen sich mit Nachbarn an.“ (Spiegel vom 1.9.86, S. 103). Und dank SPIEGEL wissen wir nun auch, wie die polnischen Flüchtlinge sind: „Zur Arbeitssuche dient oft der Kirchgang, der Kontakt mit Landsleuten, die schon alle Schliche kennen...“ (Spiegel vom 15.9.86, S. 127).

Zynisch auch das, was über die Fluchtgründe mitgeteilt wird: „Dabei ist Ghana ... keineswegs ein Land, in dem Bürgerkriege toben wie etwa in Sri Lanka oder im Libanon. Und wenn dort gefoltert oder gehungert wird, eher weniger als in vielen anderen Staaten der Dritten Welt.“ Und über Polen: „Was heute aus Polen kommt, ist ein bunt gemischtes Völkchen. Dazu gehört etwa das Pärchen, das nur gekommen ist, um sich das Geld für eine eigene Wohnung in Posen zu beschaffen, oder der Mann, der seine Frau loswerden will.“

Bei der Zeichnung und Verbreitung solcher Klischees bleibt der SPIEGEL aber nicht stehen. Er verbindet sie mit konstruierten Katastrophenszenarien. Bei den TamilInnen liest sich das so: „Doch es gibt auch andere Organisationen: Ein ganzes Geflecht tamilischer Vereine agiert im Halbschatten der Asylantenhilfe - niemand weiß genau, was da eigentlich genau organisiert wird: Menschenhandel, Waffenhandel, Rauschgifthandel ?“ Über die GhanaerInnen heißt es: „Um ihr spärliches Einkommen aufzubessern, jobben daher fast alle Ghanaer nebenher, organisieren Schiebereien oder kassieren Schmiergelder.“ Schließlich bekommen auch die Flüchtlinge aus Polen ihr Stigma verpasst: „Der Notgroschen für die ersten Tage in der Fremde - am liebsten Dollar oder Westmark - liegt gewöhnlich schon vor der Übersiedlung auf der Bank. Erworben werden die Devisen entweder legal oder, eine polnische Spezialität, offiziös reingewaschen.“

Anhand dieser Beispiele demonstrierte Brigitta Huhnke, daß diese Art von

rassistischer Darstellung weniger den Verstand anspricht, sondern vor allem das Gefühl, indem die hier zitierten Passagen entsprechende Bilder hervorrufen, die dann - mehr oder weniger starke - Spuren in den Köpfen hinterlassen.

Den Abschluß des Vortrages bildeten einige Ausführungen zum Zusammenhang von Rassismus und Sexismus. Brigitta Huhnke wies zunächst darauf hin, daß über die besonderen Gründe, warum Frauen sich zur Flucht entschließen, in dem von ihr untersuchten Zeitraum nie berichtet wurde. Umsomehr wurden jedoch die sexistischen Vorstellungen deutscher Männer von schwarzen Frauen als Prostituierte bedient, die - so ein typisches Bild - bereits in Ghana „diesem Gewerbe nachgegangen" seien.

Die Veranstaltung war weniger durch die breiter akzeptierte Erkenntnis lohnenswert, **daß** die Medien in vielfältiger Weise rassistische Ansichten fördern, als durch die gelungene Darstellung, **wie** das geschieht.

(FV)

*(Die Forschungsarbeit von Brigitta Huhnke erscheint demnächst beim DISS - Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Realschulstraße 51, 4100 Duisburg)*

Raissa: Schlaganfall (S.4)+++Körpersprache des Sex: entschlüsselt (S.4)+++Kinder-Sklaven

**Gewalt, Schüsse, es geht wieder los**

**Asyl Neuer Haß in Rostock**

Von ROLAND SCHNEIDER

**Droht in Rostock eine neue Welle der Gewalt gegen Asylanten?** Die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber im Stadtteil Hinrichshagen ist mit 2000 Asylanten überfüllt, täglich kommen neue, die meisten aus Rumänien. Viele von ihnen wurden von Schleppern illegal nach Rostock gebracht. Die Bewohner von Hinrichshagen (100 Einwohner) haben eine Bürgerwehr gebildet, patroullieren vor dem Heim. In der Nacht fielen Schüsse. Die Polizei ist in höchster Alarmbereitschaft, hat eine Sonderkommission gebildet. **Weiter Seite 2**




# Pläne für Flüchtlingsknast in Rendsburg vorerst auf Eis gelegt

Anfang Januar tauchten in der schleswig-holsteinischen Presse erstmals Meldungen über Pläne der Landesregierung auf, den Jugendknast in Rendsburg in eine sogenannte Familienabschiebehaftanstalt umzuwandeln.

Nach Auskünften des schleswigholsteinischen Justizministeriums, das bei diesem Vorhaben die federführende Rolle übernommen hat, war die Idee, ganze Familien (die Anstalt faßt ca. 50 Personen) bis zu acht Wochen einzusperren, während deren Abschiebung vorbereitet wird. Betroffen wären Flüchtlinge aus ganz Schleswig-Holstein, deren Abschiebung bereits definitiv verfügt wurde, zumindest wenn man den Aussagen der Pressesprecherin des Justizministeriums glauben kann. Dieses menschenverachtende Projekt wäre in dieser Form neu gewesen. Bisher werden Flüchtlinge in Abschiebehaft genommen, das heißt sie sitzen oft Monate bis zu ihrer Abschiebung in den Knästen der verschiedenen Städte. Davon waren bisher fast ausschließlich männliche Flüchtlinge betroffen. Die Inhaftierung ganzer Familien hätte eine weitere Verschärfung bedeutet. Die Verantwortlichen hatten allerdings propagandistisch versucht, diese Verschärfung als „humaner" zu verkaufen, denn die Familien würden ja nicht mehr auseinandergerissen!

Wie es im Januar aussah, konnte es den Verantwortlichen mit der Umsetzung ihrer Pläne nicht schnell genug gehen. Es sollten noch verschiedene Daten und Statistiken ausgewertet und dann über das Justizministerium als Dringlichkeitsantrag ins Kabinett eingebracht werden.

Dazu ist es nicht gekommen. Mitte Februar teilte das Justizministerium mit, daß die Pläne für eine Familienabschiebehaftanstalt bis auf nicht absehbare Zeit auf Eis gelegt wurden. Nach eingehender Prüfung wäre man zu dem Ergebnis gekommen, daß es noch keinen Bedarf gebe. In erster Linie seien weiterhin männliche Einzelpersonen von der Abschiebehaft betroffen und dies würde vorerst durch die vorhandenen Knastkapazitäten abgedeckt.

Das bedeutet natürlich nur oberflächlich betrachtet eine Entwarnung. Grundsätzlich sind Pläne wie dieser staatlicher Rassismus vom Feinsten! Es verwundert auch kaum noch, daß gerade die Schleswig-Holsteinische Landesregierung diesen Flüchtlingsknast initiieren wollte, hat doch die SPD hier eine Vorreiterrolle bei den Verschärfungen gegen die Lebensbedingungen von Flüchtlingen eingenommen. Erinnert sei an dieser Stelle nochmal an den rassistischen Zählapell durch den ehemaligen Sozialminister Jansen.

Die Inhaftierung von Flüchtlingen ist ein weiterer Schritt in die Richtung, eine ganze Personengruppe zu kasernieren, total zu kontrollieren und vollständig zu erfassen. Dahinein passt auch die neue Vorschrift, die eine „generelle erkennungsdienstliche Behandlung aller Asylbewerber" verlangt. Die Ergebnisse gehen direkt weiter an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und zwar durch die direkte Eingabe in dessen Verarbeitungssystem ASYLON. Die methodische Erfassung aller Menschen, die hier politisches Asyl beantragen, kommt einer Vorkriminalisierung gleich, ebenso wie das Einsperren von Flüchtlingen immer auch den Zweck hat, Flüchtlinge als Kriminelle zu diffamieren.

*Seit einigen Jahren unterhält die FAP in Halstenbek bei Hamburg ihre Bundesgeschäftsstelle. Dort wohnt Glenn Görtz, einer der Nachwuchskader dieser Neonaziorganisation. Ihm ist es in den letzten beiden Jahren gelungen, eine Gruppe von meist jungen Faschisten um sich zu scharen. In dem Maße, in dem es der FAP auf diese Weise gelungen ist, ihre Strukturen im Norden Hamburgs auszubauen, hat der Terror vor allem gegenüber Nichtdeutschen und Jugendlichen zugenommen. Erst seit kurzem regen sich Protest und Widerstand auf breiterer Basis. Anfang Februar 1993 protestierten mehr als 1500 Menschen im Rahmen einer Demonstration gegen den FAP-Stützpunkt. Aus dem* ANTIFASCHISTISCHEN INFO-BLATT *dokumentieren wir den folgenden Artikel über die FAP-Aktivitäten in der Region.*

# FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek

Seitdem am 2.12.92 eine Gruppe von ca. 30-40 türkischen, griechischen und deutschen AntifaschistInnen versucht hat, die Bundesgeschäftsstelle der FAP in Halstenbek anzugreifen, ist die Existenz der Bundesgeschäftsstelle am Rand von Hamburg zum ersten Mal auch in der überregionalen Presse erwähnt worden. Noch am Abend nach dem Angriff und in den Tagen danach wurden fünf türkische und ein griechischer Jugendlicher vom Staatsschutz in Hamburg festgenommen. Ihnen wird u.a. Körperverletzung und Landfriedensbruch vorgeworfen (bei dem Angriff war JÖRG GROLL, ein FAP-Mitglied aus dem nahegelegenen Schenefeld, durch ein Messer schwer verletzt worden), es wurden aber keine Haftbefehle erlassen.

Die Bundesgeschäftsstelle der FAP befindet sich schon seit August/September 1991 in der Seestraße 185 in Halstenbek-Krupunder (Schleswig-Holstein). Hier wohnt auch GLENN GOERTZ, der FAP-Bundesgeschäftsführer, dessen Mutter, Heike Goertz, die Wohnung gehört.

Halstenbek (15.000 EinwohnerInnen) und die nächstgrößere Kreisstadt Pinneberg (80.000 EinwohnerInnen) sind aber schon seit über 10 Jahren politisches Aktionsfeld der FAP und ihrer Vorläufer-Organisationen. Schon Mitte bis Ende der 70er Jahre verbreitete die von MICHAEL KÜHNEN und CHRISTIAN WORCH geführte faschistische „Hansa-Bande" in Hamburg und später im Hamburger Umland faschistischen und antisemitischen Terror. Die „Hansa-Bande" verwüstete jüdische Friedhöfe, sprühte Nazi-Parolen und griff MigrantInnen und Linke an. Daß es sich bei dieser „Bande" keineswegs um eine apolitische Jugendgang handelte, wurde spätestens 1977 deutlich, als Kühnen die ANS/NA gründete. Ein Hauptziel der ANS/NA war es, die Aufhebung des NSDAP-Verbots durchzusetzen. So fand z.B. im Januar 1978 in einer Gaststätte im Halstenbeker Nachbarort Lurup ein bundesweites NSDAP/AO Treffen mit sämtlichen Führungskadern aus der bundesdeutschen Alt- und Neonaziszene statt. Der Naziterror in Hamburg wurde zwei Jahre später tödlich: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim wurden 1980 zwei vietnamesische Flüchtlinge getötet.

Im Sommer 1983 verschoben sich die Aktivitäten der ANS/NA aus dem Hamburger Innenstadtbereich in die Vororte Rahlstedt und Bergedorf, sowie nach Pinneberg. Schon einen Monat vor Gründung der „ANS/NA Kameradschaft Pinneberg" am 5. Oktober 1983 hatten AnwohnerInnen beobachtet, wie eine Gruppe von ca. 15 Leuten auf einem Schulgelände Wehrsportübungen durchführte. Und zwei Tage vor der Gründung der Pinneberger Kameradschaft fand sich im „Hamburger Abendblatt" folgende Anzeige: „Nationalbewußte Deutsche zur Gründung eines Geländesportvereins gesucht, Chiffre 64944." Kreiskameradschaftsführer wurde der damals 18-jährige MATTHIAS PAGEL. Bis zum Verbot der ANS/NA im Dezember 1983 wohnte auch Kühnen in Pinneberg - bei der stadtbekannten Altfaschistin EDITHA ARNOLD.



*FAPler Thorsten Heise (links) und Sacha Bothe beobachten die Antifa-Demo am 6. Februar*

Nach dem Verbot der ANS/NA gliederten sich die ANS/NA-Mitglieder und Ortsgruppen schon ab Dezember 1983 auf Absprache zwischen Kühnen und dem FAP-Vorsitzenden PAPE in die FAP ein. In Halstenbek gründete sich schon im Dezember 1983 eine FAP-Ortsgruppe. Und auch in Pinneberg blieb die alte ANS/NA-Gruppe unter anderen Namen wie „Antikommunistische Vereinigung Pinneberg" und „Lesezirkel der Neuen Front" weiter aktiv; z.B. bei einem versuchten Angriff auf eine Veranstaltung der VVN Pinneberg im Mai 1984, an dem auch Matthias Pagel beteiligt war. Mitte der 80er Jahre fiel die FAP in Pinneberg und Halstenbek dann allerdings hauptsächlich durch das Kleben von FAP-Aufklebern und dem Zerstören von Stelltafeln der Grünen auf.

Im FAP-Rundbrief Nr. 1 für den Gau Hamburg-Schleswig-Holstein vom August 1987 wird die Arbeit des Kreisverbandes Pinneberg wie folgt erwähnt: „Einer der aktivsten Kreisverbände der FAP in Schleswig-Holstein ist der Kreisverband Pinneberg. Hier wurden in kürzester Zeit tausende von Flugblättern verteilt und eine noch größere Anzahl von Aufklebern verklebt (...). Die Reaktion der Bevölkerung sind zum großen Teil positiv und rege. Über personelle Probleme kann sich der Kreisvorsitzende nicht beschweren, auf den wöchentlichen Treffs hat man zumeist Schwierigkeiten, einen Sitzplatz zu bekommen." Und in der Ausgabe Nr. 2 vom Oktober 1987 heißt es dann: „Selbstverständlich standen auch die Pinneberger Aktivitäten im Schatten des Märtyrertodes von Rudolf Hess. Sowohl an der Aktion vor den Konsulaten der Besatzer, als auch

an dem Marsch durch Witten (Dortmund) nahmen die Pinneberger Aktivisten teil (...). Zum ersten Augustwochenende organisierte die Kameradschaft ein Sympathisantentreffen, an dem etwa 30 geladene Gäste und Freunde der Partei teilnahmen. Es konnte Kontakt zu einigen Interessenten geknüpft werden." Zu diesem Zeitpunkt traten sowohl Glenn Goertz als auch sein jüngerer Bruder ANDRÉ (22) des öfteren mit bekannten FAP-Aktivisten in der Öffentlichkeit auf. Die folgenden zwei Jahre nutzte die FAP zur Aufbauarbeit und zur Rekrutierung aus der Neonaziszene im Umkreis von Pinneberg und Halstenbek - u.a. in Lurup, Schenefeld, Rellingen und Egenbüttel. Dabei versuchten jüngere Neonazis auch im Jugendzentrum Halstenbek-Rellingen Fuß zu fassen. So schreibt das Pinneberger Tageblatt am 5.4.1989 nach einer Auseinandersetzung zwischen türkischen Jugendlichen und Neonazis bei einer Discoveranstaltung im Jugendzentrum am 30.3.1989: ... „Probleme mit Ausländerfeindlichkeit sind in Halstenbek bedauerlicherweise kein Novum. Bereits vor einiger Zeit habe es im Jugendzentrum Komplikationen mit jungen Leuten gegeben, die der Neonazi-Szene zugeordnet werden und versuchten, Einfluß auf andere Besucher zu nehmen, (...)Es gab dabei auch Hakenkreuz-Schmierereien. (...) Halstenbek habe eine bekannte rechtsradikale Szene und einen dementsprechenden Ruf."

Nach dem Umzug von Glenn Goertz aus dem Haus seiner Mutter in deren Zweitwohnung in die Seestr. 185 in Halstenbek-Krupunder im Sommer 1991, verlagert die FAP ihre wöchentlichen Kameradschaftsabende, an denen 30-40 FAP-Mitglieder teilnehmen, in die Kneipe „Kiek In" in Krupunder. Ungefähr im gleichen Zeitraum verstärkt sich der faschistische Terror auf den Straßen in Halstenbek und Krupunder. Flüchtlinge werden bedroht, mehrmals werden junge AntifaschistInnen in Krupunder von Skin-Gruppen zusammengeschlagen, überall tauchen Aufkleber mit dem Motto „Halstenbek - Hochburg der FAP" auf. Ab Sommer 1992 finden die Kameradschaftsabende direkt in der Bundesgeschäftsstelle statt, da der Wirt des „Kiek In" der FAP aufgrund einer zunehmenden Öffentlichkeit die Räume entzogen hat.

Einhergehend mit dieser Verlagerung nimmt der faschistische Terror am S-Bahnhof Krupunder zu; Flüchtlinge, MigrantInnen und SchülerInnen trauen sich nicht mehr, dort auszusteigen. Aus Angst vor einer vermuteten Zusammenarbeit zwischen einigen örtlichen Polizisten und Glenn Goertz, stellen mehrere Personen, die von FAPlern und mit ihnen sympathisierenden Skinheads zusammengeschlagen wurden, jedoch keine Anzeigen bei der Polizei. Einer breiteren Öffentlichkeit wird die Präsenz der FAP in Halstenbek erst bekannt, nachdem vor dem Schützenfest im September 1992 überall Plakate mit folgendem Text auftauchen: „Achtung! Die Gemeindeverwaltung weist darauf hin, daß Ausländer und Asylanten den Schützenplatz nicht betreten dürfen! Der Bürgermeister" Die Ermittlungen des Itzehoer Staatsschutzes wegen Volksverhetzung und Urkundenfälschung bleiben - wie nicht anders zu erwarten - erfolglos.



*6. Februar 1993: Antifa-Demo in Halstenbek*

Nachdem die Polizei bei einer Razzia Ende September auf dem S-Bahnhof Krupunder rund 40 FAPler und Skins durchsucht und einige Waffen beschlagnahmt, meldet Glenn Goertz für den 7.10.92 eine Mahnwache unter dem Motto „Mehr Toleranz für Andersdenkende" an. AntifaschistInnen aus Pinneberg und anderen Städten in Schleswig-Holstein mobilisieren daraufhin für den gleichen Tag zu einer antifaschistischen Demonstration in Krupunder, an der trotz kurzfristiger Mobilisierung ca. 300 AntifaschistInnen teilnahmen. Die „Mahnwache" der FAP fällt aus.

In den folgenden Wintermonaten verstärkt Glenn Goertz seine Bemühungen, die FAP als legitime Rechtspartei in Halstenbek zu etablieren. Sein Konzept hat offensichtlich Erfolg: Als er Anfang Dezember 1992 mit 25 FAPlern bei einer Bürgerfragestunde des Gemeinderats auftaucht, wird er daraufhin noch vor Weihnachten zusammen mit seinem Bruder Andre vom parteilosen Bürgermeister Bruno Egge zu einem Gespräch mit dem Bürgervorsteher (CDU) und dem Bürgermeister im Rathaus empfangen. Der Presse gegenüber zeigt sich der Bürgermeister nach dem Gespräch sehr zufrieden. Sein Ziel sei es in erster Linie, daß in Krupunder wieder Ruhe eintrete, und er habe mit Herrn Goertz darüber geredet, daß er seine Leute in den Griff bekommen müsse - so der Bürgermeister. Ansonsten sei es für seine Gemeinde ein schweres Problem, die Asylanten unterzubringen. Auf die Frage, warum die 110 Flüchtlinge in Halstenbek in Containern untergebracht sind, meinte Egge: Man wolle diese schließlich nicht integrieren, schließlich würden sowieso 90% aller Asylanten abgeschoben, von daher stelle sich die Frage der Integration gar nicht. Auch ansonsten scheint der Bürgermeister das Problem eher in den wachsenden Ansätzen antifaschistischen und antirassistischen Widerstands in Halstenbek und Krupunder zu sehen. Nach seiner Meinung über eine von Halstenbeker SchülerInnen organisierte Mahnwache befragt, an der sich unter dem Motto „Gegen Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt" Mitte Dezember 1992 400 SchülerInnen und BürgerInnen beteiligen, bekennt der Bürgermeister Farbe. Er sehe es überhaupt nicht gern, daß auch Lehrer ihre SchülerInnen dazu angestiftet hätten, an der Mahnwache teilzunehmen, denn schließlich könne ja auch von Lichterketten Gewalt ausgehen. In dieser Logik steht dann auch das Verhalten der Polizei bei den seit Dezember 92 wöchentlich stattfindenden Mahnwachen am S-Bahn-

hof Krupunder; nachdem FAP-Mitglieder mehrmals versuchten, die Mahnwache zu photographieren und zu stören, vermummten sich die anwesenden AntifaschistInnen. Das nahm die Polzei dann zum Anlaß, einzuschreiten.

Die Antifa-Demo, die wöchentlichen Mahnwachen aus dem gewaltfreien Spektrum und der anfangs erwähnte Überfall auf die Bundesgeschäftsstelle von Anfang Dezember haben nach Einschätzung sowohl der Polizei des Ortes als auch der Antifas dazu geführt, daß die FAP sich in Krupunder momentan in der Defensive befindet. Goertz versucht jetzt, sich und die FAP als die eigentlichen Opfer darzustellen. Auf einem Flugblatt, das die FAP nach dem Angriff auf die Bundesgeschäftsstelle in Krupunder verteilte, heißt es: „Die FAP ist Opfer von Gewalt ... Trotz dieses Terrors (gemeint sind Aktionen von deutschen und ausländischen Antifas gegen FAP-Mitglieder in Krupunder, d.R.) greifen FAP-Mitglieder und Anhänger nicht zur Gegengewalt. Sie setzen auch weiterhin auf Information und Aufklärung! Weitere Informationen erhalten sie bei der: FAP Halstenbek, V.i.S.d.P.: F. Busse, Kemptener Str. 33, 8 München 71."

*Glenn Goertz*

Auch die überregionale Antifa-Demo gegen die FAP-Bundesgeschäftsstelle am 6. Februar 1993 hat Goertz zu hektischen Gegenaktivitäten veranlaßt. Zum einen tauchte er schon einen Tag nach der Anmeldung der Demo bei der örtlichen Polizeiwache auf, um Personen- und Objektschutz für sich und die Bundesgeschäftsstelle zu fordern. Zum anderen verteilt er ein Schreiben an die Geschäftsleute in Krupunder mit der Aufforderung an sie, beim Ordnungsamt schon im Vorfeld der Demo Beschwerden gegen die Demogenehmigung einzulegen. Offensichtlich sieht Goertz sein politisches Ziel, die FAP in Halstenbek zu etablieren und den reibungslosen Ablauf der Aktivitäten der Bundesgeschäftsstelle (u.a. Koordinierung von FAP-Parteitagen wie im April 1992 in Berlin und Versand von FAP-Propagandamaterial) durch die von den Antifas hergestellte Öffentlichkeit gefährdet. (...)

# Wieder FAP

Am 6. Februar dieses Jahres wurde in Oldenburg der Prozeß gegen mittlerweile nur noch sechs Mitglieder der FAP, allesamt Funktionäre dieser Nazi-Partei, fortgeführt. 29 Monate und zwei Dienstaufsichtsbeschwerden des Anwalts der Nebenklägerin gegen den zuständigen Richter vergingen alleine seit der letzten Unterbrechung dieses Prozesses. Damit könnte Jürgen Rieger, Nazi-Anwalt aus Hamburg und Verteidiger eines der Angeklagten, mit seiner Verschleppungstaktik einen großen Schritt weitergekommen sein. Nicht nur, daß nach so langer Zeit eine Rekonstruktion des Tathergangs kaum noch möglich scheint - das Interesse von Staatsanwaltschaft und Richter in dieser Sache zu einer Verurteilung zu kommen, scheint vollständig erlahmt. Nach nunmehr drei Verhandlungstagen droht der gesamte Prozeß ohnehin zur Farce zu werden.

Das Besondere an diesem Prozeß ist die Zusammensetzung der Angeklagten und Entlastungszeugen. Nahezu alle sind oder waren Funktionäre der FAP, einige von ihnen gehören der neofaschistischen „Wiking-Jugend" oder anderen zentralen Organisationen der militanten Nazibewegung an. Rechtsanwalt Jürgen Rieger vertritt in Oldenburg den Angeklagten Detlev Brüel, jahrelang FAP Bundesschatzmeister und „alter Kader" aus der Gründungszeit der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA), einer der Gruppen die trotz ihres Verbotes von 1983 bis heute einen Großteil der Personalstruktur des militanten braunen Netzes stellt. Gleichzeitig vertritt dieser Jürgen Rieger die verbotene „Nationalistische Front" und die gleichsam verbotene „Nationale Offensive" im Rechtsstreit um diese Verbote, sowie den Ex-Generalsekretär der FAP Jürgen Mosler, im Stuttgarter Prozeß um die Weiterführung der ANS/NA (der größte Neonazi-Prozeß der BRD). Als Zeugen der Anklage dienen neben an der Aktion selbst Beteiligten zum Beispiel der schleswig-holsteinische FAP-Landesvorsitzende Glenn Görtz und Daniel Knecht, Funktionär des „Deutschen Bildungswerkes" des Münchner Neonazis Ewald Bela Althans. Alles in allem also eine Ansammlung von Zentralfiguren aus dem Terrornetz bundesdeutscher Neonazis.

Ein brisanter Prozeß also, der im Falle einer Verurteilung zumindest für Detlev Brüel eine Haftstrafe einbringen wird. Das, bei der Eindeutigkeit der Sachlage, zumindest Verteidiger Rieger nur mittels Verschleppung und Verzögerung eine Chance hatte, ein solches Urteil für seinen Mandanten zu verhindern war von Anfang an klar. Warum die verschiedenen mit diesem Prozeß betrauten Richter und die Staatsanwaltschaft scheinbar das gleiche Interesse haben und hatten, ist bislang noch unklar.

Am 18. März 1988 versuchte die neofaschistische Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) mit ungefähr 40 Personen, größtenteils Funktionäre, in Heiligenhafen eine Wahlveranstaltung zur damals stattfindenden Europawahl durchzuführen. Am Vorabend wurde diese Absicht öffentlich, da die FAP mit Plakaten auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht hatte. Aus dieser Veranstaltung wurde allerdings nichts. Zahlreiche Antifaschisten und AntifaschistInnen hatten eine Gegendemonstration organisiert, die FAP-Leute mußten sich unter Polizeischutz hurtig auf den Weg machen. Wohl aus Frust und Rache über ihre geplatzte Veranstaltung beschlossen die NeofaschistInnen sich an den Antifaschisten zu rächen. Im ca. 10 Kilometer entfernten Oldenburg/Holstein lauerten sie zwei Autos mit Antifaschisten und Antifaschistinnen auf und überfielen diese. Die Fahrzeuginsassen wurden teilweise brutal zusammengeschlagen und mit Tränengas besprüht. Die Autos wur-

# Freispruch für - Schläger ?

den entglast und schwer beschädigt. Zwei der vermutlich sieben an dem Überfall beteiligten Autobesatzungen wurden kurze Zeit später von der Polizei auf der Autobahn festgenommen.

## Pannen und Provokation - Prozeßverlauf 1990

Nach zwei Jahren, Februar 1990, wurde der Prozeß gegen die damals festgenommenen FAPlerInnen - sieben Männer und eine Frau - eröffnet. Von Anfang an bestimmte im wesentlichen Rieger das Bild. Seine Strategie zielte darauf, die Verhinderung der FAP-Veranstaltung in Heiligenhafen als Gewaltakt gegenüber den FAPlerInnen zu präsentieren und zum Hauptthema des Prozesses zu machen. Quasi um die besondere Gefährlichkeit von Antifaschisten deutlich zu machen provozierte er die vor und im Gericht anwesenden AntifaschistInnen, pöbelte sie an und versuchte körperliche Auseinandersetzungen zu provozieren. Vor dem Gericht tummelten sich derweil ungestört vier mit Knüppeln bewaffnete Neonazis, die in einem Kübelwagen vorfuhren. Im Gerichtssaal sabotierte Rieger den Verfahrensablauf und stellte wegen eines erfundenen Angriffs auf ihn einen hahnebüchenen Strafantrag gegen einen vermeintlich beteiligten Antifaschisten, der später sang- und klanglos mit Freispruch endete. Schnell wurde klar, daß Staatsanwaltschaft und Richter die ganze Angelegenheit nicht besonders ernst genommen und schlecht vorbereitet hatten - vielleicht beabsichtigten sie allerdings, so drängt sich aus heutiger Sicht der Gedanke

*1988 in Heiligenhafen: Neonazis vor dem Veranstaltungslokal: mit dabei Daniel Knecht (mit Sonnenbrille)*

### Die Angeklagten im Oldenburger FAP-Prozeß

- **Stefan Bliesmer**

24 Jahre alt; Schatzmeister der „Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei" (FAP)-Niedersachsen, Funktionär der Wiking-Jugend. Weiter ist Bliesmer Funktionär in der „Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene" (HNG), einer Nazi-Organisation die versucht einsitzende „Kameraden" zu betreuen. Bliesmer ist verheiratet. Seine Frau - Sabine Blismer - ist Frauenschaftsbeauftragte der FAP angegliederten „Deutschen Frauen Front" (DFF). Auch sie ist in der Wiking-Jugend aktiv.

- **Detlev Brüel**

32 Jahre alt. Anfang der achtziger Jahre gehörte Brüel zum Kern der „Wehrsportgruppe Blankenese", auch „Wehrsportgruppe Dems" genannt, und war dann 1982/83 politischer Leiter der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten" (ANS/NA). Nach deren Verbot Eintritt in die „Freiheitlich Deutsche Arbeiterpartei" (FAP). 1986 kandidierte der Bürogehilfe zur Hamburger Bürgerschaftswahl für die FAP. Bundesschatzmeister der FAP und seit Jahren Beisitzer im Hamburger Landesvorstand der FAP. Brüel ist Inhaber eines Postgirokontos für den FAP-"Gau Hamburg" und kontaktet FAP-Interessenten („um mit ihnen den Kampf für ein neues gesundes Deutschland zu führen"). Am 22. Oktober wurde Brüel in Celle zu sechs Monaten Freiheitsstrafe und zu einer Geldstrafe von 1200 DM verurteilt. Obwohl Brüel wegen einer anderen Sache noch eine Bewährungsstrafe offen hatte, wurde auch diese Freiheitsstrafe auf vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

auf, den Fall absichtlich auf kleinster Flamme zu kochen. Jedenfalls waren Staatsanwaltschaft und Richter von so niedrigen Strafandrohungen ausgegangen, daß sie den Beschuldigten keine PflichtverteidigerInnen zugeordnet hatten. Nach zwei Zeugenaussagen wurde jedoch schon klar, daß das zu erwartende Strafmaß für alle Angeklagten eine Pflichtverteidigung notwendig machte. Folge - Prozeßvertagung die Erste!

September 1990 konnte der Prozeß dann - diesmal mit Pflichtverteidigern - weitergehen. Weiterhin blieb Rieger die zentrale Figur der Verteidigung und auch an der Verteidigungsstrategie änderte sich nichts. Der Überfall in Oldenburg sollte im Dunklen bleiben, die „brutalen und kriminellen" AntifaschistInnen an den Pranger gestellt werden. Für zwei der Angeklagten endete der Prozeß an dieser Stelle. Stefanie Ahrens/Krüger´s Verfahren wurde wegen Geringfügigkeit, das gegen Detlev Lichte vorübergehend eingestellt. Dann allerdings war auch schon Schluß mit diesem Prozeß. Einem Befangenheitsantrag Riegers gegen den Richter wurde stattgegeben. Damit war klar, daß der gesamte Prozeß von einem neuen Gericht erneut aufgenommen werden muß. Prozeßvertagung die Zweite!

## Amtsgericht Oldenburg - niemand macht was, niemand wills gewesen sein

Nach der Vertagung wurde nunmehr der Prozeß an einen Richter Tiemann übergeben. 15 Monate verstrichen, ohne daß eine neuer Verhandlungstermin anberaumt wurde. Stattdessen übersandte Tiemann die Akten an die Staatsanwaltschaft Lübeck, mit der Anregung das Verfahren einzustellen. Warum Herr Tiemann meinte, dieses Verfahren könnte eingestellt werden ist unbekannt - zumindest fügte er seiner Anregung keinen solchen Grund bei. Gleichzeitig verweigerte Tiemann dem Vertreter der Nebenklägerin, einer bei dem Angriff verletzten Antifaschistin, die Akteneinsicht. auch das ohne einen Grund für die Verweigerung zu nennen. Neben den Anträgen des Anwaltes der Nebenklägerin auf Akteneinsicht blieb auch dessen Gebührenrechnung völlig unbeachtet. Im Gegensatz dazu erhielten die Verteidiger der Angeklagten Neofaschisten ihr Geld promt. Auch auf diese Art und Weise sollte offensichtlich Druck gegen die Klägerin gemacht werden, aus finanziellen Gründen endlich Ruhe zu geben. Daher erhob ihr Anwalt Dezember 1991 eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Amtsgericht Oldenburg gegen Richter Tiemann. Auf diese Dienstaufsichtsbeschwerde bekam er im Frühjahr 1992 die Antwort, das Amtsgericht sei überfordert, der Prozeß werde voraussichtlich in Kürze angesetzt. Immerhin ergab die Dienstaufsichtsbeschwerde, daß der Nebenklage Akteneinsicht gewährt wurde. Wieder vergingen Monate in denen nichts geschah außer daß der zuständige Richter abgelöst wurde. Richter Tiemann wurde von einem Richter Peters ersetzt. Wenn im Dezember 1991 noch kein Grund für eine Einstellung der Verfahren ersichtlich war, so sah es langsam so aus, als wolle das Amtsgericht einen solchen selbst schaffen. Der inzwischen erhebliche Zeitablauf seit der Tat drohte einen vernünftigen Prozeß unmöglich zu machen.

Daraufhin erhob der Anwalt der verletzten Antifaschistin im Dezember 1992 erneut Dienstaufsichtsbeschwerde, diesmal vor dem Landgericht Lübeck und gegen den zu diesem Zeitpunkt zuständigen Richter Peters.

Alleine dieser Hartnäckigkeit ist es zu verdanken, daß schließlich, als schon fast niemand mehr daran geglaubt hätte, der erneute Prozeßbeginn für Februar 1993 bestimmt wurde.

## Ziel erreicht - Verfahren tot?

Am 23. Februar begann also letztendlich fast fünf Jahre nach dem Überfall die wahrscheinlich vorerst letzte Station dieses Prozeßes. Übrig sind sechs Angeklagte: Stefan Bliesmer, Detlev Brüel, Andreas Haye, Guido Wirsching, Michael Homeister und Hanno Wichmann. Die letzteren beiden waren allerdings am ersten Verhandlungstag nicht zugegen. Homeister ist abgetaucht, vermutlich um in Jugoslawien auf Seiten kroatischer Faschisten schon mal für den Kampf gegen AntifaschistInnen in der Bundesrepublik ausgebildet zu werden. Gegen ihn läuft jetzt ein Haftbefehl. Sein Verfahren wurde vom Hauptverfahren abgetrennt. Hanno Wichmann hatte es zum ersten Prozeßtag nicht geschafft, rechtzeitig seinen Bangok-Urlaub abzubrechen, war dann jedoch ab dem zweiten Prozeßtag zugegen.

Wie zu erwarten, konnten sich die Angeklagten in Fragen des Tatkomplexes Oldenburg an nichts erinnern (... nach mittlerweile fünf Jahren...) wußten jedoch

Brüel hatte Pfingsten an einem Wehrsportlager der „Wiking-Jugend" in Hetendorf bei Celle teilgenommen. Während dieser Veranstaltung war er auf ein Kamerateam losgegangen und hatte einen Fotografen mit einem Messer angegriffen.

Sollte Brüel im Oldenburger Verfahren verurteilt werden, wird er möglicherweise Gelegenheit haben, seine Kaderfunktion im Gefängnis wahrzunehmen.

- **Andreas Haye,**

25 Jahre alt, ledig.

- **Michael Homeister**

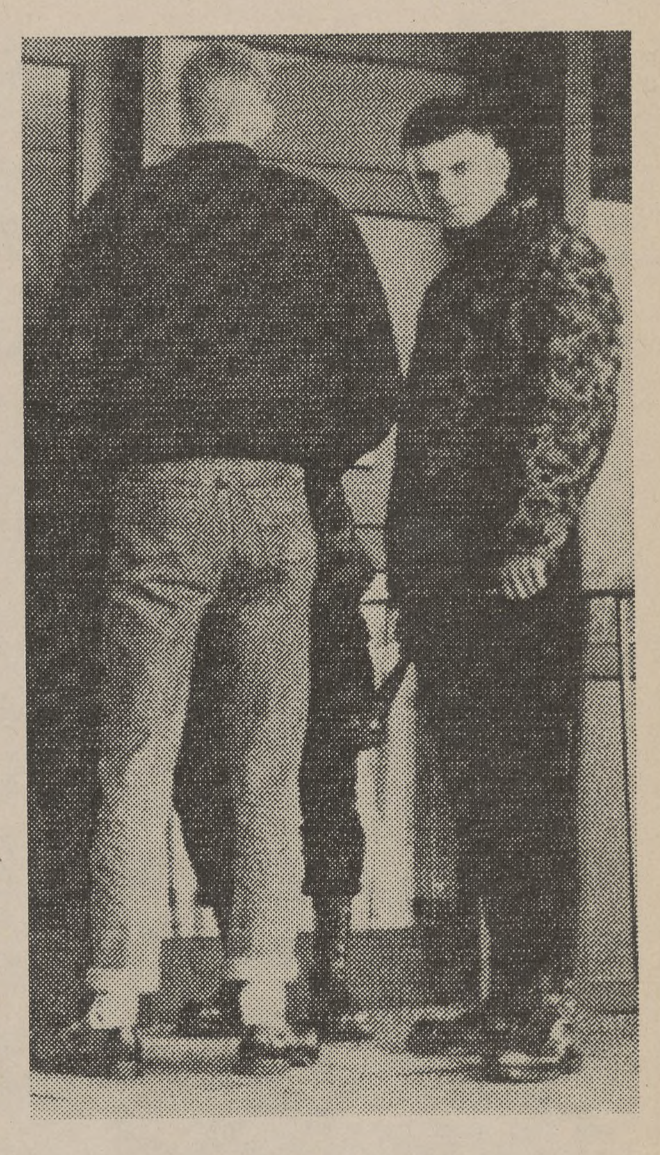
25 Jahre alt. Homeister ist FAP-Mitglied und guter Freund des FAP-Funktionärs Thorsten Heise. Heise ist ein Zögling des inzwischen nach Österreich abgeschobenen K. Polacek. Dieser hatte in Mackenrode ein Schulungszentrum betrieben.

Zusammen mit Heise und anderen Faschisten war Homeister an verschiedenen Gewalttätigkeiten beteiligt. Am 23.1.1988 nahm er an einem von Heise mitorganisierten Angriff von über 100 Faschisten auf das Göttinger Jugendzentrum „Juzi" teil. Im Mai 1989 saß er mit in Heises Auto, als dieser versuchte einen libanesischen Asylbewerber zu überfahren.

Homeister erschien bisher nicht zu diesem Prozeß. Auch zu einem weiteren Prozeß, der Anfang März vor dem Amtsgericht Northeim gegen ihn stattfinden sollte, erschien er nicht. In diesem Falle war er angeklagt, einen „Kameraden" zunächst geprügelt, und anschließend gezwungen zu haben, über einem Messer Liegestützen zu machen. Bei dieser Gelegenheit hatte sich der geschundene „Kamerad" einen Messerstich in den Bauch zugezogen.

Homeisters Aufenthaltsort ist nicht zu ermitteln. In seiner Meldewohnung ist er nach Auskunft von Anwohnern seit längerem nicht gewesen. Allerdings gibt es starke Vermutungen, daß er mit seinem Freund Heise nach Jugoslawien abgetaucht ist, um auf Seiten kroatischer Faschisten im Jugoslawischen Bürgerkrieg mitzukämpfen. Dies ist zumindest nicht gänzlich auszuschließen, auch wenn man unter Umständen reine Wichtigtuerei hinter solchen Ankündigungen vermuten könnte, die in diesen Kreisen ja nicht unüblich ist. Andererseits hatte sich Homeister schon 1986 in Frankreich bei der Fremdenlegion beworben, war aber - wenig schmeichelhaft für einen germanischen Kämpfer - abgelehnt worden. Immerhin sind nach Recherchen des Hamburger Journalisten Immanuel Merkur mittlerweile ca. 100 bundesdeutsche Neonazis auf dem Weg in das Kampfgebiet in Kroatien. Diese Aktion sei gesteuert von der aus den USA operierenden NSDAP/AO (Aufbau/Auslands-Organisation). Ziel des Ganzen sei, nach Kenntnis Merkurs allerdings weniger die Unterstützung der kroatischen Banden,

genau die Situation in Heiligenhafen zu beschreiben. Die neue Taktik Riegers besteht darin, gegen die Nebenkläger vorzugehen. Er versucht zunächst, die eine Nebenklägerin einzuschüchtern. Sie soll ihre eindeutige Aussage, daß Brüel sie zusammengeschlagen hat, relativieren. Am zweiten Prozeßtag wird klar, was er eigentlich vor hat. Er besteht darauf alle Strafverfahren des anderen Nebenklägers aufzurollen. Indem er diesen als gefährlichen Kriminellen darstellt, will er ihn unglaubwürdig machen. Die Nazi-Schläger sollen zu Opfern, die zusammengeschlagenen AntifaschistInnen zu den wahren Tätern gemacht werden. Diese Sicht der Dinge spiegelt sich auch im Verhalten gegenüber den Prozeßbesuchern. Während zum Beispiel am dritten Prozeßtag Andreas Haye vor dem Verhandlungssaal ungehindert die anwesenden AntifaschistInnen fotografieren darf, werden diese im gesamten Gerichtsgebäude am Fotografieren gehindert. Daß der Staatsanwalt sich auch noch eine Anzeige wegen Falschaussage vorbehält, macht die Drohgebärde gegen die Nebenkläger komplett. Das Gericht nimmt den ihm von Rieger zugespielten Ball freudig auf. Bis zum dritten Prozeßtag informierte man sich erstmal über die Prozeße und Verfahren des einen Nebenklägers, packt alles auf den Tisch und macht damit einen wichtigen Zeugen unmöglich. Daraufhin legt der Anwalt dieses Nebenklägers sein Mandat nieder - er fühle sich von seinem Mandanten getäuscht! Doch dieser Vorfall stellte nur den Anfang der Demontage der Anklagezeugen dar. Ein Teil der weiteren Anklagezeugen sagt am dritten Prozeßtag aus, sie hätten sich vor Prozeßbeginn getroffen und sich über den Prozeß unterhalten. Außerdem sagt ein Zeuge aus, er hätte in „irgendsoeiner Broschüre" Bilder der Angeklagten gesehen. Mit diesen Aussagen werden die Zeugen vor dem Gericht unglaubwürdig, da sie sich damit selbst dem Vorwurf der Absprache aussetzen. Das Fiasko wird komplett, als ein Nebenklagevertreter, wohl um die Zeugen in Schutz zu nehmen, die zitierte Broschüre in den Prozeß einbringt. Alle Anwälte sowie das Gericht erhalten daraufhin eine Kopie dieser Broschüre, die die ersten zwei Prozeßanläufe sowie die Vorfälle dokumentiert. Daraufhin fällt es RA Rieger leicht, in dieser Broschüre „Zitate" aus den Prozeßakte zu entdekken. Zwei der drei Nebenkläger hatten im Vorfeld keine Möglichkeit diese Akten einzusehen. Damit bleibt der Verdacht der Weitergabe von Prozeßakten an der dritten Nebenklägerin und ihrem Anwalt hängen. Sie wird am fünften Prozeßtag wegen dem Verdacht der Weitergabe als Zeugin erst gar nicht gehört. Damit sind alle Zeugen der



*1990 Oldenburg: Bewaffnete Faschisten vor dem Gerichtsgebäude*

sondern vor allem und zielgerichtet die paramilitärische Ausbildung vor Ort für künftige Aktionen gegen Antifaschisten in der BRD.

Das Verfahren gegen Homeister ist aufgrund seiner Abwesenheit endgültig von dem Laufenden abgetrennt worden.

- **Guido Wirsching,**
23 Jahre alt, Kellner.

- **Hanno Wichmann,**
26 Jahre alt.
Wichmann war Fahrer und Halter eines der bei dem Überfall benutzten PKW.

## Die Zeugen

- **Stefanie Ahrens, geb. Krüger,**
22 Jahre alt, Mutter eines Kindes. Beisitzerin im Hamburger Landesvorstand der FAP. Sie ist verheiratet mit dem ehemaligen Vorsitzenden der FAP-Hamburg. Stefanie Ahrens war selbst an dem Angriff bei Oldenburg beteiligt, der nun verhandelt wird. Im zweiten Anlauf dieses Prozeßes wurde allerdings ihr Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt.

- **Norbert Appel,**
Zumindest von 1989 bis 1990 war Appel Vorsitzender der FAP-Niedersachsen.

- **Glenn Goertz,**
Landesvorsitzender der FAP in Schleswig-Holstein. Glenn Görtz hat gute Kontakte zum KuKluxKlan in Henstedt-Ulzburg und Elmshorn (wir berichteten in Atze Nr. 16) und zu der im Raum Norderstedt aktiven „Aktion Nationale Kameradschaft". Seit der Einrichtung der FAP-Bundesgeschäftsstelle in der von ihm bewohnten Wohnung seiner Mutter in Halstenbek-Krupunder (Schleswig-Holstein) haben die lokalen FAP-Aktivitäten dort stark zugenommen (vergleiche den Artikel zu diesem Thema und antifaschistischen Gegenaktivitäten in diesem Heft).

- **Daniel Knecht,**
27 Jahre alt. FAP Mitglied, Funktionär des „Deutsches Jugend-Bildungswerk" des Neonazis Ewald Bela Althans.

- **Detlev Lichte,**
22 Jahre alt. Lichte wurde nach eigenen Angaben 1986/87 FAP-Mitglied, hat sich aber anscheinend inzwischen von der Nazi-Scene gelöst. Lichte ist bereits zwei mal wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt worden. Das Verfahren gegen ihn wurde vorläufig eingestellt da er bei einer Verurteilung im Oldenburger Prozeß seine volle Strafe aus einem Bewährungsurteil hätte absitzen müssen. Die sich daraus ergebende gesamte Strafe schien dem Gericht im Verhältnis zu dem aus ihrer Sicht für die Oldenburger Geschichte gerechtfertigten Strafmaß unverhältnismäßig hoch.

Anklage komprimittiert und ausgeschaltet.

Auf welcher Seite Justizia in diesem Prozeß steht, wird noch deutlicher, wenn man betrachtet wie im Gegensatz zu den Anklagezeugen die Zeugen der Verteidigung behandelt werden. Daß sie allesamt FAP-MitgliederInnen bzw. Funktionäre sind, daß Stefanie Ahrens/Krüger und Detlev Lichte erwiesenermaßen selbst an dem Angriff beteiligt waren, tut ihrer Glaubwürdigkeit anscheinend keinen Abbruch. Norbert Appel, Ahrens/Krüger und Lichte sagen am zweiten Prozeßtag aus, der Angeklagte Bliesmer habe das Auto während des Angriffes nicht verlassen - promt wird das Verfahren gegen diesen eingestellt. Nachdem sowohl die Angeklagten als auch die Verteidigungszeugen einheitlich ausgesagt haben, sie hätten die Antifaschisten nicht zum Anhalten gezwungen, indem sie ein Auto quer auf die Straße stellten, nein ein weißer Mercedes hätte sie durch Bremsung zum Halten gezwungen, wird sofort vom Vorwurf des gefährlichen Eingriffes in den Straßenverkehr abgesehen.

Nach fünf Prozeßtagen stehen die Angeklagten Neofaschisten also tatsächlich als mehr oder weniger unschuldig da. Sie fühlten sich in Oldenburg angegriffen und versuchten sich nur zu wehren. Von denjenigen, die Zeugen des Vorfalles oder Opfer waren gilt keine/r mehr als glaubwürdig. Noch bleibt ein Prozeßtag am 31. März. Weitere Neofaschisten werden als Zeugen gehört: Daniel Knecht und Glenn Görtz. Die Chancen, daß die Angeklagten verurteilt werden stehen damit schlecht. Alleine Detlev Brüel wird wohl kaum ganz leer ausgehen, doch steht nach dem bisherigen Verlauf fast zu erwarten, daß es dem Richter gelingen wird, ihm eine letzte, aber wirklich letzte Bewährungsstrafe zu verschaffen. Sollte dies tatsächlich der Ausgang dieses Prozesses sein, kann dies von den Angeklagten wohl nur als Aufforderung zu weiteren Angriffen auf AntifaschistInnen verstanden werden. Deutlicher als mit der jahrelangen Verschleppung des Prozesses durch das Gericht und die unterschiedliche Behandlung der Zeugen kann die Justiz kaum zeigen, daß sie kein Interesse an der Verfolgung von Angriffen auf AntifaschistInnen hat.

## *Der Nazi-Anwalt*

Obwohl er nur einen Angeklagten, den 32jährigen Detlev Brüel, vertritt, bestimmt er dennoch weite Teile des Verfahrens: Jürgen Rieger, „Staranwalt" der neofaschistischen Szene. Ob bei dem Prozeß in Oldenburg, bei dem Prozeß um die Fortführung der verbotenen „ANS/NA" in Stuttgart (als Vertreter des Ex-Generalsekretärs der FAP Jürgen Mosler) oder bei der Vertretung der verbotenen NF, der er bis zu dem Verbot nahestand (um nur die aktuellsten Fälle zu benennen) - wo auch immer bedeutendere Personen aus der bundesdeutschen Alt- oder Neonazi-Szene vor Gericht stehen, wird man mit großer Wahrscheinlichkeit auch Jürgen Rieger als Verteidiger finden. Rieger, 46 Jahre alt, als Rechtsanwalt in Hamburg niedergelassen, ist aber mehr als ein „Nazi-Anwalt". Neben dieser Tätigkeit ist er vor allem selbst in der bundesdeutschen Nazi-Szene aktiv.

Die Tätigkeiten des Jürgen Rieger umfassend und anschaulich darzustellen, übersteigt den hier vorhandenen Raum. Daher werden im Folgenden nur maskenhaft verschiedene Schwerpunkte seines politischen Lebens dargestellt. (In der Zeitschrift „Konkret" erschien im Januar dieses Jahres ein ausführlicherer Artikel zu Rieger.)

Mitte der sechziger Jahre wird Rieger Mitglied in der revanchistischen „Aktion Oder-Neiße" (AkON). Inerhalb dieser Organisation steigt er mit der Zeit zum Landesbeauftragten für Hamburg, Berlin und Schleswig-Holstein und schließlich zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden auf. Im Zusammenhang mit AkON-Aktivitäten beweist er, daß er nicht nur ein „Mann des Wortes" ist: nach Gewalttätigkeiten, begangen bei einer AkON-Demonstration, wird er wegen Körperverletzung verurteilt.

1969 schließt sich Rieger dem „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ) an. Der BHJ ist eine der ältesten rechtsextremen Jugendorganisationen in der BRD.

In dieser Zeit verfasst er wohl seine erste Broschüre, die auf den Index jugendgefährdender Schriften gesetzt wird: „Rasse - ein Problem auch für uns" (Hamburg 1969). Das Thema „Rasse" bleibt eines der zentralen, im weiteren „Schaffen" Jürgen Riegers. „Die Rassenkämpfe der Zukunft sollen uns nicht unvorbereitet sehen" schreibt er 1969. Deshalb betätigt er sich auch eifrig in der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V." (GfbAEV), deren Vorsitzender er seit 1972 ist. Das Organ dieser Gesellschaft, in dessen „Wissenschaftlichen Beirat" auch der „Chefideologe" der französischen neuen Rechten, Alain de Benoist, sitzt, versucht dumpfesten Nazi-Rassismus pseudowissenschaftlich zu untermauern und zu rehabilitieren. Der GfbAEV gehört ganz nebenbei auch ein Drittel des Grundstückes, auf dem sich in Hetendorf bei Celle ein neonazistisches Kommunikations- und Schulungszentrum befindet, auf dem unter anderem die „Wiking-Jugend" Lager abhält.

Während der 70er Jahre wird Rieger Mitglied der „Wiking-Jugend", Funktionär des „Nordischen Rings" und der völkisch-rassistischen „Artgemeinschaft". Auch in dieser Organisation trifft er auf einen intellektuellen Kopf der „Neuen Rechten": Pierre Krebs. Krebs ist Chef des „Thule Seminars", eine der wichtigsten neu-rechten „Denkfabriken". (Die „Thule-Gemeinschaft" an die sich das „Thule-Seminar" wohl namentlich anlehnt, war eine Vorläuferorganisation der NSDAP.)

Nebenher ist Rieger bei neonazistischen Demonstrationen und Aufmärschen, wie in Wunsiedel, als Redner und Organisator dabei. Unter anderem referierte er auf Veranstaltungen der FAP.

# Kiel: Stadtteil - Initiativen gegen Rassismus

*Von der Ankündigung der Kieler Stadtpräsidentin Silke Reyer, die Ortsbeiräte aller Stadtteile würden die Initiative zu breit angelegten Runden gegen Ausländerfeindlichkeit ergreifen, ist nicht viel übrig geblieben. Wo solche Runden entstanden, kam die Initiative eher von anderen.*

## Gaardener Erfahrungen

In Gaarden gibt es nicht einmal eine Zusammenarbeit. Auf Drängen der in der Gaardener SPD tonangebenden Politiker haben sich der Beirat und der SPD-Ortsverein selbst bereits aus dem Vorbereitungkreis zur Gründung einer solchen Runde verabschiedet.

Dabei sah es zunächst so aus, als könnte die Gaardener SPD hier teilweise eingebunden werden. Auf Einladung der Antifaschistischen Initiative Gaarden hatten sich (bereits vor den Morden von Mölln) Vertreter der SPD und der Grünen mit anderen an einen Tisch gesetzt, um darüber zu beraten, wie man bei uns Verständnis für die Aufnahme von Flüchtlingen fördern, Bereitschaft zu ihrer Verteidigung wecken und der Fremdenfeindlichkeit insgesamt entgegenwirken könnte. Die Einladung zur Gründungsversammlung einer „Gaardener Runde..." unterzeichnete der SPD-OV-Vorsitzende Dirk Schwardt zusammen mit mir.

Dann kam es am Wochenende vor dem Versammlungstermin zur Demonstration der 15.000 in Kiel, auf der Björn Engholm das Problem „Rechtsradikalismus" auf die Probleme glatzköpfiger Jugendlicher reduzierte, die bereits laut gewordene Kritik an seinem Nachgeben gegenüber rassistischen Forderungen weitgehend überging und ansonsten mit kaum verhüllter Gewaltandrohung beantwortete (z.B., als er auf die „Heuchler"- Rufe reagierte). Eine solche Gewaltbereitschaft durch vernagelte SPD-Anhänger haben auf der Kundgebung viele Kritiker des Regierungskurses empfunden.

Das scheint auch das wesentliche Signal dieser Aktion für die Gaardener SPD gewesen zu sein. Zwei Tage vor dem geplanten Gründungstermin erklärte mir Dirk Schwardt, als ich ihn in seinem Buchladen („Bücherkiste", Schulstraße) aufsuchte, die SPD würde die Initiative nicht mehr mittragen und habe bereits anderen - den Kirchen, dem Ortsbeirat, der AWO usw. - geraten, den Termin platzen zu lassen. Begründung; Es könnten auch Leute kommen, die Enholm ausgepfiffen haben. Zitat D.S.: „Solche Leute werden in Zukunft eher was aufs Maul kriegen, als daß wir mit ihnen zusammenarbeiten."

Die SPD werde, wenn sie es für richtig halte, selbst zu einem Treffen einladen, und zwar „suchen wir uns unsere Bündnispartner selber aus".

### Gaardener/innen gegen Fremdenhaß:

Wir sehen hin. Wir greifen ein.
Unser Abscheu über die rassistisch motivierten Gewalttaten in unserem Land soll Folgen haben. Wir verlassen uns nicht auf die Politiker/innen in den Parlamenten.
Wir wollen nicht in einem Klima des Hasses und der Angst leben. Wir suchen Freundschaft mit Menschen aller Mutterländer und sind zum Widerstand gegen die Feinde der Menschlichkeit bereit.
Wir treten ein:
Für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen in Gaarden und überall!
In unserem Stadtteil leben Deutsche und Nicht-Deutsche. Menschen ohne deutschen Paß gelten als „Ausländer" und haben keine politischen Rechte. Auch nicht, wenn sie schon 30 Jahre hier leben. Auch nicht, wenn sie hier geboren sind. Apartheid in Deutschland...
Dieser Zustand, der auch die Nazis zu ihren Mordtaten ermutigt, muß ein Ende haben. Dazu wollen wir gemeinsam beitragen.
Wer eine/n von uns angreift, greift uns alle an.
Unsere Solidarität ist unteilbar.
Deshalb sagen wir auch:
Ein herzliches Willkommen allen Flüchtlingen in unserem Stadtteil!
In Gaarden leben Flüchtlinge. Weitere werden kommen. Sie müssen menschenwürdig untergebracht werden. Wir müssen sie vor allen Anfeindungen schützen. Gemeinsam mit ihnen werden wir die Menschenrechte verteidigen.

Die Gaardener SPD hat es bisher noch nicht für notwendig gehalten, sich überhaupt wieder zu diesem Thema zu äußern. Bereits als Dirk Schwardt noch dem Vorbereitungskreis angehörte, hatte er signalisiert, daß ihm die Traute fehlen würde Engholms Kapitulationskurs öffentlich zu widersprechen. Vielleicht hält sein Verein das Problem ja heute für erledigt, da nach Abschottung der Grenzen sowieso nicht mehr viele Flüchtlinge in Gaarden zu erwarten seien...

Inzwischen gibt es dennoch eine Initiative „GaardenerInnen gegen Fremdenhaß". Sie arbeitet auf Grundlage des auf dieser Seite wiedergegebenen Aufrufes. Nachdem auf dem ersten Treffen 15 sehr unterschiedliche Menschen ihr Interesse an aktiver Mitarbeit bekundet hatten - was zu einigen Hoffnungen Anlaß gab - ist der aktive Kreis inzwischen auf die Mitglieder der Antifa-Initiative und einen Vertreter der Grünen zusammengeschrumpft. Dennoch haben wir das Projekt noch nicht aufgegeben. Der Aufruf wird mit den etwa 200 Namen der ErstunterzeichnerInnen nochmals öffentlich verteilt werden, und es wird bald ein neues Treffen geben.

Wer Kontakt zur Initiative „Gaardener/innen gegen Fremdenhaß" aufnehmen möchte, kann daß über die „Atze" tun oder über den Verein „Courage" im Arbeitslosenzentrum Iltisstraße 34.

## Nachtrag:

1. Der Appell „Gaardener/innen gegen Fremdenhaß" wird auch vom Verein türkischer Arbeitnehmer/innen getragen.

2. Wir haben nicht vor, den Gaardener Ortsbeirat und die Gaardener SPD aus der Pflicht zu entlassen. Wir wissen, daß nicht wenige Anhänger/innen der SPD unserem Aufruf zustimmen. Wir sind interessiert an einem Erfahrungsaustausch und an der Zusammenarbeit mit anderen Stadtteilinitiativen.

3. Ich persönlich wünsche mir, daß Kieler Sozialdemokrat/innen „Flagge zeigen" gegen die skrupellose Machtgeilheit ihres Kanzlerkandidaten und seiner kleinen Parteisoldaten, unter deren Auswüchsen die Schwächsten in unserer Gesellschaft mehr und mehr leiden.

*Dietrich Lohse*




## „... dann schlagen wir vorher zu."

Die Kieler DVU-Fraktion sorgt weiter für Negativschlagzeilen. Mitte Dezember 1992 legte sie einen Antrag vor, die Regierung solle einen Bericht „über die zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme sowie Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Roma und Sinti" vorlegen. Der Abgeordnete des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW), Karl Otto Meyer, aktiver Widerstandskämpfer gegen die Nazis und daher nach 1945 in Schleswig-Holstein lange mit Berufsverbot belegt, wies die DVU zurecht. „Sie sind Nazis und nichts anderes" rief Meyer den FaschistInnen zu. Und: „Wir bekennen uns zu Sinti und Roma mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft". Für die Bezeichnung als „Nazi" erhielt Meyer allerdings ebenso einen Ordnungsruf des Landtagspräsidiums wie Ingo Stawitz, dessen Entgegnung im Tumult unterging. (Meyer hat sich spätestens seit der Landtagsdebatte vom 30. Oktober 1992 den besonderen Haß der DVU-Truppe zugezogen. Damals hatte er in einer scharfen Rede u.a. gesagt: „Aber wir werden niemals zulassen, daß wir wieder in eine Situation kommen, in der Leute wie Sie und Ihresgleichen uns wieder den Strick um den Hals binden können. Dann schlagen wir vorher zu!")

Zuvor hatte Stawitz vergeblich gefordert, daß eine „Lichterkette für Opfer von Kriminellen" organisiert werden müsse. Einige Wochen vorher war Stawitz schon mit dem Versuch gescheitert, an seinem Wohnort in Uetersen an einer Demo gegen rassistischen Terror teilzunehmen. Und auch die heuchlerischen Trauerbekundungen über die Möllner Morde wollte ihm so recht niemand abnehmen.

In der Parlamentsdebatte zum Thema Drogen Ende Januar 1993 präsentierte die DVU-Abgeordnete Karin Voß dann die DVU-Linie unter der Parole „Arbeit im Viehstall ist besser als Heroin". Das von der FDP geforderte Methadon-Programm nannte sie ekelerregend und verfassungswidrig.

Zugleich versuchte der DVU-Fraktionsvorsitzende Stawitz die rassistischen Morde von Mölln durch den fünffachen Mord von Tankenrade durch einen mutmaßlichen türkischen Täter zu verharmlosen. Der Landtag lehnte jedoch den DVU-Antrag ab, auch wegen der Tat in Tankenrade sein Entsetzen zu bekunden.

Trotz der Einstellung einer Reihe von MitarbeiterInnen - neben den Abgeordneten der DVU (*Stawitz, Thienemann, Köhler, Voß, Friese* und *Schachtschneider*) sind für die DVU-Fraktion im Landtag *M.L. Lange* und *Ursula Schwellnus* (Sekretariat), *Gerlach* (Referat für Rechts- und Öffentlichkeitsarbeit), *Manfred Schulze* (Referat Kommunalpolitik), *Ernst H. Sahling* (Fraktionsgeschäftsführer) und *Oswald Dannenberg* (stellvertretender Fraktionsgeschäftsführer) tätig - besteht die Arbeit der DVU-Fraktion weiterhin vor allem in schlagzeilenträchtigen Parlamentsreden; in den Fachausschüssen taucht die DVU nicht auf oder schweigt.



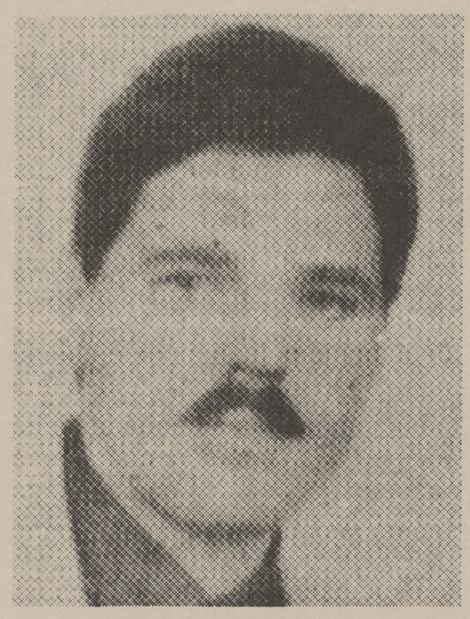
*Benvenuto-Paul Friese, DVU-Abgeordneter im Kieler Landtag*

# Der Prototyp eines faschistischen Hetzers

## Hans Weidenbach neuer DVU-Landesbeauftragter in Schleswig-Holstein

Im Dezember 1992 erreichte die „lieben Parteifreunde!" der DVU in Schleswig-Holstein ein Brief aus der Schillingstraße 25/27 in Bremen. Absender: der Abgeordnete der DVU in der Bremer Bürgerschaft Hans Weidenbach. Neben der Mitteilung, daß er per Beschluß des DVU-Bundesvorstandes vom 24.11.1992 zum Landesbeauftragten für den Landesverband Schleswig-Holstein berufen wurde, besteht das Schreiben vor allem aus hehren Mahnungen wie: „,... muß die DVU insbesondere durch ihre Amtsträger und vor allem durch ihre Abgeordneten auch in Schleswig-Holstein das vorleben, was unsere Partei stets den Wählern versprochen hat: **Ehrlichkeit und Anständigkeit, Bürgernähe und konsequente Vertretung der Rechte und Lebensinteressen all derer, die von etablierten Politikern der Altparteien verraten, betrogen und im Stich gelassen werden.**" (Hervorhebung im Original).

Einmal abgesehen davon, daß die Bereicherung der DVU und ihrer Abgeordneten von der Parteizentrale in München gelenkt wird, sind diese Zeilen Ausdruck einer innerparteilichen Konfliktlinie. Bereits im Juli 1992 hatte die *Deutsche Wochenzeitung* aus dem Hause Frey in einem Kommentar unter dem Titel „Der DVU-Abgeordnete" vor Tendenzen gewarnt, „als arrogante Mini-Etablierte" aufzutreten und „sich auf zahlreichen Repräsentationsveranstaltungen der Etablierten zum Händeschütteln und falschem Schulterklopfen hinreißen" zu lassen: „Niemand wird durch den Einzug in ein Landesparlament zum Halbgott, was offenbar nicht für jedermann einleuchtend ist." Damit war vor allem der - inzwischen verstorbene - Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Karl-Heinz Vorsatz gemeint; aber die Betonung dieser Aspekte in dem Weidenbach-Brief dürfte darauf hinweisen, daß die DVU-Spitze ähnliche Entwicklungen in Schleswig-Holstein im Keim unterbinden will. Die Münchner Parteizentrale will mit allen Mitteln verhindern, daß die in den Landesparlamenten in Bremen und Schleswig-Holstein vertretenen DVU-Leute von der Parteilinie abweichen. Daher wird dem Landesverband nun der langjährige DVU-Funktionär Weidenbach vor die Nase gesetzt. Er gilt der parteinahen Frey-Presse als „vorbildlich".



*Hans Weidenbach*

### Ein „vorbildlicher" Hetzer

In etlichen Ausgaben der *Deutschen Wochenzeitung* oder der *Deutschen National-Zeitung* von Gerhard Frey finden sich Artikel oder Redeauszüge von Hans Weidenbach. Deren Themenspektrum verdeutlicht in geradezu typischer Weise zentrale Elemente der Weltsicht der DVU:

**- Antisemitismus**

Im Zusammenhang mit der Diskussion um Rückgabe von (Grundstücks) Eigentum in der ehemaligen DDR bedient Weidenbach im Rahmen einer umfangreichen Serie mit dem Titel „Was wird aus Mitteldeutschland? Können jüdische Forderungen erfüllt werden?" das antisemitische Bild vom ewig geldgierigen Juden, der „Deutschlands Unglück" sei: „Nur so-

# DVU mit Problemen

## Kein Durchbruch in Hessen/ Fraktionsstatus in Bremen futsch

Mit großem Aufwand war die DVU in den hessischen Wahlkampf eingestiegen; das Ergebnis: gemessen an den Erwartungen der DVU eher ein Flop. Landesweit gaben nur 0,2% der WählerInnen der DVU ihre Stimme. In den parteinahen Zeitungen des Gerhard Frey konnten interessierte LeserInnen danach denn auch fast den Eindruck bekommen, als wäre diese im Vorfeld von der DVU-Spitze zur Entscheidungsschlacht hochstilisierte Kommunalwahl eigentlich unbedeutend gewesen; denn über die Ergebnisse war kaum etwas zu lesen.

Und weil *Peter Nennstiel* die Partei Ende Januar verlassen hatte, verlor die DVU in Bremen den Status als Fraktion und damit wichtige Rechte (z.B. auf Anfragen mit anschließender Debatte) und den Zugang zu beträchtlichen Finanzmitteln („nur" noch 25.000 statt 57.000 DM im Monat). Außerdem muß das Land Bremen nicht mehr den Fraktionsgeschäftsführer *Sven Eggers* entlohnen, der in der Münchner DVU-Zentrale sitzt und dort auch für die Frey-Blätter *Deutsche Wochen-Zeitung* und *Deutsche National-Zeitung* schreibt.

Nennstiel war ausgetreten, nachdem er aus der Parteizentrale die Order bekommen hatte, in der Bürgerschaft eine Rede über Nazis in den Parteien zu halten. Der Text kam einen Tag vor der Sitzung per Fax aus München, eine auch bei den parlamentarischen Anfragen der DVU gängige Verfahrensweise. Als Austrittsgrund gab er an, die DVU reite immer nur auf dem Asylthema herum und außerdem sei er gegen die Todesstrafe. Die DVU hatte gleich nach den rassistischen Morden von Mölln die Todesstrafe für die Täter gefordert. Mitte Februar rief Nennstiel mit dem ehemaligen DVU-Abgeordneten Hans Altermann eine *„Nationalkonservative Gruppe"* (NK) in der Bremer Bürgerschaft ins Leben.

viel steht bereits fest: ´Das wird teuer!´, lautet der Kommentar aus der Wohnungsbaugesellschaft Mitte. ´Saftige Entschädigungen´ an die jüdischen Erben des Jakob Michael sind aber offenbar noch nicht alles..." Das zu dem Artikel gehörende Bild trägt die Unterschrift: „Was aber in jeder Weise zu wünschen übrig läßt, ist der wirtschaftliche Aufstieg der einstigen DDR. Hier stellen die ungeklärten Eigentumsansprüche von jüdischer Seite ein entscheidendes Hemmnis für große neue Investitionen dar, die aber unerläßlich sind, um die enorme Arbeitslosigkeit zu überwinden und den Mitteldeutschen wieder Hoffnung und Lebensmut zu geben."
(Artikel, DWZ 26/1992)

**- Verharmlosung der Nazi-Verbrechen durch Relativierung**
Im hessischen Biebelsheim demonstrierten im Jahre 1992 mehrfach vor allem FaschistInnen aus der *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front* gegen die Errichtung einer Mülldeponie auf dem Gelände eines ehemaligen US-Kriegsgefangenenlagers. Die neofaschistischen Medien berichteten über diesen Vorgang, so z.B. die Deutsche National-Zeitung im Juni/Juli 1992. Unter der Überschrift „Die Tragödie von Biebelsheim" schreibt Weidenbach: „Mehr als 45 Jahre mußten vergehen, um das furchtbare Schicksal der Deutschen einer breiten Öffentlichkeit ins Gedächtnis zu rufen, die vom Heer der über weit 3 Millionen, die den Qualen in US-Amerikanischen Nachkriegs-Konzentrationslagern ausgesetzt waren, im Lager Bibelsheim litten und starben". ... „In einem Sonder-´Camp´ des US-KZ war Zeitzeugen zufolge ein Lager für Waffen-SS-Soldaten gewesen" ... „Jene ´Siegermächte´, die ´angeblich zur Herstellung der Menschenrechte Krieg gegen Deutschland geführt haben´, hätten sich mit ihren Besatzungssoldaten auf deutschem Boden schwerster ´Verbrechen schuldig´ gemacht."
(Artikel, DNZ 27/92 - 28/92).

**- Rassismus**
Im Rahmen einer Debatte in der Bremer Bürgerschaft forderte Weidenbach: „Werfen Sie die Schwindler hinaus, die Gauner, die Verbrecher multinationaler Herkunft, die Herointürken und Kokainneger, zigeunernde Plünderer und polnische Schmuggler und Autoschieber, denn durch deren Duldung züchten Sie ja Fremdenfeindlichkeit!"
(Redeauszug, DNZ 38/1992)

**- Täter-Opfer-Umkehr**
Zum Standardmittel der FaschistInnen gehört auch die Betonung einer angeblichen Opfer- und Märtyrerrolle der Deutschen. Damit arbeitet auch Weidenbach: „Eine regelrechte Kampagne gegen vermeintliche ´Fremdenfeindlichkeit´, ja, gegen unter deutschen Bürgern angeblich weit verbreiteten ´Fremdenhaß und Rassismus´ wurde in Gang gesetzt. Dazu wird behauptet, überall in der Welt hätten deutsche Rechte ´Empörung und Ekel´ ausgelöst. Das Bild des häßlichen Deutschen wird gezeichnet."
(Redeauszug, DWZ 53/1992)

**- Antipolnische Stimmungen**
Unter der Überschrift „Die Lüge vom ´Asylkompromiß´ nimmt Weidenbach Stellung zum Versuch der Bundesregierung, auch den östlichen Nachbarstaaten eine äußerst harte Linie gegen Flüchtlinge aufzuzwingen. „Auch alle bisherigen Versuche beispielsweise des Bonner Staatssekretärs Vöcking, der eher unterwürfig in Warschau vorstellig wurde, um die polnische Regierung zur Mitwirkung zu bewegen, schlugen fehl. Nur eines haben die Verantwortlichen in Warschau wie auch in Prag bislang deutlich zu verstehen gegeben: Ohne deutsches Geld bewegt sich gar nichts! ... Nach dem jetzigen Stand der Dinge bleibt also festzustellen, daß sich Bonn in der Rolle des Bittstellers befindet, der auf die Gnade Warschaus hofft."
(Artikel, DNZ 8/93)

Mit Weidenbach, der in Bremen auch Landesvorsitzender der DVU ist, erhält die Partei im schleswig-holsteinischen Landtag eine völlig den Interessen der Parteispitze, sprich: Gerhard Frey, folgende Führungsfigur. Er nimmt nicht nur „Aufpasser"-Funktion wahr, sondern kann den rassistischen Hetzern um den DVU-Fraktionsvorsitzenden Ingo Stawitz wohl auch noch in seiner „Vorbildfunktion" als übler Demagoge in Sachen Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsfälschung dienen.

# Schon gehört?



Per Kleinanzeige in der „Jungen Freiheit" kündigt der langjährige JN- und NPD-Aktivist **Ulrich Schwetasch** (Neversdorf bei Bad Segeberg) ein Buch über die Machenschaften des DVU-Chefs Gerhard Frey an. Schwetasch, in Schleswig-Holstein für den Ordnerdienst der NPD zuständig und auch beim Nazi-Aufmarsch in Wunsiedel mit Ordneraufgaben betraut, hatte für die DVU noch zur Landtagswahl im April 1992 im Wahlkreis 34 (Segeberg-Ost) kandidiert. Im Spätherbst 1992 hatte er die Partei verlassen, weil es ihm (seinen Angaben zufolge) stinke, daß es in der DVU nur um Geldschiebereien ginge. Seine Kenntnisse über das Innenleben der DVU im Norden will er nun öffentlich machen.



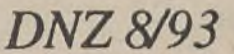
*Ulrich Schwetaschs*



In das ostholsteinische Sierksdorf hatte der Kreisbeauftragte und stellvertretende REP-Landesvorsitzende **Christian Wendt** (Mitgliedsnummer 7364), früher in Lübeck, inzwischen jedoch in Eutin wohnhaft, für den 5. Februar 1993 geladen. Aus der Kreismitgliederversammlung der Ostholsteiner REP wurde allerdings nichts: Der Versammlungsraum wurde von 40 AntifaschistInnen besetzt, die interessante Tagesordnung (1. Begrüßung der Mitglieder 2. Beitragszahlung „wie, wann, und wohin" 3. Verschiedenes) konnte so nicht abgearbeitet werden.



Für „Urlaub an der Ostsee" wirbt nun wieder **Lydia Krumm** aus Heiligenhafen in der Frey-Presse. Ihr Mann Reinhard Krumm kandidierte 1992 als DVU-Kandidat im Wahlkreis 4 (Flensburg-West) bei den Landtagswahlen.



*DNZ 8/93*

**Urlaub an der Ostsee** in komfortablen Ferienwohnungen bei national gesinntem Ehepaar. Haus am Erlengrund. Frau Lydia Krumm, W-2447 Heiligenhafen, Lütjenburgerweg 11–13, Tel. (04362) 1467. **Bitte Prospekt anfordern.**



Neuwahlen gab es im Landesverband Schleswig-Holstein/ Hamburg der reaktionären *Paneuropa-Jugend (PEJ)*. Als Landesvorsitzender wurde **Markus Waldmann** bestätigt; seine Stellvertreter sind **Conrad Schäfer** und **Arne Tölsner** (Uetersen). **Nils Abraham, Henning von Bischoffshausen** sowie **Henning Röttger** wurden als Beisitzer in den Landesvorstand berufen.





Das seit Juni 1992 von **Roland Bohlinger** (Viöl, Nordfriesland) herausgegebene neofaschistische Magazin NATION wird seit kurzem in Litauen gedruckt. Die Verlegung des Druckortes erfolge aus wirtschaftlichen und politischen Gründen, teilte Bohlinger den AbonnentInnen im März 1993 mit. Mit dieser Entscheidung folgt er einem Trend in der neofaschistischen Presse, sich möglichen Strafverfahren oder gewerkschaftlich organisierten Eingriffen in den Druckvorgang durch das Ausweichen ins benachbarte Ausland zu entziehen. Ein Teil der offen nationalsozialistischen Propaganda wird bereits seit einigen Jahren über Adressen in den Niederlanden abgewickelt; in jüngster Zeit wurde die Zeitschrift SIEG von Österreich nach Spanien verlegt.

# Schon gehört?



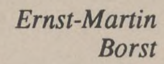
**Thies Christophersen**, der vor einigen Jahren vor den deutschen Strafverfolgungsbehörden nach Dänemark floh, will seinen im dänischen Kollund gelegenen Verlag sowie die Versandbuchhandlung abgeben. In der Ausgabe 1/93 der von ihm herausgegebenen Vierteljahreszeitschrift *Die Bauernschaft* heißt es dazu in der Rubrik *Mitteilungen* u.a.: „Gesucht wird jemand, der bereit ist, das zu übernehmen. Ein unbehindertes Arbeiten ist aber nur in Dänemark möglich." Eine günstige Gelegenheit, die Nachfolge zu regeln, hat er mit den „Nordischen Dichtertagen" nun selbst geschaffen. An der einwöchigen Veranstaltung sollen im Mai führende deutsche Faschisten wie **Roland Bohlinger**, **Dr. Ventker**, Manfred Roeder, Wolfgang Juchem, Dr. Stäglich und Udo Walendy teilnehmen.



Im revanchistischen *Ostpreußenblatt* hatte Mitte März erneut der Europaparlamentarier **Emil Schlee** Gelegenheit zur Verbreitung seiner Ansichten. Unter der Überschrift „Die Ruhe vor dem Sturm" freut sich der ehemalige REP-Landesvorsitzende Schleswig-Holsteins über den abnehmenden Zuspruch für SPD und CDU bei Wahlen und spekuliert auf einen Durchbruch der neofaschistischen Parteien im Wahljahr 1994: „Alle diese politischen Ungeheuerlichkeiten haben Betroffenheit, Verstimmung und schließlich auch Wut bei den Menschen so anwachsen lassen, daß keine ´Lichterketten´ das verdrängen können und daß auch der Bundeskanzler diese Lage nicht mehr ´aussitzen´ kann. Eine wahrlich ´trügerische Ruhe (1993) vor dem Sturm´(1994)! Es bahnt sich Entscheidendes an!"



Zum Landesvorsitzenden des neu geschaffenen Landesverbandes Schleswig-Holstein der *Christlichen Liga* wurde auf dem Parteitag am 21. November 1992 in Kronshagen bei Kiel der Versicherungskaufmann und Werbeberater **Ernst-Martin Borst** aus Schacht-Audorf gewählt. Seine Stellvertreterin wurde **Anne Polchau** (Kronshagen). Zum Treffen der organisierten GegnerInnen von Schwangerschaftsabbrüchen war auch der Bundesvorsitzende Ewald Jaksch aus Reutlingen erschienen.



*Ernst-Martin Borst*





Dem Anfang 1993 neugewählten Bundesvorstand der revanchistischen *DJO (Deutsche Jugend des Ostens) - Deutsche Jugend in Europa* gehört auch ein Vertreter des schleswig-holsteinischen Landesverbandes an. Als stellvertretender Bundesvorsitzender amtiert nun **Matthias Fritz** aus Lübeck.



Auch die Partei *DM - Deutsche Mitte*, der der Pinneberger **Martin Wood** vorsteht, bemüht sich mit Blick auf das Wahljahr 1994 um den Aufbau von Kreis- und Landesverbänden. In Kiel wird diese Tätigkeit von Frau **Riddervold** und Herrn **Dr. Hack** betreut; die Treffen der *Deutschen Mitte* , deren Programm u.a. rassistische Forderungen nach Ausgrenzung und Abschiebung von Flüchtlingen enthält, finden im *Hotel Consul* statt.




*Parteisymbol der DM*

# Bücher Bücher Bücher

## Tarzan und die Herrenrasse

*Norbert Bernhard*
*Tarzan und die Herrenrasse*
*Lenos Verlag, 22 DM.*

Welche Art von Literatur stützt ein System, das Missionare ausschickte, den Farbigen die „wahre Religion" zu bringen? Welche Art von Literatur dient Regierungen, die versuchten, in der farbigen Welt Administrations- und Erziehungssysteme nach europäischem Muster einzuführen? Und schließlich: Welche Art von Literatur entspricht der Arroganz, mit der Händler Einheimische zum Segen der Kultur bekehrten, inem sie „die Bürde des weissen Mannes" übernahmen? (N. Bernhard: Tarzan und die Herrenrasse).

Wer/welche erwartet, jetzt die Namen völlig unbekannter Trivialautoren zu hören, der/die irrt gewaltig. Gerade (oder schon) in der Jugend- und Kinderliteratur wird dafür gesorgt, daß sich die bekannten Vorurteile gegen Schwarze verfestigen. Die „Täter" sind nicht unbekannt; zu ihnen zählen u.a. auch Jules Verne, dessen Bücher neben der *Bibel* und dem *Kapital* am häufigsten übersetzt wurden und E.R. Burrough, der Autor der weltbekannten „Tarzan"- Geschichten, mit dem sich Norbert Bernhard sehr ausführlich auseinandergesetzt hat. Kein Wunder, ist Tarzan doch das Idol der Jugendlichen, vor allem der Jungen, schon immer gewesen - und das ungeachtet der Tatsache, wie Tarzan z.B. Schwarze „bewertet". Für ihn sind sie lediglich eine Masse, dem Gorilla nicht unähnlich und haben nur dann edle und gute Züge, wenn sie sich ihm bedingungslos unterworfen haben und auch seine Kultur annehmen.

Norbert Bernhard gelingt es damit ausgezeichnet, den Ethnozentrismus auf anschaulichste Art und Weise zu definieren - und zwar „als die emotionale Überzeugung, daß die eigene kulturelle Gruppe der Fremdgruppe oder den Fremdgruppen gegenüber überlegen ist, und daß die kulturellen Merkmale der Fremdgruppe(n), verglichen mit denjenigen der Eigengruppe, minderwertig sind."

Weiter gibt N. Bernhard mit H.R. Haggard noch ein treffliches Beispiel für den „Kolonialautoren" schlechthin an, der zwar mittlerweile schon wieder in Vergessenheit geraten ist, in seiner Zeit aber mit dem von ihm entwickelten Bild „des Schwarzen" als dummen, unselbständigen, Menschenfleisch essenden Wilden an der Verfestigung von Vorurteilen gegenüber Schwarzen in entscheidendem Maße beteiligt war.

Der wesentliche Unterschied beispielsweise zu E.R. Burrough, dem Autor der Tarzan-Geschichten: H.R. Haggard und andere Autoren seiner Zeit gaben sich einen wissenschaftlichen Touch; es entstand der Eindruck, daß die von ihnen beschriebenen Charakteristika von Schwarzen etc „wahr" sein mußten, da diese durch Literaturquellen belegt werden konnten.

Klar ist, daß die stereotypen oder rassistischen Bilder, die die Autoren entstehen lassen, nicht immer so eindeutig und klar auf der Hand liegen. Zu diesem „Fall" gehört auch Marc Twain; selbst ein Gegner der Lynchjustiz gegen Schwarze und heftiger Kritiker der „Weißen". Doch in seinem Buch „Die Abenteuer des Huckelberry Finn läßt er z.B. einen schwarzen Sklaven und einen 13 jährigen Jungen zusammen fliehen. Es ist jedoch wider alle Erwartungen der Junge, der die Führung übernimmt und alle wichtigen Entscheidungen trifft; hingegen ist der Schwarze völlig inaktiv; wird also mit dem Jungen auf eine Stufe gestellt und weiter als jemand charakterisiert, der Hilfe und Zuwendung braucht.

Fazit: Norbert Bernhards Buch „Tarzan und die Herrenrasse" ist wirklich empfehlenswert, da es auch einige neue Aspekte in die Thematik „Funktion von Literatur" hineinbringt.

## Antisemitismus

*J. Elsässer:*
*Antisemitismus;*
*Dietz Verlag Berlin;*
*158 Seiten, 19,80DM.*

Nicht erst seit den zunehmenden Angriffen von Nazis gegen Juden und Jüdinnen ist eine Auseinandersetzung innerhalb der Linken zu Antisemitismus als besonderer Form von Rassismus notwendig. Jürgen Elsässer, der Autor von Antisemitismus - das alte Gesicht des neuen Deutschland, war in der ehemaligen „Radikalen Linken" einer der profiliertesten Streiter für eine antideutsche Orientierung. In seinem Buch beschreibt er nach einer kurzen Einführung zur Besonderheit des deutschen Nationalismus die Verharmlosung des Nationalsozialismus seit der von ihren InitiatorInnen mittlerweile gewonnenen „Historikerdebatte" 1986. Schwerpunkt ist dabei der seit der „Wiedervereinigung" verstärkt auftretende Antisemitismus. Dies wird an Beispielen wie den Kampagnen gegen den „Jüdischen Weltkongreß" und gegen den PDS-Chef (ehemaligen) Gysi als „jüdischer Drahtzieher" oder den Vorgängen um die Überbauung eines ehemaligen jüdischen Friedhofes in Hamburg näher dargestellt. Elsässer referiert die Ergebnisse von Umfragen zum antisemitischen Bewußtseinsstand der Deutschen in Ost und West, analysiert die deutsche Außenpolitik gegenüber Israel seit 1949 und geht auf die Debatte in der radikalen Linken um (Anti-) Zionismus und Antisemitismus ein. Eine Chronologie schließt das empfehlenswerte Buch ab.

# AJA
## Der Anfang vom Ende...

*Alljährlich lösen sich unzählige Politik-Gruppen auf, und zwar aus den unterschiedlichsten Gründen. Gemeinsam haben sie nur die Angewohnheit, daß über die besagte Gruppenauflösung vorher diskutiert wurde. Aber selbst das ist bei der AJA anders gewesen, ein Kuriosum, das mich veranlaßte, einmal ein wenig über diese Gruppe und ihren raschen Zerfall zu schreiben.*

Ursprünglich hatte sich die AJA im Oktober 1991 gegründet, u.a. um eine Organisationsplattform für unorganisierte Antifas darzustellen. Doch die AJA machte größtenteils nicht durch politische Aktionen von sich reden; eher fanden Plauderstündchen anstatt der angesetzten Treffen statt. Das besagte Rede- und Diskussionsverhalten hatte wohl auch zur Folge, daß neue Leute nach einmaligem Besuch des Treffens wieder verschwanden. Und so war es auch nicht weiter verwunderlich, daß im Juni 1992 nach einer Munier-Flugblattaktion die AJA langsam zum Sommerferienanfang „einschlief".

Doch schon knapp 2 Monate später fanden sich wieder neue junge Antifas zusammen, um die AJA mit mehr Erfolg als bis dato wieder aufleben zu lassen - und da sich eine vollkommen neue Konstellation zusammenfand, schien die Hoffnung, eine aktive kontinuierliche Antifa-Arbeit zu betreiben, nicht unbedingt utopisch.

Doch schon knapp einen Monat später zeigte sich, daß die AJA kaum eine wirkliche Zukunftsperspektive haben konnte: Zum einen wurden die wenigen Diskussionen viel zu sehr von sogenannten „erfahrenen" Antifas dominiert, die also auch die Anstöße für mögliche Aktionen oder Themen gaben. Woran das lag? Nun, zum einen könnte es an dem Konsumverhalten einiger (oder mehrerer/vieler) Antifas liegen, oder zum anderen an dem oft gespannten Diskussionsklima. Allerdings hatte die traurige Tatsache, daß lediglich die etwas „erfahreneren" Antifas die Diskussion bestimmten ihren Fortgang darin, daß sie es auch waren, die Arbeiten wie Flugblätter schreiben etc. erledigten. Die Ursachen dafür sind wahrscheinlich sehr vielfältig: so scheint es naheliegend, daß viele Arbeiten wie Flugblätter schreiben scheuen, weil sie der Meinung sind, daß sie es „falsch" machen, und vielleicht (oder ganz bestimmt?) ältere Antifas über die besagten Flugblätter nur milde lächeln.

So war es auch nicht weiter verwunderlich, daß mit der Zeit immer weniger Leute zu den besagten Gruppentreffen kamen, die schon wieder zu bloßen Plauderstunden wurden.

Letztendlich kann man/frau noch nicht einmal sagen, daß sich die AJA Knall auf Fall, vielleicht sogar mit einem riesigen Streit, auflöste. Das Auflösungsszenario ging nämlich so vonstatten, daß Antifas, die gerade nicht beim Treffen gewesen waren, angerufen wurden, um sie zu fragen, ob sie etwas dagegen hätten, wenn man/frau die AJA auflöse.

Sie hatten es nicht, eine Debatte, eine Auseinandersetzung mit den begangenen Fehlern, die schließlich und endlich zu dieser Auflösung führten, wurde allerdings auch nicht für nötig empfunden. Warum auch, Diskussionen innerhalb der AJA hatten meist auch einen aufgesetzten, fast peinlichen Charakter - abgesehen davon, daß das Redeverhalten es den meisten Mädchen nicht ermöglichte, sich an ihnen zu beteiligen: Wer/welche nicht schnell genug und laut genug sprach, um die gesamten Nebengeräusche zu übertönen, wurde halt nicht beachtet. Pech gehabt!!




Allerdings, auch wenn die besagten Gruppentreffen fast immer ein ausgesprochenes Desaster waren, eine kontinuierliche Antifa-Arbeit einfach nicht möglich, das Gruppenverhalten schlichtweg durch und durch patriarchalisch war, muß ich sagen, daß ich es bedauere, daß die AJA als Projekt gescheitert ist. Ein Projekt, bei dem es möglich gewesen wäre, daß schon junge Antifas ihre unterschiedlichen Erfahrungshorizonte miteinander erleben und verarbeiten; ein Projekt, daß für die Leute zwangsläufig einen unterschiedlichen Stellenwert haben mußte: für die etwas erfahreneren Antifas zweifellos eine ganz neue Erfahrung, daß jetzt von ihnen eine gewisse Führungsrolle erwartet wurde, und für die noch „unerfahrenen" Antifas die erste Gruppe.

Wie weiter?

Die Zukunft der Jugend-Antifa in Kiel sieht momentan alles andere als rosig aus: Zwar ist das Interesse an Antifa gerade bei Jugendlichen riesengroß, doch es ist zumindest im Merhaba keine Anlaufstelle, wie die AJA halt eine war, mehr vorhanden. Und so ist auch verständlich, daß es oft die jugendlichen Antifas sind, die relativ planlos im Merhaba herumlaufen, oft auf der Suche nach Informationen über die eine oder andere geplante Aktion - und damit oft auf die Bereitwilligkeit einiger „älterer" Antifas angewiesen sind (na ja, das mit dem Merhaba hat sich inzwischen leider erledigt. d.S.).

Allerdings kann die bloße Gründung einer „neuen" AJA nichts oder auf jeden Fall zu wenig bewirken, wenn nicht vorher über alte Fehler in ausreichendem Maße gesprochen wird.

Das Merhaba steht nicht mehr für Treffen zur Verfügung. Als Ausweichtreffpunkt kann das Café Weltrevolution in der Alten Meierei im Hornheimer Weg 2 genutzt werden. Die Öffnungszeiten sind: jeden Freitag 16.00-23.00 Uhr (und bei Konzerten)

# Diskussionsveranstaltung mit Heinrich Lummer fand nicht statt

## Kieler AntifaschistInnen verhindern Veranstaltung mit rassistischem Hetzer

Ursprünglich sollte es eine Diskussionsveranstaltung zwischen Egon Bahr, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg, und dem Berliner Historiker Arnulf Baring werden. Weil letzterer aber keine Zeit hatte, luden die Veranstalter, der Förderverein „Freunde des Theaters Kiel e.V.", den CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer ein. Angesichts des rassistischen Terrors im Lande war das Thema des für den 27. Februar im Kieler Schauspielhaus geplanten Streitgesprächs mit „Gewalt in der Gesellschaft" angekündigt worden.

Doch dazu kam es nicht. Kieler AntifaschistInnen wandten sich mit Offenen Briefen an Egon Bahr und den Vorsitzenden des Fördervereins und forderten die Absetzung dieser Veranstaltung. Zugleich begannen die Mobilisierung für eine Demonstration zum Schauspielhaus und Vorbereitungen zur direkten Verhinderung der Veranstaltung.

Aber weder der SPD-Politiker noch die Veranstalter zeigten sich den Argumenten, daß man nicht Rassisten aufs Podium laden müsse, um sie zu entlarven, noch dem Hinweis, daß ein gemeinsamer Auftritt mit diesem Scharfmacher in Sachen Rassismus und starker Staat das von ihm benötigte demokratische Mäntelchen bedeute, zugänglich. Noch zwei Tage vor der geplanten Veranstaltung hielt der veranstaltende Verein an seiner Einladung fest; trotz der Tatsache, daß selbst die wahrlich nicht linke Junge Union von der Partei „Ordnungsmaßnahmen" gegen den „Verbal-Republikaner" (O-Ton JU) forderte, weil dieser eine Zusammenarbeit mit den neofaschistischen REP für denkbar hält. Und auch die Tatsache, daß am Vorabend des 27. Februar 1993 ein Vortrag Lummers beim *Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk* in Berlin vorgesehen war, brachte keine Änderung. Zwar wurde der Vortrag Lummers bei dieser zentralen Organisation der Berliner Nazi-Szene dann doch noch auf Druck der CDU-Parteispitze abgesagt, doch für die Kieler Veranstalter war die offene Kollaboration Lummers mit Funktionären der *NPD*, der *REP* und der nicht minder neofaschistischen *Deutschen Liga* kein Grund zur Ausladung.

**„Asyl — Ein mißbrauchtes Recht" am 16. Febr., 19 Uhr in Berlin. Referent: Heinrich Lummer (MdB). Information bei Hoffmann von Fallersleben-Gesellschaft, Postfach 21, O-1199 Berlin, Tel. 0 30 / 6 55 06 01.**

*Veranstaltungsankündigung in der neofaschistischen "Nation + Europa" 2/92*

Erst einen Tag vor dem Veranstaltungstermin teilten die „Freunde des Theaters Kiel" in einer Presseerklärung mit, daß angesichts der drohenden Besetzung des Veranstaltungsraumes durch AntifaschistInnen eine Durchsetzung der Diskussion nur mit starkem Polizeiaufgebot durchsetzbar sei. Darin aber habe man keinen Sinn gesehen. In einer daraufhin veröffentlichten Presseerklärung der AntifaschistInnen wird diese Entscheidung begrüßt: „..., weil sie von der richtigen Einschätzung ausgeht, daß die Veranstaltung durch den breiten Protest vieler KielerInnen und unsere geplanten Gegenaktivitäten nicht durchführbar gewesen wäre.... Wir wissen, daß die Absage der Veranstaltung durch die „Gesellschaft der Kieler Theaterfreunde" nicht auf der Einsicht beruht, sondern der Angst vor Auseinandersetzungen im Kieler Schauspielhaus geschuldet ist und sie sich in ihrem „geistigen Freiraum" eingeschränkt sehen. Bei der Beurteilung von rassistischem Terror hört allerdings bei uns der „geistige Freiraum" auf. Mit Lummer, der aus seinen rassistischen Ansichten nicht den geringsten Hehl macht, gibt es keine Diskussion. Der „geistige Freiraum" von Lummer und anderen hat zu den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock geführt."

*CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer*

### Seit zehn Jahren wird die Lösung des Asylproblems aufgeschoben

## Wann endlich handelt Bonn?

Von klugen Politikern erwartet man Weitsicht. Sie sollten in der Lage sein, die Dinge vorauszusehen, um rechtzeitig auf Problemstellungen reagieren zu können. Manchmal spricht man auch von Fingerspitzengefühl. Es gibt solche Politiker. Aber auch dann, wenn die Probleme rechtzeitig erkannt werden, faßt man sie sehr häufig nicht an. Man verschiebt, verdrängt, verschleiert — so lange bis es nicht mehr geht. Dies war bei der Gesundheitsreform so. Dies traf auch auf unser Verhalten gegenüber Jugoslawien zu. Dies traf mit unglaublicher Schärfe auf das Asylrecht zu.

Seit mindestens 10 Jahren liegen die Fragen auf dem Tisch. Die Antworten sind banal und zur Problemlösung nicht geeignet. Die FDP kennt die Dramatik nicht, weil sie keine Bürgermeister vor Ort hat, die ihr davon berichten könnten. Die Bonner Experten — Hirsch und Baum — leben am grünen Tisch und haben keinen Blick für die Wirklichkeit. Die FDP ist handlungsunwillig. Die SPD ist hin und her geschüttelt. Die einen reden einer Grundgesetzänderung das Wort, die anderen wollen die Republik zum Einwanderungsland machen. In der Asylfrage ist die SPD — wieder einmal — handlungsunfähig.

Die CDU/CSU zeichnet sich auch nicht gerade durch rechtzeitige Konsequenzen aus. Sie hat das Problem lange verdrängt. Einige wollten es nicht wahrhaben, weil sie eine multikulturelle Gesellschaft für gut hielten. Andere schoben die Frage beiseite, weil der Koalitionspartner nicht will. Wieder andere wollten das Asylthema nicht zum Wahlkampfthema haben, weil es zu sehr polarisiere. Und dann gab es noch diejenigen, die den Kirchen nicht auf die Füße treten wollten. Gründe sind viele genannt worden. Das Ergebnis ist jedenfalls, daß 10 Jahre lang nicht gehandelt worden ist, obwohl es notwendig und die Entwicklung absolut voraussehbar und erkennbar war.

Es ist gewissermaßen ein Erfahrungswert, daß Politiker immer erst dann handeln, wenn ihnen, volkstümlich ausgedrückt, das Wasser bis Oberkante-Unterlippe steht. Warum hat es erst so weit kommen müssen? Bundespräsident von Weizsäkkers jüngster Vorschlag, Einwanderungsquoten einzurichten, würde nichts lösen. Quoten können erst *nach* einer Grundgesetzänderung greifen, da sich das Individualrecht auf Asyl jeder Kontingent-Regelung entzieht. Eine Quotenregelung ohne Einbeziehung des Asylrechts bleibt indes wirkungslos und ist schlichtweg unmöglich.

Heute erwarteten die Bürger von ihren Politikern, daß sie sich des brennenden Problems Asyl annehmen, um es zu lösen. Weizsäckers Mahnung, die Asylproblematik aus dem Parteienstreit herauszuhalten, ist realitätsfern. Gerade die Tatsache, daß die Asylproblematik weiterhin ungelöst ist, macht sie zu einem wahlrelevanten Thema. Und wenn die großen Parteien das Problem nicht lösen, wird es zur Wahlkampfwaffe von Demagogen und radikalen Parteien. Damit ist den Asylbewebern erst recht nicht geholfen.

Mit dem liberalsten Asylrecht der Welt übt die wohlhabende Bundesrepublik eine starke Sogwirkung auf Wirtschaftsflüchtlinge aller Erdteile aus. Dieser Sog erhöht sich noch dadurch, daß europäische Nachbarländer in letzter Zeit ihr Asylrecht verschärft haben: Anderswo abgelehnte Asylbewerber kehren nicht in die Heimat zurück, sondern wenden sich nach Deutschland, um hier erneut um Asyl zu bitten. In einem vereinigten Europa aber ist eine Angleichung des Asylrechts unerläßlich. Eine Staatengemeinschaft, die sich als politische Union begreift, muß zumindest auf den politisch und praktisch relevantesten Rechtsbereichen einheitliche Regelungen haben. Dies bedeutet, daß jedes Land bereit sein muß, sein derzeitiges Asylrecht zur Disposition zu stellen. Wenn die anderen Länder aber nicht bereit sind, eine Harmonisierung des Asylrechts auf der Basis unseres Artikels 16 GG durchzuführen, dann muß folglich dieser Artikel zur Disposition stehen.

**Heinrich Lummer**

Heinrich Lummer (59) ist CDU-Bundestagsabgeordneter aus Berlin.

*Lummerartikel in der neofaschistischen Monatszeitschrift "Junge Freiheit" 12/1991*

# Österreichischer Neonazi in Kiel im Knast

## Scheitert die Auslieferung an den deutschehn Behörden ?

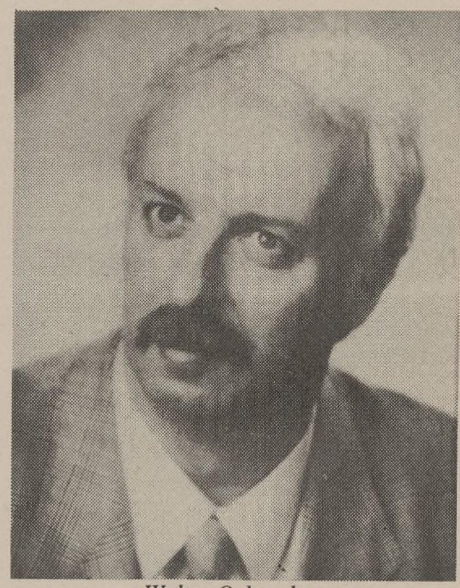
Der österreichische Verleger der Neonazi-Zeitschrift SIEG und des NAD - Nachrichten-Austausch-Dienst, Walter Ochensberger, ist im Februar 1993 von Grenzbeamten in Kiel festgenommen worden. Gegen ihn liegt ein internationaler Haftbefehl vor. Den Verlauf des Auslieferungsverfahrens wartet er im Kieler Gefängnis ab.

Ochensberger wurde zuletzt am 9.Dezember 1991 vom Landgericht Feldkirch/ Österreich wegen neonazistischer Wiederbetätigung zu einer mehrjährigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Da Herbert Schaller, der Anwalt von Ochensberger, gegen dieses Urteil Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt hat, befand sich Ochensberger zunächst auf freiem Fuß. In den ersten Monaten des Jahres 1992 verlegte Ochensberger Produktion und Druck des antisemitischen Hetzblattes SIEG nach Barcelona zu „Nothung Publications". Die Produktion erfolge dort, so teilte es Ochensberger den LeserInnen der Zeitschrift Anfang März 1992 mit, „zum Teil unter abenteuerlichen Umständen". Den größten Teil der stattlichen 30.000er Auflage von SIEG verkaufte Ochensberger an junge FaschistInnen in den fünf neuen Bundesländern. Wenig geheim bereitete er zugleich seine Flucht vor, indem er „Darlehen und Spenden" suchte, um sich vor der „Gesinnungsjustiz" ins „demokratische Ausland" absetzen zu können.

Als das Urteil gegen Ochensberger im Juli 1992 rechtskräftig wurde, erließ die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl. Allerdings zu spät; Ochensberger entzog sich durch Flucht der Verhaftung. Im Januar 1993 schrieb er im Namen des *Deutsch-Österr. Instituts für Zeitgeschichte*, das die SIEG herausgibt, an seine „lieben Leser!" u.a.: „Ich und andere Revisionisten, Schriftsteller und Verleger mußten ihre Heimat verlassen um in der Fremde Zuflucht zu finden. WIR VERZAGEN NICHT! Laßt die von uns in die Lügenmauer geschlagene Bresche nicht wieder zuschütten! HELFT uns zur Erreichung dieses Ziels durch eine Spende oder Ankauf eines Anteilscheines. Mit dem Ankauf eines oder mehrerer Anteilscheine helfen Sie gleichzeitig am Aufbau einer Deutschen-Druckerei in Königsberg (Nordostpreußen) und bei der Ansiedlung von Rußlanddeutschen in Ostpreußen."

Von Kaliningrad aus kam Ochensberger denn auch mit der Fähre über Litauen nach Kiel, wo er festgenommen wurde. Geht es nach dem Willen des Justizministeriums in Wien, so soll dieser Fall zu einem Prüfstein im deutsch-österreichischen Umgang mit Neonazismus werden. Allerdings besteht die Gefahr, daß die deutschen Behörden den Neonazi bald wieder laufen lassen, da das europäische Auslieferungsabkommen eine Auslieferung wegen politischer Delikte verbietet. Dennoch erwarten die österreichischen Behörden, daß Deutschland zwischen klassischen politischen Delikten, wie z.B. Spionage und Hochverrat, und neonazistischen Tatbeständen unterscheidet und Ochensberger an Österreich ausgeliefert wird.

Welchen Zielort Ochensberger in Deutschland ansteuern wollte, ist gegenwärtig noch unklar. Der neofaschistische Kieler Verleger und Buchhändler Dietmar Munier, der mit seiner *Aktion Deutsches Königsberg* und einer jüngst gegründeten *Gesellschaft für Siedlungsförderung* (Stammkapital: 315.000 DM) dort ein 200 Hektar großes Gewerbegebiet einrichten will, verneint gegenüber dem österreichischen Wochenmagazin *profil* „einen Schulterschluß aller Verfolgten". Mit ihm wolle er „keine Querverbindungen". Anders dagegen Thies Christophersen. Mit



Walter Ochensberger

Schreiben vom 6. März dieses Jahres ruft er dazu auf, Solidarität mit Ochensberger zu bekunden: „Es gilt jetzt zu zeigen, daß Ochensberger nicht alleine steht. ... Jeder, der in oder um Kiel wohnt, möge das beigefügte Schreiben an den Senat nach Schleswig schicken. Das Gericht soll schon mit den Besuchsgenehmigungen alle Hände voll zu tun bekommen - dann kann es absehen, welcher Kritik es sich aussetzt, wenn es ... eine Auslieferung ermöglicht."






SIEG: Antisemitisches Hetzblatt aus Österreich

# Schluß mit dem Märchen vom Einzeltäter !

*Die beiden Rechtsextremisten Michael Peters und Lars Christiansen, die den Brandanschlag auf zwei von TürkInnen bewohnte Häuser in Mölln gestanden haben, hatten Verbindungen zur faschistischen NPD. Die NPD ist im Möllner Umland äußerst aktiv. Bei dem Anschlag sind drei Menschen getötet und weitere neun zum Teil schwer verletzt worden.*

*Staatsanwaltschaft und Polizei haben behauptet, die Tat sein von den Jugendlichen zwar aus rechtsextremistischen Motiven begangen worden, Erkenntnisse über eine Verwicklung von Naziorganisationen in die Morde sei jedoch nicht erkennbar. Betrachtet man aber die Hintergründe der Tat genauer und untersucht die faschistischen Aktivitäten in der Gegend um Mölln, muß man Gegenteiliges feststellen*

Die beiden Skinheads Michael Peters (25) aus Gudow und Lars Christiansen (19) aus Mölln wurden wenige Tage nach der Tat von der Polizei festgenommen. Bald darauf gestanden sie auch, die Tat begangen zu haben. Die Medien, in der Vergangenheit oft zurückhaltend, wenn es sich um Verbrechen mit faschistischem Hintergrund handelte, gingen sensationslüstern mit den Tätern um: Beide wurden schnell als geistig minderbemittelt eingestuft.

So schrieben es die gleichen Zeitungen, die wenige Wochen vorher versuchten, sich im Zuge der Asyldebatte mit rassistischem Geschreibsel über angebliche kriminelle Flüchtlingsfluten

zu überbieten. Einem nicht geringen Teil der Bevölkerung dient/e dies als Orientierung; Christiansen und Peters setzten das in die Tat um, was etablierte Politiker und die Medien schon vorbereitet hatten, und wofür diese auch mitverantwortlich sind.

### Schon wieder „Einzetäter“ ?

Und mit der Darstellung der Mörder als Hohlköpfe war auch die (bei rassistischen Angriffen sehr beliebte) These von den „Einzeltätern ohne parteipolitischen Hintergrund“ plausibel zu machen.

Trotzdem waren die Umtriebe der NPD im Dunstkreis der Morde nicht so leicht zu übersehen. Also sah sich Oberstaatsanwalt Klaus Pflieger, der im Auftrag des Generalbundesanwalts von Stahl die Ermittlungen leitet, gezwungen zu erklären, daß die Mitgliedschaft von Michael Peters in der NPD - er war mindestens 1989/90 im NPD-Kreisvorstand Lauenburg und klebte noch 1992 NPD-Plakate zur Landtagswahl - und die Tat von Mölln getrennt gesehen werden müssen. Und auch die von der Landtagsverwaltung herausgegebene Zeitschrift „der landtag“ meldete in der ersten Ausgabe dieses Jahres: „... dieser Anschlag gehe allerdings auf das Konto eines spontanen Tatentschlusses.“ Dabei legen die bisher über den rassistischen Terror in und um Mölln bekanntgewordenen Fakten diesen Schluß nicht gerade nahe. So ist denn auch der Oberstaatsanwalt den Beweis für seine Behauptung schuldig geblieben.

### Die NPD in Schleswig-Holstein

Was hat es denn nun mit der NPD auf sich, fragt man sich. Die faschistische Partei verfügt in Schleswig Holstein über ca. 200 Mitglieder, meistens älteren Jahrganges. Die DVU hat spätestens seit ihrem Einzug in den Landtag der NPD den Rang als große Nazipartei abgelaufen (bei Peters wurde auch rassistische Propaganda der DVU gefunden, auch davon dürfte er sich inspiriert gefühlt haben). Landesvorsitzender der NPD ist seit nunmehr fünfzehn Jahren Uwe Schäfer aus Plön. Auffallend ist, daß im Gegensatz zur allgemeinen Stagnation bzw. zum Niedergang der NPD die Partei im Möllner Umland recht aktiv ist.

### Die NPD-Achse Mölln - Hagenow

Und hebt man den Deckel vom braunen Topf, lassen sich etliche Indizien für eine Verbindung zwischen der NPD und den rassistischen Morden von Mölln erkennen: Der Kreis Hagenow in Mecklenburg-Vorpommern liegt in direkter Nachbarschaft von Mölln.

Dort wurde am 3. September Rüdiger Klasen festgenommen. Wie die überregionalen Medien am 20. Februar meldeten, wird Klasen wegen versuchten Mordes angeklagt. Er wird verdächtigt, mit dem stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Heino Förster, am 31. Juli vierzig Jugendliche aufgehetzt zu haben, mit ihm zusammen das Flüchtlingsheim in Boizenburg (Kreis Hagenow) anzugreifen. Der Angriff erfolgte mit Molotow-Cocktails, Steinen und Schlagwaffen.

---

**Mecklenburg**

**Kreisverband Hagenow-Boizenburg gegründet.**

Ende Januar wurde in Boizenburg der Kreisverband Hagenow-Boizenburg gegründet. Die Vorarbeit leistete **H. Förster**.

Bei der Gründungsversammlung anwesend waren u. a. der Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern **Harry Piel**, Rostock sowie der stellvertretendeLandesvorsitzende von Schl.-Holstein **Reimer Diercks**, Flensburg, der auf der gutbesuchten, von jungen Leuten geprägten Versammlung, das Hauptreferat hielt.

Die anschließende Wahl des KV-Vorstandes brachte folgendes Ergebnis: Vors. **Rüdiger Klasen**; Stellvertreter und Schatzmeister **Frank Piasta**; Beisitzer sind **Sven Utehard** und **Dennis Dreyer**.

Gut vorbereitet von H. Förster fand nach Großanzeigen in zwei Zeitungen im Einzugsgebiet auf dem Boizenburger Marktplatz eine weitere, von den Bürgern mit Beifall aufgenommene Kundgebung mit demLandesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, Uwe Schäfer, statt.

Die Aufbauarbeit in diesem Teil von Mecklemburg geht dank des unermüdlichen Zeit- wie Geldeinsatzes von **H. Förster** gut voran.

*NPD-Parteizeitung "Deutsche Stimme" berichtet über Aktivitäten Försters Frühjahr 1992 . bzw. Dezember 1992*



**NPD** PROTEST-KUNDGEBUNG
in Boizenburg (Festwiese), Sonntag, den 10. Mai 1992, ab 14 Uhr.
Es spricht: **Herman Lehmann, (stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender).**
**Wir sind ein Volk!!!**
Es geht um Deutschlands Zukunft.
**NPD Landesverband Schleswig-Holstein**
H. Förster / stellv. Landesvorsitzender SH
Postfach 1165 · W-2410 Mölln
Rüdiger Klasen / Vors. NPD Kreisverband
Hagenow · Postfach 1 · O-2820 Hagenow

*NPD-Mann Klasen: eimal mit Megaphon, einmal als Unterzeichner einer NPD-Annonce"Wochenendanzeiger" 9./10. Mai 1992*

Der vierundzwanzig-jährige Rüdiger Klasen ist Kreisvorsitzender der NPD in Hagenow, mit besten Verbindungen zu seinen Parteifreunden in Mölln. Oberstaatsanwalt Schwarz, der das Verfahren gegen Klasen leitet, hat Erkenntnisse, daß Klasen als ideologischer Kopf den Anschlag vorbereitet und sogar die Täter mit Molotow-Cocktails ausgerüstet habe. Fünf der mit Klasen acht Angeklagten sind NPD-Mitglieder oder Symphatisanten.

In Boizenburg fanden bereits drei öffentliche Veranstaltungen der NPD statt, wo unter Federführung von Klasen und dem „NPD-Aufbaureferenten" Heino Förster (65) rassistische Hetze verbreitet wurde. Dies beklagte auch der Schweriner Verfassungsschützer Wöhler, der allerdings vergaß zu bemerken, daß ohne den massiven Polizeieinsatz zum Schutz der Faschisten und ihrer Parolen AntifaschistInnen den braunen Spuk verhindert hätten.

## Brandstifter als Jugendpfleger beschäftigt

Und noch ein eigenartiger Zufall: Der als „Scharfmacher" bekannte Heino Förster wohnt in ... Mölln!

Bemerkenswert ist auch, daß wir uns nicht über Rüdiger Klasens guten Draht zur örtlichen Jugendszene wundern dürfen. Beschäftigt wurde der Nazi-Vorsitzende nämlich vom Kreis Hagenow als Ortsjugendpfleger, konnte also vom Staat finanziert seine rassistische Agitation bei den Jugendlichen durchführen.

Klasen kam mindestens schon einmal mit dem Gesetz in Konflikt. Am 17.8.1991 war er bei einem Angriff von Nazi-Skinheads auf AntifaschistInnen an der Autobahnraststätte Steigerwald-Nord beteiligt. Die AntifaschistInnen hielten mit vier Bussen auf der Rückreise von einer antifaschistischen Demonstration gegen den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch an der Raststätte. Ungefähr zweihundert Skins, die ebenfalls auf der Rückreise aus Bayreuth waren und sich schon auf der Raststätte befanden, griffen die Busse mit Steinen, Leuchtgeschossen und Baseballschlägern an. Klasen war von einem Polizeibeamten dabei festgenommen worden, als er gegen einen der angegriffenen Busse trat. Bei der Vernehmung versuchte er sich herauszureden, daß er nur Busfahrer und Passagiere vor der großen Gefahr habe warnen und zur Flucht bewegen wollen. Der NPD-Aktivist soll weiterhin ausgesagt haben, daß er zu diesem Zeitpunkt zum ersten Mal (!) mit Rechtsextremisten in Kontakt gekommen sei, er käme aus einer ländlichen Gegend!

## NPD - Aufhetzer und Organisatoren im Hintergrund

Fassen wir zusammen: Einer der Brandstifter von Mölln, Michael Peters ist NPD-Kreisvorstandsmitglied Lauenburg gewesen. Er war zudem nicht nur an den Morden in Mölln, sondern auch an den Brandanschlägen in Gudow (am 6.9.92) und Kollow (12.9.92) als Anführer beteiligt. Der „Scharfmacher" und „Aufbaureferent" der NPD, Heino Förster, ebenfalls wohnhaft in Mölln, ist maßgeblich verantwortlich für die Aktivitäten der faschistischen Partei im Nachbarbezirk von Mölln, Hagenow. Der NPD-Vorsitzende von Hagenow, Rüdiger Klasen, wird wegen Anstiftung zu und Beteiligung an einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Haft genommen. Ende Januar 1993 wird auch Heino Förster, der sich zwischenzeitlich bei Gesinnungsfreunden versteckt hielt, festgenommen. Ein Haftbefehl wegen versuchten Mordes, Brandstiftung und Volksverhetzung wird erlassen. Obwohl der Schweriner Oberstaatsanwalt Jäger ihn nach wie vor wegen Mordversuchs anklagen will, kann Förster die Untersuchungshaft Ende Februar 1993 verlassen. Dennoch ist nicht zu übersehen: unter Anleitung von NPD-Funktionären werden flächendeckend Flüchtlingsheime angegriffen.

Aber Staatsanwaltschaft und die Presse geben sich alle Mühe, die Morde von Mölln als das Werk geistig minderbemittelter"Einzeltäter" darzustellen. Glaubhaft erscheint dieses Verfahren besonders dann nicht, wenn man sich vor Augen hält, daß zum einen die NPD in Schleswig-Holstein schon früher in großem Stil in politkriminelle Aktivitäten verwickelt war, und zum anderen die NPD zur Zeit einen Prozeß weiterer Radikalisierung durchläuft.

Erinnern wir uns an nur einen Fall: Ende September 1978 stiehlt eine Gruppe von Neofaschisten, in der Hoffnung, darin Waffen zu finden, während eines Militärmanövers von einem Land-Rover der britischen Rheinarmee einen sog. „Panzerwürfel". Darin befanden sich jedoch geheime NATO-Papiere, mit denen der „Werwolf Deutsches Reich", wie sich die Gruppe um den NPD-Kreisvorsitzenden von Nordfriesland, Ernst-August Möller, Jürgen Töppke (Tönning) und Rolf-Dieter Böhm aus Garding nannte, die Freilassung des Kriegsverbrechers Rudolf Heß zu erpressen versuchte. Alle Beteiligten werden im Januar 1981 vom Oberlandesgericht Schleswig verurteilt.

Besonders seitdem Günter Deckert zum Parteivorsitzenden der NPD aufgestiegen ist, sind die Kontakte zum offen gewalttätigen Lager des bundesdeutschen Neofaschismus enger geworden. Nicht nur, daß die Partei sich z.B. in Cottbus als Auf-

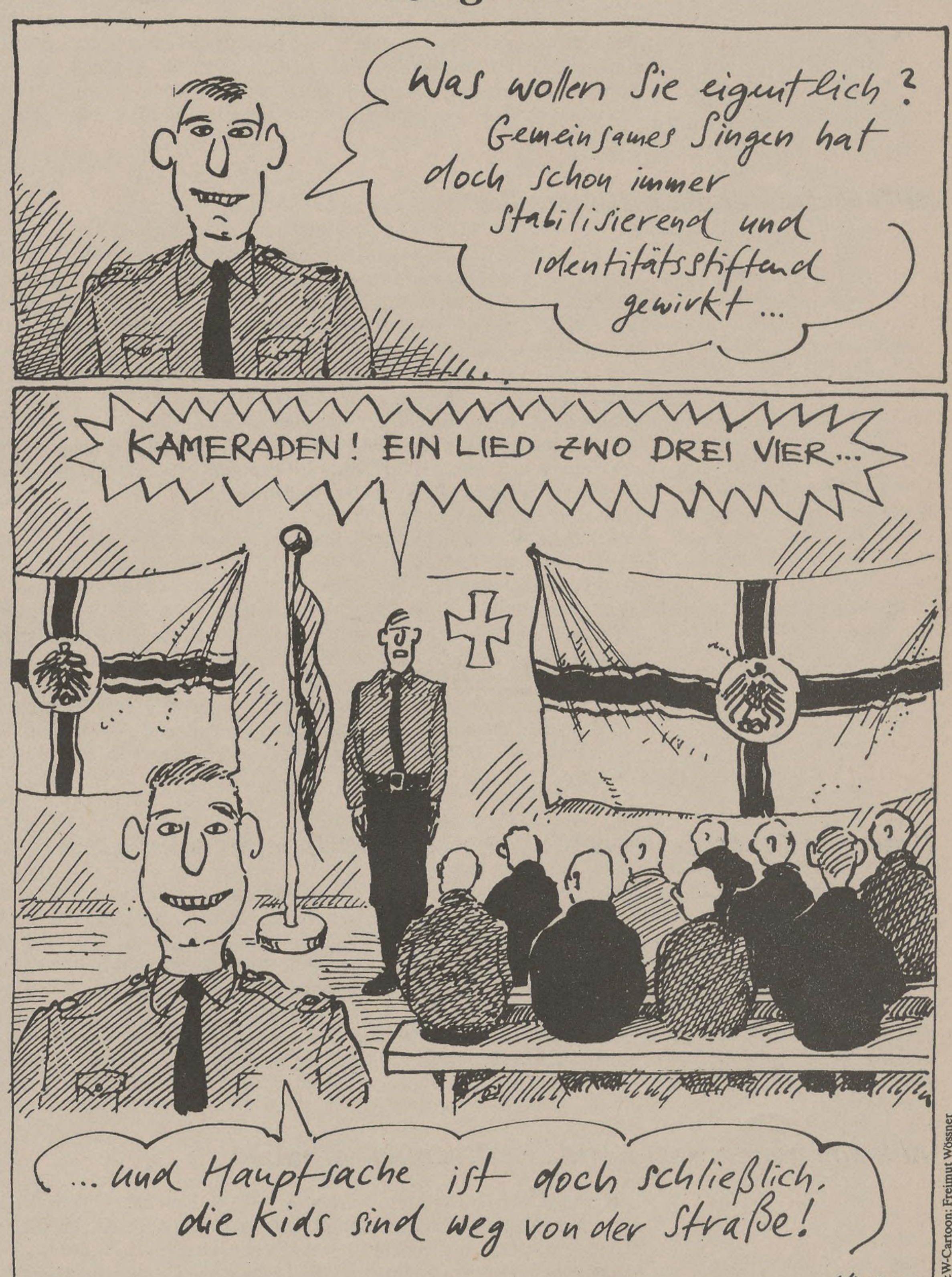
fangbecken für die verbotene Deutsche Alternative anbietet und die Verbindungen zur gewalttätigen Wiking-Jugend in einem Ausmaß stärkt, daß der eigene Parteinachwuchs der Jungen Nationaldemokraten Beschwerde führt, sondern auch die Verurteilung des Parteivorsitzenden Deckert wegen Leugnung der Nazi-Massenmorde an Juden und Jüdinnen, ist hierfür ein Anzeichen. Und: im Wohnort Deckerts werden seit Monaten aktive AntifaschistInnen, u.a. die Fraktionsvorsitzende von den GRÜNEN im Stadtrat und der evangelische Pfarrer, bedroht und durch Brandstiftungen eingeschüchtert. Trotz zahlreicher Hinweise auf den Täterkreis ermittelt die Polizei nicht. Deckert und seine jugendlichen Anhänger können so ungestört weitermachen.

Dabei ist es in Weinheim wie in Mölln und Umgebung höchste Zeit, den braunen Aktivitäten entschlossen entgegen zu treten. Noch im März führten zwei junge Möllner Rassisten einen weiteren Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim durch. Die Aussetzung von 10.000 DM Belohnung führte zwar schnell zur Ergreifung der Täter; der Fall zeigt jedoch vor allem, daß die Gruppen um Peters, Klasen und Förster noch aktionsfähig sind. Erst wenn solchen Gruppen jeglicher Spielraum offensiv genommen wird, wenn also NPD und andere faschistische Organisationen verboten und zerschlagen werden, bestehen Chancen, daß die Welle rassistischer Gewalt endlich zurückgedrängt wird.

Inzwischen hat die Bundesanwaltschaft Anklage wegen „gemeinschaftlich vollendeten Mordes in drei Fällen“ erhoben. Ob es im Laufe des Prozesses auch zur Erörterung der NPD-Aktivitäten in Lauenburg und Hagenow kommt, bleibt abzuwarten. Eine Gelegenheit, das sofortige Verbot auch dieser neofaschistischen Organisation zu fordern, ist der Prozeß beim Oberlandesgericht Schleswig jedoch allemal.

*(Der Artikel stützt sich auf einen Aufsatz, der erstmals in der Lübecker AZ erschien; er wurde von uns überarbeitet und ergänzt.)*

## Starke Jugendarbeit




E&W-Cartoon: Freimut Wössner

# Meldungen

## Polizeikarriere eines ehemaligen Rep-Mitgliedes in Thüringen?

Hans Kupke, ehemaliges „Republikaner"-Mitglied soll nun doch nicht die Stelle als Polizei-Chef von Gera antreten. Das Thüringer Innenministerium begründete seine Maßnahme allerdings mit „behördeninternen" Erwägungen. Mit der politischen Vergangenheit oder Tätigkeit des Polizeioberrates habe diese Entscheidung allerdings nichts zu tun. Diese Begründung läßt befürchten, daß Kupke in Zukunft eine führende Position in einer anderen Thüringer Polizeidienststelle oder dem Innenministerium - also vielleicht etwas weniger im Blicke einer kritischen Öffentlichkeit - erhalten wird.

## NPD-Richter endlich suspendiert

Peter Markert, Nordrhein-Westfälischer Landesvorsitzender der NPD wurde mit sofortiger Wirkung von seinem Amt als ehrenamtlicher Richter am Bochumer Arbeitsgericht suspendiert. Das entschied die 8. Kammer des nordrhein-westfälische Landesarbeitsgerichts in Hamm. Dieselbe Kammer hatte in erster Instanz eine Amtsenthebung abgelehnt.


*Peter Markert*

Ausschlaggebend für die am 28. Januar getroffene einstweilige Verfügung sollen nun „neue Erkenntnisse" sein. Das Düsseldorfer Landesarbeitsministerium reichte dem Gericht, spät aber doch, ein von Markert unterzeichnetes Flugblatt ein. Die darin enthaltenen Aussagen begründeten nach Ansicht des Gerichts den Verdacht der Volksverhetzung. Bis zur nunmehr endgültigen Entscheidung müsse Markert daher draußen bleiben.

Markert ist seit Jahren für die NPD tätig. Seit 1987 ist er deren Landesvorsitzender. Im Verfassungsschutzbericht des Landes tauchte er schon 1989 auf. Vorgeschlagen für das Richteramt wurde der NPD-Mann vom Deutschen Arbeitnehmer-Verband (DAV). Schon 1989 wurde der damalige Arbeitsminister Herrmann Heinemann in einem offenen Brief vor dem DAV gewarnt und ihm mitgeteilt, daß dieser Verband massiv von der NPD unterwandert werde. Damit klingt die Entschuldigung des Düsseldorfer Arbeitsministeriums, welches Markert 1990 zum ehrenamtlichen Richter benannte - dort wäre zum Zeitpunkt seiner Ernennung von einer NPD-Mitgliedschaft nichts bekannt gewesen - recht unglaubwürdig.

In Zusammenhang mit dem erstinstanzlichen Urteil des Landesarbeitsgerichtes bedeutet die Suspendierungsbegründung allerdings nichts erfreuliches. Die Mitgliedschaft in faschistischen Organisationen wie der NPD ist demnach nach wie vor kein Hinderungsgrund für die Berufung in öffentliche Ehrenämter.

## Dresdner Stadtkämmerer Rühlemann (CDU) endlich entlassen

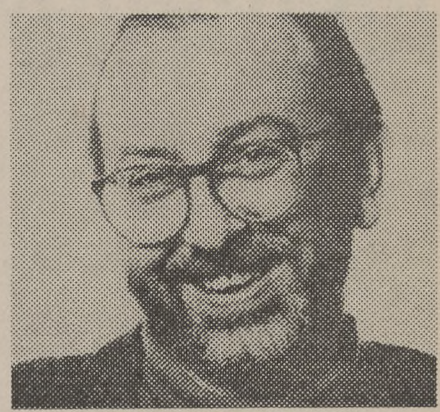
Der Dresdner Stadtkämmerer Günter Rühlemann (CDU) der im Juni 1992 anonym ein „Blutbad unter Ausländern" angedroht hatte (wir berichteten in Atze 16), mußte Anfang Dezember letzten Jahres, ca. ein halbes Jahr nach dem Geschehen, nach massiven Protesten doch noch gehen. Zunächst hatte die CDU Dresdens versucht Rühlemann zu halten. Dieser gab seinen Parteifreunden jedoch keine Chance: Einerseits weigerte er sich nachdrücklich sich von seinen Ausfällen zu distanzieren. Im Gegenteil - er forderte in einem Interview „dem Volk aufs Maul zu schauen. Da weiß man was zu tun ist." Als er schließlich zu seinem Strafprozeß in selbiger Sache erst gar nicht erschien erhielt endlich ein Antrag auf Enthebung vom Amt eine Mehrheit. Bemerkenswert, daß selbst in dieser Situation kein einstimmiges Ergebnis in der Stadtverordnetenversammlung zustandekam.

## Anklage gegen Nazi-Band „Kraftschlag" erhoben

Nachdem die Polizei Mitte Dezember 1992 bei den Mitgliedern der Nazi Band in Barmstedt, Elmshorn, Kellinghusen und Itzehoe Hausdurchsuchungen durchgeführt hatte, wurde Mitte März Anklage vor dem Amtsgericht Itzehoe erhoben. Die Anklage lautet auf Volksverhetzung, Gewaltdarstellung und Aufstachelung zum Rassenhaß. Die Gruppe die letztes Jahr mehrmals auch in der inzwischen geschlossenen Itzehoer Kneipe zum „Kelten" auftrat, ist Teil der schleswig-holsteinischen und Hamburger Neo-Nazi-Szene und betreibt Werbung für den Ku-Klux-Klan.

## Führendem Theoretiker der „Neuen Rechten“ in Berlin Platzverweis erteilt

Alain de Benoist, Salonfaschist, 1968 in Frankreich an der Gründung der „Nouvelle Droit“ (Neue Rechte, das Attribut „neu“ wies die Gruppe sich selbst zu) beteiligt, und mittlerweile europaweit einer der führenden Theoretiker der Neuen Rechten, wurde in Berlin an der Teilnahme an einem Diskussionsforum zum Thema Ausländerfeindlichkeit gehindert. Beherzte AntifaschistInnen fingen den Franzosen in der Nähe des Veranstaltungsortes ab und verprügelten ihn.



*Alain de Benoist*

## Prozeß gegen Neonazi

Am 22. Januar 1993 fand in Ahrensburg der Prozeß gegen den 29jährigen Hamburger Skinhead und Neonazi Thomas B. statt. Ihm wurde gefährliche Körperverletzung an zwei Jugendlichen im Sommer 1992 vorgeworfen. Nach eigenen Angaben befanden sich die Opfer, zwei Schüler M. und H., nach einem Schulfest auf dem Nachhauseweg. Sie versuchten nach Ammersbek zu trampen. Als schließlich ein Wagen anhielt, seien sie hingelaufen, die Fahrertür sei geöffnet worden, der Angeklagte ausgestiegen und habe M. ohne zu zögern einen Schlag ins Gesicht versetzt. H. versuchte zu Hilfe zu kommen und erhielt in der folgenden Auseinandersetzung, zu der zwei weitere Fahrzeuginsassen hinzukamen, Schläge, Tritte und einen Messerstich in die Nierengegend. Nur durch Zufall entstanden hierbei keine schwereren Verletzungen, da das Messer durch zwei Jacken und einen Ledergürtel gebremst wurde und nicht tief in den Körper eindringen konnte. Die Täter verschwanden, weil gerade ein Polizeiwagen aus der entgegengesetzten Richtung kam, konnten jedoch wenig später von der Polizei gestoppt werden.

Während der Verhandlung erklärten die zwei Fahrzeuginsassen, die nun als Zeugen geladen waren, die beiden Geschädigten hätten sie mit abgebrochenen Flaschen angegriffen und sie hätten sich lediglich gewehrt. Die offensichtliche Unglaubwürdigkeit dieser Zeugen erkannten auch Richter und Staatsanwalt. Die Körperverletzung konnte dem Angeklagten dann auch nachgewiesen werden, nicht jedoch der Messerstich, da die Tatwaffe nicht gefunden wurde.

Mit deutscher Pünktlichkeit erschien dann auch der Anwalt des Angeklagten, Jürgen Rieger, zur Urteilsverkündung. Rieger ist durch seine Mitgliedschaft in der mittlerweile verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) und durch diverse Nazi-Prozesse bekannt geworden (mehr zu Jürgen Rieger im Artikel zu dem FAP-Prozeß in Oldenburg in diesem Heft). Er war mit der Strafe für seinen Mandanten, 60 Tagessätze zu je 65 Mark, zufrieden: „Eine kleine Strafe muß er ja kriegen.“

gekürzt aus: Stormarner Rundschau 1/93

## Bewährungsstrafen für Angriff auf AsylbewerberInnen in Rendsburg

Die beiden Verurteilten, ein 17jähriger Azubi und ein 18jähriger landwirtschaftlicher Arbeiter hatten Ende Oktober 1992 an zwei Tagen einen von AsylbewerberInnen bewohnten Container und seine BewohnerInnen durch Steinwürfe und Schläge mit Flaschen sowie Knüppeln beschädigt. Außerdem hatte einer der beiden Täter versucht, den Container, in dem sich die dort untergebrachten Menschen befanden, anzuzünden. Zu diesem Zweck hatte er Spiritus auf einen vor dem Eingang des Containers liegenden Teppich gekippt und diesen angezündet. Glücklicherweise drang die Stichflamme nicht ins Innere des Containers. Bei einem der Anschläge war ein Nordafrikaner durch Glassplitter verletzt worden. Verurteilt wurden die beiden aus der Nazi-Skin-Szene stammenden Täter wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung in drei Fällen, zum Teil in Tateinheit mit versuchter und vollendeter Nötigung und gefährlicher Körperverletzung. Das Jugendschöffengericht, daß den beiden geständigen Angeklagten, die zugaben aus einer „asylbewerberfeindlichen Einstellung“ heraus gehandelt zu haben, abnahm, sie wollten sich in Zukunft aus der „Skin-Szene“ zurückziehen, verurteilte den 17jährigen zu acht Monaten Jugendstrafe mit Strafaussetzung zur Bewährung sowie 40 Stunden Arbeitsauflage. Bei dem 18jährigen wurde die Jugendstrafe für die Dauer einer Bewährungszeit von zwei Jahren ausgesetzt. Zusätzlich wurde gegen ihn eine zweiwöchige Arreststrafe verhängt.

## Hausdurchsuchungen im Umfeld der Nationalistischen Front

Anfang März fanden in einer größeren Aktion unter Leitung des Landeskriminalamtes Niedersachsen zeitgleich Durchsuchungen statt. Betroffen waren insgesamt 63 Wohnungen und Häuser von 53 Beschuldigten in Braunschweig, Wolfenbüttel, Salzgitter, Detmold (das ehemalige Schulungs-

# Meldungen

zentrum der verbotenen Nationalistischen Front), Stendal, Halberstadt (beides Sachsen-Anhalt), Hildesheim, Schellerten (Kreis Hildesheim), Gosslar, Uelzen, Seesen, Bad Gandersheim und Vienenburg. In Wesendorf (Kreis Gifhorn) wurden in Bundeswehrkasernen mehrere Spinde von Soldaten durchsucht.

Nach Auskunft des Landeskriminalamtes Niedersachsen beruhte die Aktion auf Erkenntnissen, die bei der Auswertung von Material welches bei Hausdurchsuchungen im Sommer 1992 beschlagnahmt wurde, gewonnen wurden. Damals war die Polizei bereits auf Waffen, Munition, Sprengstoff und einen Sprengsatz gestoßen.

Bei den jetzigen Durchsuchungen wurden zahlreiche Schuß- Hieb- und Stichwaffen, sowie nationalsozialistische Embleme, Propagandamaterial und Aufzeichnungen sichergestellt. Unter den sichergestellten Aufzeichnungen befanden sich auch Pläne zur Geiselnahme, Ausspähunterlagen und Fotos von Versorgungsobjekten, Strafvollzugsorganen und anderen Institutionen, sowie Propagandamaterial der verbotenen „Nationalistischen Front".

Keiner der 53 Beschuldigten, von denen viele der NF zugerechnet werden und die wohl eher zu den Kadern gehören, wurde festgenommen. Gegen vier Beschuldigte zwischen 30 und 38 Jahren läßt die Generalstaatsanwaltschaft Celle wegen Verdachtes der Gründung einer terroristischen Vereinigung und anderer Straftaten ermitteln.

## Naziskin in Eutin verurteilt

Der 18-jährige *Dirk-Oliver Bollmann* wurde im Januar 1993 vom Amtsgericht Eutin wegen Körperverletzung und Raub zu 24 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Er hatte 1992 einen indischen Pizzafahrer in Ahrensbök überfallen. Dies war allerdings nicht sein erster rassistischer Angriff. Ende September 1991 war er mit anderen Nazi-Skins am Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft in Haffkrug beteiligt. Wegen Landfriedensbruch in einem schweren Fall wurde er dafür im März 1992 verwarnt und ihm ein dreimonatiger sozialer Trainingskurs auferlegt. Anfang Januar 1992 schlug er zusammen mit den Kieler Nazi-Skins *Timo Sasse*, *Christian Bredthauer* und *Andre Bernd Baumgarten* einen Libanesen zusammen. Baumgarten stieß dem Opfer zusätzlich noch ein 20 cm langes Messer in den Rücken. Für diese gemeinschaftliche schwere Körperverletzung wurde Bollmann am 30. September 1992 zu 8 Monaten Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt.

## Wehrsportgruppe in Neuengamme

Anfang Februar durchsuchte die Polizei im Zuge einer bundesweiten Aktion auch über 20 Wohnungen sowie das Lager einer Wehrsportgruppe in Hamburg. Besuch erhielten auch die „Deutschen Konservativen", deren rassistische Hetze gegen Roma und Sinti wohl kaum noch zu überbieten sein dürfte.

Die Großrazzia begann in den Morgenstunden und galt den Wohnungen von Mitgliedern der Bands *Commando Pernod* und *Oi Dramz*, einer den „Sinsdorfer Skinheads" nahestehenden Skin-Rockband. Mitglieder der „Sinsdorfer Skinheads" waren im Juli 1992 überführt worden, mindestens drei Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte sowie auf den Verein „Arbeiterkultur" verübt sowie weitere Brandstiftungen geplant zu haben. Die Polizei nahm zahlreiche Musik- und Videokassetten mit.

Ein weiterer Schwerpunkt der Polizeiaktion richtete sich gegen die etwa 30 Mitglieder einer Wehrsportgruppe, die im Oktober 1992 bei Eschede in Uniform und Kampfmontur eine Wehrsportübung mit Zielschießen durchführte. Neun Personen dieser paramilitärischen Einheit im Alter zwischen 18 und 33 Jahren konnten mittlerweile identifiziert werden. Bei der Durchsuchung eines Anwesens in Neuengamme wurden Uniformen, Stahlhelme und militärische Ausrüstungsgegenstände sowie ein Militär-Laster gefunden.

## Rechter Wanderverein aufgeflogen

Auch in der Szene der Wanderfreunde und -freundinnen versuchen sich FaschistInnen immer wieder breit zu machen. Während sich die *Wanderfreunde Haidhausen* mit ihren Trophäen, Weißbiergläser mit Reichskriegsflagge, weiterhin großer Beliebtheit erfreuen, scheiterte in Bayern nun der Versuch, den Bellenberger Sportverein *SV Germania* in den Bayerischen Landessportverband

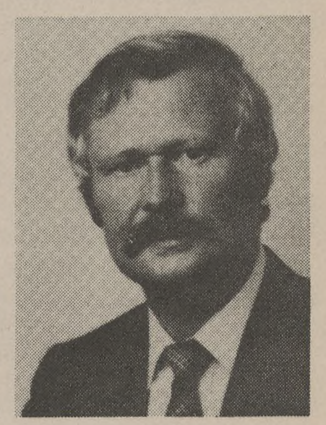
(BLSV) aufnehmen zu lassen. Gleichzeitig trat Uwe Neumann, NPD-Vorsitzender im Kreis Neu-Ulm und Gründer des Klubs im Sommer 1992, vom Vorsitz zurück. Zuvor hatte er bereits zum Ausdruck gebracht, daß er mit der Vereinsgründung auch politische Ziele verfolge: „Ich glaube nicht, daß Neger und Türken sich bei uns wohl fühlen werden." Trotzdem war der *SV Germania* als gemeinnützig anerkannt worden. Nun sollen Wanderungen und paramilitärische Aktivitäten auch ohne BLSV-Mitgliedschaft fortgesetzt werden.

## Rassismus vom Arbeitsamt

Der Parole „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer" hat die Bundesanstalt für Arbeit mit ihrem Erlaß von Anfang März 1993 Nachdruck verliehen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit solle die Beschäftigung von Nichtdeutschen erschwert werden; freie Stellen seien zuerst an deutsche oder ihnen gleichgestellte EG-BürgerInnen zu vergeben. Die Arbeitserlaubnis für Nicht-Deutsche soll generell nicht länger als ein Jahr gelten, die Weiterbeschäftigung muß in jedem Fall neu beantragt werden. Für SaisonarbeiterInnen sollen Arbeitsämter mit „größerem Kräftebedarf" Kontakt zu Ämtern in Regionen mit hoher Arbeitslosenquote aufnehmen, um von dort zu vermitteln. Diese, im Kern nicht neue, rassistische Aufspaltung, soll nun offensichtlich verschärft angewendet werden. Sie fördert nicht nur den Rassismus, indem sie bestimmte Gruppen zu Menschen zweiter Klasse und minderer Rechte macht, sondern will gleichzeitig eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, z.B. Zwang zum Pendeln über große Entfernungen, durchsetzen.

## Faschist will in Schulen eingeladen werden

Der in Hessisch-Lichtenau lebende Wolfgang Juchem hat Gesinnungsfreunde auch in Norddeutschland mit vorgefertigten Schreiben versorgt, die diese an Schulen vor Ort versenden sollen, um ihm dort einen Auftritt zu ermöglichen. Juchem, der im Juni 1984 als Vertreter der *Friedensaktion Wiedervereinigung* von der damaligen „Kieler Liste für Auländerbegrenzung" zu einer Veranstaltung nach Kiel eingeladen worden war, sieht dies als einen Beitrag gegen das „massenhysterische Trugbild einer angeblichen ´Gefahr von rechts´" an. Als Vertreter der *Aktion Freies Deutschland* bietet er sich daher „als Sachverständiger zum Thema ´Rechtsradikalismus´" an, „weil man in Bildungseinrichtungen und Massenmedien völlig einseitig informiert".



*Wolfgang Juchem*

## Razzia gegen Neonazis in Kiel - auch scharfe Waffe gefunden

Anfang März fand die Polizei bei drei Wohnungsdurchsuchungen in Kiel und im Kreis Rendsburg-Eckernförde einen scharfen Trommelrevolver, Baseballschläger, einen Morgenstern sowie vielfältiges faschistisches Propagandamaterial. Vier junge Faschisten im Alter von 16 bis 19 Jahren wurden vorläufig festgenommen. Bei zwei der durchsuchten Wohnungen in Elmschenhagen und der Stadtmitte handelt es sich um Treffpunkte von Nazi-Skins. Mit dem umgebauten Trommelrevolver wurden bereits Schießübungen vorgenommen.

## Deutsche Unitarier: keine Berührungsängste mit Faschisten

Keine Berührungsängste gegenüber der militanten Rechten bestehen bei der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR). Nachdem der Bremer DUR-Gemeindeleiter Hermann Thiele bereits mehrfach bei den „Hetendorfer Tagungswochen" des Neonazi-Anwalts Jürgen Rieger referierte, wurde nun das Bremer Unitarierheim für eine Veranstaltung der „Aktion Freies Deutschland" zur Verfügung gestellt. Unter dem Motto „Einigkeit und Recht und Freiheit" referierte Wolfgang Juchem. In der Vergangenheit war Juchem auch als Redner bei Veranstaltungen der DVU bzw. beim „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" der militanten Neonazis aufgetreten. Eindeutig war auch die Werbung für seine Veranstaltung: „Deutsche Politiker erniedrigen sich als Erfüllungsgehilfen der Siegermächte von 1945, weil mit der jahrzehntelangen einseitigen ´Vergangenheitsbewältigung´ niemand mehr wagt, wirklich deutsche Interessen zu vertreten."

Trotz derartiger Zusammenarbeit ist die DUR Mitglied des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

(Der Rechte Rand Nummer 21)

# Meldungen

## Vier Jahre Haft für Brandanschlag

Zu vier Jahren Haft wegen versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung verurteilte Ende Februar die II. große Jugend-Strafkammer des Landgerichts Kiel einen 16-jährigen Schüler, der am Abend des 3. September letzten Jahres versucht hatte, mit zwei Molotowcocktails eine Wohnung im Stolzeweg in Brand zu setzen. Das Haus hatte er sich bewußt ausgesucht, weil er annahm, daß darin „Polen und Türken" wohnten, die er vertreiben wollte. Eine 64-jährige Frau konnte sich vor den Flammen auf den Balkon flüchten und wurde dort von der Feuerwehr gerettet. Der Rassist erklärte nach seiner Festnahme, daß er nichts bereue und auch den Tod von Menschen in Kauf genommen hätte. Gegen das Urteil, das zwei Jahre unter der Forderung des Staatsanwalts lag, hat er Revision eingelegt.

## Neumünsteraner wegen Brandanschlag in Wismar verurteilt

Als Ende August in Rostock-Lichtenhagen der rassistische Terror tobte, machte sich der 23-jährige Michael K. aus Neumünster mit dem Fahrrad (!) auf den Weg, um seinem rassistischen Haß Taten folgen zu lassen. In Wismar traf er auf Gleichgesinnte, mit denen er einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Wismar durchführte, bei dem glücklicherweise niemand zu Schaden kam. Nachdem die Anklage von versuchtem Mord auf versuchte gefährliche Körperverletzung eingeschränkt worden war, erhielt der Neumünsteraner, der mit Bomberjacke und Springerstiefeln vor Gericht erschien, eine Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten wegen versuchter schwerer Brandstiftung, versuchter gefährlicher Körperverletzung und wegen Verstoß gegen das Waffengesetz. Seine beiden Mittäter erhielten eine zweijährige Jugendstrafe.

## Dönitz-Porträt muß weg

Vor dem Ostseebad Damp liegt der Dampfer „Albatros", der als „Flüchtlings-Gedenkstätte" von einem Flüchtlings-Kuratorium betrieben wurde. Dabei geht es aber um die 1945/46 aus den verlorenen Ostgebieten des Deutschen Reiches geflohenen Menschen, die u.a. auch zu Tausenden in allem, was damals schwimmen konnte, über die Ostsee nach Schleswig-Holstein gebracht wurden. In dieser Gedenkstätte hing bisher - altar-ähnlich - ein Portrait des letzten Reichskanzlers Dönitz, der als Hitlers Nachfolger den bereits verlorenen Krieg fortsetzte und Zehntausende von jungen Soldaten in den Tod schickte. Vor diesem Portrait hatten Neonazis des öfteren Ehrenbezeugungen abgegeben. Jetzt wurde es deswegen (!) abgehängt.

## Gerhard Bögelein ist tot !

Anfang März starb Gerhard Bögelein im Alter von 69 Jahren. Er war sein Leben lang Antifaschist. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft begann er zu begreifen, daß menschenwürdiges Leben und Freiheit nur zu erreichen sind, wenn dem Faschismus immer und überall entschieden entgegengetreten wird. Nach der Annexion der DDR sah die BRD-Justiz die Verfolgung und Verurteilung von aktiven und offensiv auftretenden AntifaschistInnen als Teil einer Generalabrechnung mit der sozialistischen DDR. Gerhard Bögelein wurde ein weiteres Mal zum Opfer der deutschen Justiz. Obwohl schwer krank, wurde er monatelang in Untersuchungshaft gehalten. Vorgeworfen wurde ihm die über vierzig Jahre zurückliegende Ermordung eines für seine Brutalität und Todesurteile berüchtigten Wehrmachtsrichters.

Wir werden ihn in Erinnerung behalten.

*Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz an dieser Stelle des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau eines neuen Vaterlandes des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.*

(Schwur von Buchenwald)

# Offener Brief an Björn Engholm und die SPD zum Thema Fremdenhaß und Frauenhaß

Mit Empörung verfolgen wir seit Monaten die Ereignisse in diesem Land, die in Zusammenhang stehen mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit, und die öffentliche Diskussion darüber. Empörung nicht nur darüber, was gesagt wird, sondern vor allem darüber, was nicht gesagt wird. Wir haben den Eindruck, daß von seiten der Politiker und der Medien eine Strategie der Desinformation, des Verschweigens und Verschleierns verfolgt wird, die wiederum die Basis für den Fremdenhaß verstärkt. Uns fällt auf, daß entscheidende Aspekte in der Diskussion unterschlagen werden: - die Ursachen für die weltweiten Flüchtlingsbewegungen - der Zusammenhang zwischen Fremdenhaß und Frauenhaß - die Frage nach dem Asylrecht für Frauen. Zu diesen Themen möchten wir hier Stellung nehmen.

## Zu den Ursachen der Flüchtlingsbewegungen

Die Länder, aus denen die Menschen zur Zeit nach Deutschland und in andere Industrieländer kommen, sind zum einen die sog. „Dritte-Welt-Länder" und zum anderen die ehemaligen Ostblockstaaten. Gründe, von dort zu fliehen, sind vor allem Armut, Krieg, politische Verfolgung und ökologische Zerstörung der Existenzgrundlagen. Für die Ursachen von Armut Krieg, politischer Verfolgung und ökologischen Krisen ist das Wirtschaftssystem der reichen Industrieländer maßgeblich mitverantwortlich. Die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind seit dem 16. Jh. durch die Kolonialmächte - und dazu gehört auch Deutschland - systematisch ausgeplündert worden, und sie werden es noch heute. Die ursprünglich funktionierende Subsistenzwirtschaft in diesen Ländern wurde von den Kolonialherren zerstört, die Menschen versklavt oder dazu gezwungen, die von den Europäern und Nordamerikanern gewünschten Luxus- und Genußmittel zu produzieren und weit unter Wert zu verkaufen, so daß keine Ressourcen blieben für den Anbau von Grundnahrungsmitteln. Die dort vorkommenden Rohstoffe und Bodenschätze werden über eine erpresserische Handelspolitik in die reichen Länder geholt. Die Arbeitskraft der Menschen - und hier hauptsächlich der Frauen - wird ausgebeutet, indem sie zu Hungerlöhnen arbeiten müssen, damit wir billig Fernseher, Stereoanlagen und Textilien kaufen können. Unsere vielgepriesene „Entwicklungshilfe"!' verschärft die Lage dort, zusätzlich durch selbstherrliche Gedankenlosigkeit, Fehlplanung und Orientierung an den Profitinteressen der Geldgeber.- Unsere „Entwicklungshilfe" stellt zum großen Teil eine Entwicklungsbehinderung für die „Dritte Welt" dar. Die Armut wird weiterhin gefördert durch weltweite Klimaveränderungen, die entscheidend von unserem umweltzerstörenden Konsumverhalten mitverursacht werden. Das heißt, unser Wohlstand heute beruht zu einem beträchtlichen Teil auf der Ausplünderung und Zerstörung der Ressourcen der „Dritten Welt".

Die Kriege in der Welt, vor denen Menschen flüchten müssen, werden geführt mit Waffen, die bei uns produziert werden. Sie wurden und werden u.a. geführt, weil die Kolonialmächte willkürlich Grenzen gezogen haben, weil die Supermächte USA und Sowjetunion ihre Machtansprüche in diesen Gebieten mit Gewalt durchzusetzen versucht haben und weil die Kolonialherren Regimes in diesen Ländern installiert haben, die mit ihnen kollaborieren und die eigene Bevölkerung oft brutal unterdrücken.

Den Menschen in den früheren Ostblockländern ist jahrzehntelang per westlicher Propaganda die Überlegenheit und der „Segen" des Kapitalismus angepriesen worden. Verschleiert wurde und wird, wie dieser „Segen" zustande kommt, nämlich keinesfalls ausschließlich durch die Arbeit der Menschen, die hier leben.

Angesichts dieser Tatsachen fragen wir uns, weshalb nicht alle Menschen zu uns „strömen".

## Wer sind die Flüchtlinge?

Wenn wir uns genauer ansehen, wer denn eigentlich zu uns kommt, fällt als erstes auf, daß es überwiegend, nämlich zu 80%, Männer sind. Dabei sind es die Frauen, die weltweit am stärksten ausgebeutet werden: sie tragen die Hauptlast der Arbeit, sie sind es, deren Arbeitskraft unter katastrophalen Bedingungen in den Produktionsstätten der weltweit operierenden Großkonzerne zu Minimallöhnen ausgebeutet wird, deren Körper durch Sextourismus, Bevölkerungspolitik und Pharmaexperimente mißbraucht werden, sie sind es, die zusammen mit Alten und Kindern aus den Kriegsgebieten in Flüchtlingslager im eigenen Land oder in den angrenzenden Nachbarstaaten unter schlechtesten Bedingungen leben müssen, während die Männer oft als Kämpfende über die Armeen versorgt werden. Frauen werden von den kämpfenden Truppen im Krieg oder nach dem Sieg vergewaltigt, sie werden auch in „Friedenszeiten" durch die patriarchalen Strukturen alltäglich massiv unterdrückt.

Aber die Frauen bleiben in den Heimatländern zurück, weil sie keinen Zugang zu Fluchtmöglichkeiten haben, weil sie Alte und Kinder versorgen müssen, kein Geld haben und ihre Fluchtgründe nicht als „politische" anerkannt werden, so daß sie kein Recht auf politisches Asyl erhalten.

Es kommen zu uns nicht die, die am meisten zu leiden haben, sondern die, die sich am ehesten durchschlagen können.

## Fremdenhaß und Frauenhaß

Wie sieht es nun bei uns aus? Wer sind diejenigen, die diesen Flüchtlingen mit Haß und Gewalt begegnen? In den Medien wird oft davon gesprochen, daß es hauptsächlich „Jugendliche" seien, die fremdenfeindliche Übergriffe vornähmen. Das ist eine ungeheuerliche Verschleierung der Realität: Es handelt sich bei diesen „Jugendlichen" zu über 90% um Männer. Frauen sind an rechtsradikalen Gewalttaten nur in Ausnahmefällen beteiligt. Auch bei den WählerInnen der rechtsradikalen Parteien überwiegen bei weitem die Männer. Wenn diese Tatsachen unterschlagen werden, gerät man bei der Suche nach den Ursachen zu völlig falschen Schlüssen. Als Ursachen für den Fremdenhaß werden vielfach Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und die Angst vor fremden Kulturen angeführt. Auch die SPD hat mit ihrem Gerede von „Asylmißbrauch", von „Scheinasylanten" und "Wirtschaftsflüchtlingen" ein Klima mitgeschaffen, das Ausgrenzung, Abspaltung und letztlich Gewalt gegen diejenigen, die angeblich dem deutschen Volk seinen „wohlverdienten Wohlstand" gefährden, möglich machte. Sie läßt Verständnis durchblicken für die „Marginalisierten unserer Gesellschaft", die - selbst arbeitslos und ohne Perspektive - ihren Frust an den als Parasiten gebrandmarkten Flüchtlingen auslassen.

Haben Sie sich je einmal gefragt, wieso eigentlich die, die auch in unserer Gesellschaft zu den Ärmsten und Ausgebeutetsten gehören, nämlich die Frauen,

sich nicht der Gewalt und des Mordes bedienen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen? Haben Sie in ihren politischen Äußerungen je deutlich gemacht, daß die Gewalt gegen Flüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen und AsylbewerberInnen von Männern ausgeht und daß dieser männlichen Gewalt unmißverständliche Grenzen gesetzt werden müssen, wo immer sie sich äußert? Es liegt die Vermutung nahe, daß ein Zusammenhang besteht zwischen Fremdenhaß und Frauenhaß. Rechtsradikale Gruppierungen sind einer der letzten Horte ungebrochenen Männlichkeitswahns. Die rechtsradikalen und faschistischen Männerbünde sind Orte, wo das angeschlagene „Selbstbewußtsein" der Männer kompensiert werden kann und männlicher Chauvinismus und Größenwahn umschlagen kann in Haß gegen alles „Andere", Fremde.

Während der Fremdenhaß inzwischen breit diskutiert wird, wird der Frauenhaß als solcher nicht einmal wahrgenommen, ist er bisher keine politische Kategorie. „Die deutsche Bilanz 92: rund ein Dutzend Fremdenhaßmorde und Empörung darüber plus einige Hundert Frauenhaßmorde - meist Sexualmorde genannt - und Schweigen darüber." (Alive Schwarzer in „Emma" Nr. 1/1993)

Die aufgeblähte Selbstherrlichkeit, die sich immer wieder bestätigen muß, indem sie Schwächere erniedrigt, macht Frauen Angst: besonders Frauen sind es, die nicht nur den Frauenhaß, sondern auch den Fremdenhaß fürchten in der sicheren Ahnung, daß beides die gleiche Wurzel hat.

## Zur Debatte um das Asylrecht

Die Debatte um das Asylrecht und das Einschwenken der SPD in die Front der Befürworter einer Grundgesetzänderung zeigen, daß Gewalt offenbar in diesem Staat ein Mittel ist, um politische Ziele durchzusetzen - sofern sie männlich ist und insbesondere, wenn sie von rechts kommt. Wie sonst ist es zu erklären, daß Björn Engholm sich durch die Ausschreitungen und Gewalttaten der Rechten veranlaßt sieht, seine Partei zu einem Umschwenken in der Asylpolitik zu bringen? Rechte Männer veranstalten Randale - und schon wird ein Grundrecht abgeschafft. Die Frauenbewegung, die seit Jahrzehnten um die Abschaffung des §218, um ein Gesetz zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen, um die Abschaffung der Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben und den Schutz der Frauen vor Männer-Gewalt mit friedlichen Mitteln - kämpft, muß sich angesichts dessen, was männliche Randalierer in schöner Kumpanei mit seidenkrawattentragenden Politikern in kurzer Zeit durchsetzen, verhöhnt vorkommen. Wir haben den Eindruck, daß Sie diese Gewalt als Rechtfertigung benutzen, um das Grundrecht auf Asyl abschaffen und damit dem „gesunden Volksempfinden" entgegenkommen zu können.

Die Vernachlässigung der Geschlechterfrage in der „Asyldiskussion" genannten Scheindiskussion zeigt sich nicht nur darin, daß nicht gesehen und nicht benannt wird, daß die Gewalt von Männern ausgeht. Sie zeigt sich auch darin, daß die Frauen unter den AsylbewerberInnen, Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen nicht als eigenständige Wesen wahrgenommen werden: sie werden weder in der Statistik berücksichtigt (die nicht geschlechtsspezifisch differenziert), noch erhalten sie ein eigenständiges Aufenthaltsrecht noch werden sexistische Verfolgungsgründe oder Foltermethoden wie z.B. Vergewaltigung anerkannt. Nur ein Bruchteil der überwiegend weiblichen Flüchtlinge auf der Welt gelangt überhaupt nach Deutschland, nur wenige haben die Chance, hier Asyl zu erhalten. Was im Asylrecht und im AusländerInnenrecht fehlt, sind keine Einschränkungen, sondern die Berücksichtigung von Frauen und den spezifischen Verfolgungen, denen sie aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Lebensweise ausgesetzt sind.

Wir sehen also vor allem drei Tendenzen, die zur Zeit in dem, was als „Fremdenhaß" thematisiert wird, zum Ausdruck kommen: 1. die Verleugnung der Tatsache, daß die Bevölkerung in den Industriestaaten, ob nun bewußt oder unbewußt, ob absichtlich oder unfreiwillig, ob in stärkerem oder geringerem Umfang profitiert von Armut, Krieg, politischer Verfolgung und ökologischer Zerstörung in der „3. Welt"; 2. die Verleugnung der Tatsache, daß Fremdenhaß und Frauenhaß beide Ausdruck der patriarchalen, auf Unterwerfung und Ausbeutung beruhenden Grundstruktur unserer Gesellschaft sind, daß der Widerstand gegen den Fremdenhaß den Widerstand gegen den Frauenhaß mit beinhalten muß; 3. die Verleugnung der Tatsache, daß Frauen weltweit in stärkerem Maße der Gewalt, Verfolgung und Armut ausgesetzt sind, aber es erheblich schwerer haben, bei uns Asyl zu erhalten. Wir wissen, daß solche Zusammenhänge, wie wir sie hier skizzenhaft dargestellt haben, innerhalb der SPD nicht völlig unbekannt sind; wir kennen aber auch zur Genüge die Strategie der SPD, aus wahltaktischen und sonstigen machtpolitischen Gründen sich der vermeintlich vorherrschenden Meinung in der Bevölkerung zu unterwerfen. Wir fordern eine Politik, die nicht ausschließlich auf einer oberflächlichen Ebene Mißstände beklagt, sondern die auch die historischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Hintergründe und Ursachen benennt, eine Politik, die die Bevölkerung nicht nur als Stimmvieh betrachtet, sondern ihr zumutet, sich differenziert mit Problemen auseinanderzusetzen.

*Frauen- und Mädchentreff Eckernförde, Frauenzimmer Bad Segeberg, Frauenlernwerkstatt Kiel, Frauen helfen Frauen Dithmarschen, Frauenräume Norderstedt, Ihriss Kiel, Anlaufstelle für Frauen in Not Husum, Frauenräume Neustadt, Frauennetzwerk zur Arbeitssituation, BIFF Lübeck, Donna Klara e.V. Kiel, Notruf und Beratung Kiel, LOTTA e.V. Kiel, Artemis Kiel, Frauentreffpunkt Kaltenkirchen, Frauentreff Kiel-Mettenhof, Autonomes Mädchenhaus Kiel, Frauen helfen Frauen Uetersen, Die Lerche Kiel, AG Frauen und Schule Kiel, ARANAT Lübeck, Frauenzimmer , appeln, Notruf und Beratung Lübeck*

# „Deutsche Liga“ veranstaltet Hetzjagd auf Romafrau

Seit Wochen macht der Fall Nidar Pampurovas Schlagzeilen in Köln. Wenige Tage vor dem 30. Januar, an dem auch in Köln Tausende gegen Rassismus demonstrierten, schob die Stadt Köln die Romafrau nach Mazedonien ab. Mann, Sohn und Tochter wurden von Freunden versteckt. Aufgrund breiter Solidarität mit dem Schicksal der Familie konnte Nidar Ende Februar zurückgeholt werden. Die Familie lebt jetzt illegal versteckt in Köln. Trotz breiter Proteste stellt sich die Stadtverwaltung weiter auf den Standpunkt, ihr seien die Hände gebunden, der Asylantrag sei abgelehnt, die Abschiebung rechtens. Daß die Vorfahren der Familie unter der deutsch-bulgarischen Besetzung Mazedoniens während des Hitlerfaschismus verschleppt und ermordet wurden, daß Mazedonien kurz vor Bürgerkriegsauseinandersetzungen steht, zogen weder das Bundesamt noch das Verwaltungsgericht Köln in Betracht.

## Liga setzt Kopfgeld aus

Jetzt eröffnete die Ratsfraktion der „Deutschen Liga“ eine Treibjagd auf Nidar und ihre Familie und bietet Kopfgeld. In einer Presseerklärung verkündet sie: „Die Fraktion der deutschen Liga hat für Hinweise, die zur Ergreifung der Landfahrerin Nidar Pampurova führen, eine Belohnung in Höhe von 1000 DM ausgesetzt.“ Am Tag darauf erfolgt die Ankündigung, 50000 Steckbriefe und 3000 Plakate zu verbreiten: „Die Ratsfraktion der Deutschen Liga startet eine für Köln einmalige Suchaktion...Wir sind sicher, daß durch unsere Aktion Frau Pampurova aufgespürt wird. Ihre Tage in Köln sind nunmehr gezählt.“

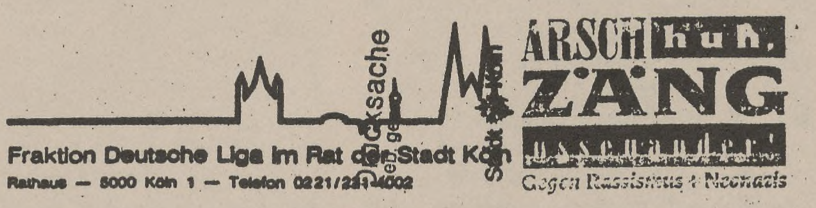
Die Aktion der „Deutschen Liga“ hat großen Protest ausgelöst. Die JournalistInnen in der IG Medien erklärten: „Die Deutsche Liga, eine Nachfolgeorganisation der Republikaner im Kölner Stadtrat, stellt sich damit deutlich in die Tradition der Nationalsozialisten. Auch während der Zeit des Nationalsozialismus wurden Roma und Sinti, Juden und andere Mitmenschen auch in Köln mit Steckbriefen gesucht, wurden Kopfgelder zur Ergreifung ausgesetzt. Dieser besondere Umstand sollte die Stadt dazu bewegen, der Familie eine Aufenthaltsbefugnis auszustellen. Damit könnte die Stadt ein Zeichen dafür setzen, daß eine solche Menschenjagd in Deutschland ihr Ziel nie wieder erreichen darf.“

## Staatsanwaltschaft ermittelt

Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt gegen Bernd Schöppe von der „Deutschen

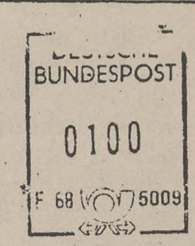
Fortsetzung nächste Seite

*Kuriosum aus Köln: links der Absender der faschistischen* Deutsche Liga, *daneben das antirassistische Motto: "Arsch hoch - Zähne auseinander, gegen Rassismus und Neonazis" auf dem Poststempel*










*Bereits im Herbst 1992 hatte die ATZE über die Ankündigung des Segeberger Kreisverbandes der REPUBLIKANER berichtet, zur Kommunalwahl 1994 in Schleswig-Holstein antreten zu wollen. Inzwischen verstärkt die neofaschistische Organisation auch in anderen Städten des Landes ihre Wahlvorbereitungen. So erschienen bspw. in den ersten Monaten dieses Jahres in verschiedenen Anzeigenblättern Neumünsters Kleinanzeigen der REP, die zum Eintritt aufforderten. Der Versuch, rechtzeitig zum Wahljahr 1994 die Grundlagen für eine flächendeckende Kandidatur (und spätere Besetzung möglicher Kreistags- bzw. Stadtratsmandate) zu schaffen, sind uns Grund genug, einige aktuelle Schlaglichter auf die REP-Aktivitäten in der Republik zu werfen.*

# REPUBLIKANER - DIE PARTEI DER SAUBEREN DEUTSCHEN

Im Raum Arnsberg, Hamm und Soest wurden Ende 1992 von den REP Schriften verteilt, in denen unverhohlen Haß gegen EinwanderInnen und Flüchtlinge geschürt wird. Ein als Satire getarntes Flugblatt ist Hauptbeweisstück mehrerer Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und öffentlicher Billigung von Straftaten. In dem Pamphlet werden den „lieben Mitbürgern“ auf demagogische Weise Verhaltensregeln für das künftige Zusammenleben mit ihnen an die Hand gegeben. Nach Ansicht der Generalstaatsanwaltschaft kalkulieren die Verbreiter derartiger Flugblätter. bewußt Angriffe auf Flüchtlinge und EinwanderInnen ein, wenn sie empfehlen, daß „die Bürger schon jetzt ein nettes Zimmer bereithalten sollen, da Eigentums- und Besitzstandswechsel in Zukunft nicht auszuschließen seien“, „dem Drogenhandel der neuen Nachbarn taktvoll begegnen“ und „weibliche Einheimische sich nur in männlicher Begleitung bewegen sollten“.

(nach: Frankfurter Rundschau vom 1.12.1992)

In Köln sitzen die Reps im Stadtrat. Ihr

Fraktionsvorsitzender ist der 47jährige Wolfgang Rau. Kürzlich war sein Klo kaputt und er mietete sich einen Handwerker, damit ihm dieser das Örtchen wieder herrichtet. Jedoch es kam anders. Der Betreffende weigerte sich, die gewünschte Arbeit auszuführen, weil: „Der Müll stapelte sich meterhoch. Es stank. Und überall an den Wänden Plakate der Reps." Der Handwerker war nicht der erste, der Anstoß an dem Zustand von Raus Wohnhöhle nahm, sein Vermieter drohte schon aus dem gleichen Grund mit einer Kündigung. Sogar das Ordnungsamt ist schon tätig geworden und besichtigte aus Gründen der allgemeinen Hygiene den Zustand der Wohnung. Amtliches Fazit: „totale Verwahrlosung". Nun hat die Ordnungs- und Sauberkeitspartei ihrem Mitglied Rau ein Ultimatum gesetzt, und so wurde er schließlich doch tätig. 40 Müllsäcke hat Rau schon wegschaffen lassen. Gegenüber der Presse stellte ein Parteifreund von Rau klar, warum die Wohnung halt so verdrecken mußte: „Im Haushalt eines Junggesellen sammelt sich schon mal was an." Endlich wissen wir, welch großen Wert die Reps den Frauen zumessen.

(aus: roter winkel Jan/Feb 1993)

An „Bilder im Stil einer Verbrecherkartei" fühlt sich die SPD-Fraktionsvorsitzende im Freiburger Gemeinderat, Margot Queitsch, erinnert, wenn sie in eine dieser Tage publizierte Zeitung der dreiköpfigen „Republikaner"-Mannschaft im Kommunalparlament schaut. In dem Blatt der neofaschistischen Partei, für das der Fraktionsvorsitzende Hubert Zellner verantwortlich zeichnet, sind wie in einem Steckbrief Porträtphotos von fünf der 13 SPD-Stadträte abgebildet. „Sie sind angeklagt", heißt es im Begleittext. Sie hätten sich „schuldig gemacht" unter anderem „des Aufhetzens der Kinder in der Schule gegen die Eltern", „der Verordnung eines Kriechgangs gegenüber dem Ausland unter ständigem Hinweis auf eine sogenannte deutsche Erbschuld", auch der „Verwahrlosung von Moral und Sitte. Pornographie und Prostitution nehmen zu." - womit auf infam unterschwellige Weise den SPD-Politikern die Förderung von Pornographie und Prostitution unterstellt wird.

Die Stadtverwaltung sieht in der Zeitung die Straftatbestände der Volksverhetzung, der Beleidigung und der üblen Nachrede erfüllt. Die REP haben mit dieser Aktion den Versuch, sich als brave und ordentliche Rechtskonservative darzustellen, selbst sabotiert. Die SPD will die Gelegenheit nutzen, um offensiv gegen die Hetzer der REP vorzugehen.

(nach: Frankfurter Rundschau vom 1.12.1992)

Der Autor des Buches „Deutschland ganz rechts", Michael Schomers, hat Strafanzeige gegen den Bezirksvorsitzenden der „Republikaner" im Bezirk Süd-Westfalen wegen Verleumdung und wissentlicher falscher Anschuldigungen gestellt. Schomers, der 1989 und 1990 über sieben Monate unter falschem Namen das Innenleben der neofaschistischen Partei erkundete, wehrt sich damit gegen eine „Presseinformation" des REP-Bezirksvorsitzenden Otto Strauß, in der Strauß den Journalisten beschuldigt, zu „Mordanschlägen auf Asylunterkünfte und Ausländer" aufzurufen. Schomers soll laut Strauß bei einer Veranstaltung am 26. Januar im Sitzungssaal des Kreishauses Brilon folgende Aufforderung an die etwa 60 BesucherInnen gerichtet haben: „Die Anschläge gegen die Asylunterkünfte und Ausländer dürfen nicht aufhören, sonst besteht die Gefahr, daß die 'Republikaner' in den nächsten Bundestag einziehen." Ferner betreibe Schomers „Volksverhetzung gegen Deutsche, die sich in der Partei 'Die Republikaner' rechts- und verfassungstreu engagieren" - er befürworte Mordanschläge, „um seine politische Ideologie durchzusetzen". Schomers sieht in den Vorwürfen einen „dümmlichen Revancheversuch", nachdem die großmäulig angekündigten Schritte der REP gegen das Buch „Deutschland ganz rechts" nicht gefruchtet hätten. Es sei eine „Haltet den Dieb-Haltung, denn die 'Republikaner' sind die, die schon seit längerem im Hintergrund der Gewalttaten gegen Ausländer ihr politisches Süppchen kochen."

(nach: taz 8. februar 1993)

Die neofaschistischen REP haben in Bayern zweimal Mitglieder ihrer Partei als Fachleute ausgegeben, ohne daß diese Personen den Beruf haben, der angegeben war. Ein „Dr. Günther Ilefeld vom Drogenrehabilitationszentrum Landshut" hetzte im Vorfeld der Bürgermeisterwahl in Freilassing gegen „kriminelle Asylanten" und „ausländische Drogendealer". Der angebliche Drogenfachmann wurde jedoch vom SPD-Landtagsabgeordneten Starzmann enttarnt.

Ebenso ist bei den REP ein Wolfgang Wengle aufgetreten, der sich einmal als BKA-Beamter, ein anderes Mal als Polizeihauptkommissar der Kripo Rosenheim ausgab. Sowohl das BKA, als auch die Kripo Rosenheim legten allerdings Wert darauf, daß ein Wolfgang Wengle in ihren Behörden nicht tätig sei.

Das Auffliegen dieser plumpen Versuche, bestimmte Zielgruppen für die Partei zu interessieren, veranlasste REP-Chef Schönhuber zur Ankündigung, Wengle aus der Partei auszuschliessen, da er im Auftrag des Bundesnachrichtendienstes die REP ausspioniert habe. Da stimmt dann das Bild vom Märtyrer wieder, mit dem die faschistischen Organisationen in Deutschland so gerne hausieren gehen.

(nach: Süddeutsche Zeitung vom 23.12.1992)

---

*Fortsetzung: "Deutsche Liga"*

Liga", der für die Aktion verantwortlich zeichnet, wegen Amtsanmaßung. Der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, hat wegen Volksverhetzung Strafantrag gestellt. Die Verwaltung klemmte Fax- und Telefonanschluß im Fraktionsbüro der Liga ab, die als Kontakt angegeben waren, und will prüfen, ob Fraktionszuschüsse illegal verwendet worden seien. Ihre Entscheidung zur Abschiebung allerdings hält sie aufrecht !

Rom e.V. erklärte: „Die Rechtsradikalen wollen sich dem Staat und in Köln der SPD geführten Stadtverwaltung als Hilfspolizei andienen. Sie wiegen sich in Sicherheit, daß nach der Kampagne der großen Parteien gegen „Scheinasylanten" sie deren Beschlüsse nur etwas schneller ausführen; in den Zielen glauben sie sich einig. Die harte Haltung der Stadt Köln ... hat solche Leute ermutigt, sich jetzt als die bessere Exekutive in Köln zu etablieren ... Die Stadt ist aufgefordert, dieses unmenschliche Spiel zu beenden und durch die Gewährung des Bleiberechtes für die Familie, den Angriffen der Rechtsradikalen den Boden zu entziehen. Schon morgen kann die Familie entdeckt sein und Opfer faschistischer Anschläge werden."

*aus: Antifaschistische Nachrichten 6/93*

# Heimatverbände in der Braunzone

*Die Heimatverbände gehören zu den etablierten Vereinen in der bürgerlichen Gesellschaft. Ihre Stimme hat in Medien und Politik durchaus Gewicht, wie sich jüngst zeigte, als Schleswig-Holsteins Kultusministerin Tidick das an Schulen benutzte Liederbuch von nationalistischem und präfaschistischem Liedgut reinigen wollte - und wegen der starken Kritik u.a. des Schleswig - Holsteinischen Heimatbundes prompt einen Rückzieher machte.*

*Der folgende Artikel erschien erstmals in der AVANTI Nr. 6 und behandelt an zwei Beispielen die Heimatverbände: am eben erwähnten SHHB und der in Lübeck tätigen Vaterstädtischen Vereinigung. Beide honorige Vereine haben enge ideologische und personelle Verbindungen zum Rechtsextremismus.*

Anläßlich der Verabschiedung des Heimatpolitischen Programms des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB) im Herbst 1987 wurde es durch dessen Geschäftsführer Hans Joachim von Leesen vorgestellt. Im „Schleswig-Holsteinischen Heimatkalender“ heißt es zunächst: „Der SHHB sieht Heimat (...) sehr viel weiter, als daß er als Heimat nur das Gebiet bezeichnet, in dem der Mensch geboren und aufgewachsen ist. Heimat kann auch erworben werden. Sie ist auch mehr als der allein verstandesmäßig zu erfassende Begriff der Region; Heimat hat mit gefühlsmäßiger Bindung zu tun“ (1989, S. S7).

Daß Heimat auch erworben werden kann, zeigt von Leesen am Beispiel der Kriegsfolgen: „Der SHHB bekennt sich dazu, daß Schleswig-Holstein auch Heimat geworden ist für Hunderttausende von Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ost- und Mitteldeutschland ins Land kamen... Damit gibt der SHHB erneut allen eine Absage, die unterscheiden wollen zwischen Einheimischen und Zugewanderten, Flüchtlingen und Vertriebenen“ (S. 57/8).

Wer das mit den Flüchtlingen vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte ums Asylrecht nun allzu genau nehmen möchte, wird eines Besseren belehrt. Zunächst einmal stellt von Leesen fest: „Die Schleswig-Holsteiner fühlen sich in ihrer übergroßen Mehrheit zur deutschen Nation gehörend.“ Und über die Stellung der „Schleswig-Holsteiner“ in dieser „Deutschen Nation“ weiß er unter der Überschrift „Sind die Schleswig-Holsteiner wirklich so unbeliebt?“ eine Reihe von Überlegungen anzustellen. Die Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach interpretiert von Leesen abschließend wie folgt: „Am sympathischsten sind einem stets die Leute, denen man am nächsten verwandt ist, die man kennt, die man einschätzen kann. Und am unsichersten sitzt man Menschen gegenüber, die weit weg wohnen, die von anderer Art sind, die einen anderen Stil im Ausdruck haben, einen anderen Dialekt sprechen, unter denen man ein Fremder ist... Wenn derartiges sich schon auswirkt in einem so kleinen Gebiet wie der Bundesrepublik Deutschland, in dem die Menschen dieselbe Sprache sprechen, weitgehend dieselbe Geschichte erlebten, gleiche Herkunft und vielfältige verwandtschaftliche Beziehungen haben, wie gravierend ist dann das Unverständnis und die Unsicherheit zwischen sehr unterschiedlichen Menschengruppen? Das sind Überlegungen, die weit ins Politische reichen. So zeigt sich auch hier einmal mehr, daß die Beschäftigung mit dem Begriff Heimat wichtige Erkenntnisse für das Zusammenleben der Menschen mit sich bringt“ (S. 34).

Also nicht die historisch entstandene und veränderbare, kulturelle und gesellschaftliche Fähigkeit, sich mit Neuem auseinanderzusetzen, soll das Entscheidende sein, sondern die Unterschiedlichkeit, die quasi-naturhafte Fremdheit von Bevölkerungsgruppen. Die Parallelität dieser Sichtweise zu Verhaltensforschern wie Eibl-Eibesfeld, der die Abgrenzung zu Fremden zu einer angeborenen (= unveränderbaren) Eigenschaft aller Menschen macht, ist unübersehbar.

Auch neofaschistische Kreise schmükken ihren Rassismus damit und versuchen ihm so die Weihen der Wissenschaftlichkeit zu verleihen. In typisch Neurechter Argumentationsweise formuliert von Leesen auch bei anderer Gelegenheit unter dem Begriff *Heimat* seine rassistischen Ab- und Ausgrenzungsmaßstäbe: „Wer Heimat ernst meint, wer also Konsequenzen aus der Tatsache zieht, daß Heimat da ist, wo einem Menschen und Umgebung vertraut sind, der muß einfach anerkennen, daß Gruppen mit ganz anderen Wertesystemen, anderen Sprachen, grundsätzlich anderen Kulturen, mit anderen Heimaten dem Angehörigen der Mehrheitsgruppe nicht mehr vertraut sind, daß sie ihm fremd sind. Wenn Gruppen mit unterschiedlichen Wertesystemen, unterschiedlichen Sprachen, kurz: ganz und gar unterschiedlicher Kultur im selben Territorium leben, birgt das eine Unzahl von Gefahren... Wir müssen uns ins Bewußtsein rufen, daß die Verschiedenartigkeit kultureller Maßstäbe keine Verschiedenwertigkeit ist, daß es sich nicht um höhere oder mindere Werte handelt, sondern nur




*Kopfzeile der Zeitung der Vaterländischen Vereinigung*

um andersartige. Es ist aber zu befürchten, daß solche Überlegungen in der Praxis, vor allen Dingen in kritischen Situationen, nicht ausreichen. Darum ist jener gut beraten, der Ziele wie die nach einer multikulturellen Gesellschaft nicht anstrebt, sondern nach Wegen sucht, um dadurch fast zwangsläufig auftretende Spannungen zu vermeiden" (Schleswig-Holstein 9/84, S. 9).

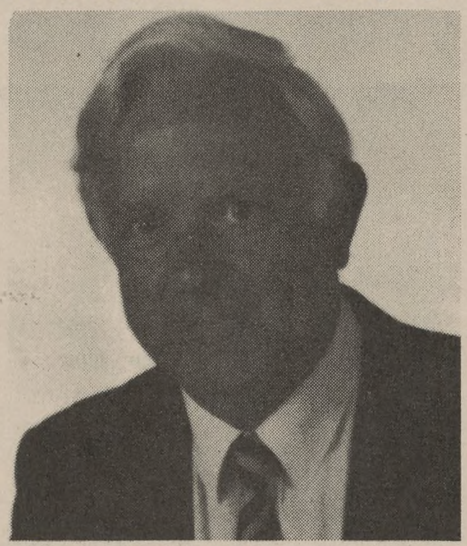
Kaum verwunderlich ist es angesichts dieser Zeilen, daß von Leesen erst jüngst bei einer (von AntifaschistInnen allerdings verhinderten) REP-Veranstaltung in Mönkeberg bei Kiel auftauchte und regelmäßiger Autor der Zeitschrift „Criticón" ist. Dieses im Juli 1970 gegründete Blatt spielt eine zentrale Rolle in der Theoriebildung der „Neuen Rechten" - angetreten, die Verbreitung egalitärer, demokratischer und emanzipatorischer Ideen in der Gesellschaft zurückzudrängen. Im Mittelpunkt der Artikel steht dabei oft die Aktualisierung des (völkischen) deutsche Nationalismus als zukünftigem - wenn auch nicht neuem - gesellschaftlichen Integrationsfaktor.

Dieses Ziel verfolgte von Leesen auch in der von ihm angeführten „Gesamtdeutschen Initiative Schleswig-Holstein" (GDI-SH), die seit 1986 eine Reihe von Veranstaltungen mit so bekannten Neofaschisten wie Henning Eichberg, Prof. Robert Hepp oder Emil Schlee, um nur einige wenige zu nennen, durchführte. Zeitweise arbeitete die GDI-SH eng mit der CDU-nahen Hermann-Ehlers-Akademie (HEA) zusammen. So wurden wiederholt gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Und als der im rassistischen Südafrika als Historiker lehrende Dirk Kunert von der HEA ausgeladen wurde, sprang die GDI-SH ein und führte die Veranstaltung durch.

Zwischen SHHB, HEA und sog. "Vertriebenenverbänden" hat es in der Vergangenheit eine Reihe abgestimmter Aktivitäten gegeben. Im Sommer 1987 referierten unter dem Leitthema „Deutsche Einheit und Friedensbewegung" bspw. der in rechtsextremen Kreisen hoch geschätzte General a.D. Kießling (Rendsburg) sowie der junge Dithmarscher Journalist (Ostpreußenblatt) Ansgar Graw. Im SHHB selbst wurde dieser Bereich vom „Gesamtdeutschen Ausschuß" betreut; im SHHB-Präsidium war für „Gesamtdeutsche Fragen" Dr. Thomas Darsow zuständig, der sich in den 70er Jahren als leitender Mitarbeiter der NPD-nahen Jugendzeitung „Tendenz" betätigte.

## SHHB~Funktionäre deutschnational

Von Leesen und ein beträchtlicher Teil des SHHB sind durch den Nationalismus verbunden. Bitter beklagt sich der Landesgeschäftsführer über den geringen Anteil „deutscher Volksmusik" in Hörfunkprogrammen: „Es bleiben die Produkte einer weltweit tätigen Tonträgerindustrie, die alle halbe Jahre ihre Mode und damit ihren Musikstil und ihre Interpreten wechselt... Die Sprache der von dieser Industrie produzierten Lieder, die über die bundesdeutschen Sender in die Wohnungen ge-



*H.-J. von Leesen*

pumpt werden, ist überwiegend englisch..." (1987, S. 42). Und es grenzt schon fast an Verfolgungswahn, wenn er feststellen zu müssen glaubt: „Und letzten Endes tritt uns hier eine Form von Rundfunkredakteuren entgegen, die innerlich noch voll eingestimmt sind auf eine Geisteshaltung, die deutsche Volksmusik als „Nazimusik" bezeichnet und die. überzeugt von der Minderwertigkeit der Deutschen und ihrer Kultur, ehrlich meint, mit amerikanischer Unterhaltungsmusik die charakterlich defekten Deutschen bessern zu können" (S. 46).

Im Beklagen dieser vermeintlichen „kulturellen Überfremdung" und in seinem „Antiamerikanismus" befindet sich von Leesen in trauter Eintracht mit rechtsextremer Propaganda. Und auch bei der Bekämpfung vermeintlicher „Geschichtslügen" mischt von Leesen mit. Sowohl in „Criticón" als auch in den in Lübeck erscheinenden „Vaterstädtischen Blättern" (VB 2/1988) versucht von Leesen die Lüge zu verbreiten, die Alliierten wären für die Einführung des Bombenterrors gegen ZivilistInnen in das Methodenarsenal der Kriegsführung verantwortlich gewesen: „... daß die Wissenschaft längst die Frage eindeutig beantwortet hat, wer verantwortlich war für den strategischen Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung weit von der kämpfenden Front entfernt. Es waren nicht die Deutschen" (Criticón Nr. 123, S. 8). Tatsächlich war es die deutsche „Legion Condor", die am 26. April 1937 beim Luftangriff auf die baskische Stadt Guernica erstmals den „totalen Krieg" in Form eines Terrorangriffs auf ungeschützte ZivilistInnen erprobte.

Die Leugnung dieser historisch unzweifelbaren Tatsachen versteht von Leesen wohl auch als Beitrag zu der von ihm geforderten „seriösen Behandlung der Tatsachen" und der „Verwissenschaftlichung der jüngsten deutschen Geschichte" (VB 2/1988 S. 24). 1983 schrieb er im „Heimatkalender", daß „ein wesentliches Ziel der Arbeit des SHHB die Bewahrung und Weckung des Geschichtsbewußtseins im nördlichsten Bundesland [ist]". Zufrieden weist er darauf hin, daß es „in der jüngsten Zeit wieder der Schleswig-Holsteinische Heimatbund {war}, der auf diesem Gebiet mancherlei Initiative entwickelt hat, nachdem erkannt wurde, daß die Vermittlung der Heimatgeschichte schwere Mängel aufweist" (S. 35).

In dieses Betätigungsfeld fällt beim SHHB auch die Beschäftigung mit Trachten. So heißt es in einem Bericht der SHHB-Monatszeitung „Schleswig-Holstein" (inzwischen umbenannt in LOGO) über ein Seminar mit dem Titel „Trachten heute" auf die Frage eines anwesenden Volkskundlers „Würden Sie auch Türken, Ghanesen oder Vietnamesen in Ihren heimatlichen

Trachten in Ihrer Trachtengruppe aufnehmen?" ... „Türken, Ghanesen und Vietnamesen sollte ihre eigene Kultur erhalten und können eigene Trachtengruppen bilden. Mit ihnen wolle man freundschaftlich zusammenarbeiten. Kulturelle Eigentümlichkeiten aller Kulturen dürften aber nicht verwischt und damit aufgegeben werdon" (1/87, S. 25).

Und der Bruder Hans-Joachim von Leesens, Thies Uwe von Leesen, lange Zeit Grenzlandbeauftragter der Kieler Landesregierung, beklagt den „Identitätsverlust der Deutschen" in Dänemark (2/87, S. 21).

## Heimat - Raum - Ästhetik

Besonders starke Ablehnung erfährt in vielen Texten des SHHB die „Massengesellschaft" und die „Massenkultur" - ob real vorhanden oder nur eingebildet. Masse steht dabei im Gegensatz zu den klar definierten völkischen Abgrenzungen und wird mit den Krisenerscheinungen heutiger industrialisierter Gesellschaften, wie z.B. Umweltzerstörung und zunehmende Verbreitung harter Drogen, in Ver

bindung gebracht. Dabei findet eine völlig unhistorische Vorstellung von „Umwelt" Verwendung: soziale Zusammen-

hänge, in denen die Lebensräume der Menschen zu allen Zeiten standen und stehen, werden dadurch der Analyse und Beurteilung entzogen.

Von Leesen sieht die Tätigkeit der bundesdeutschen Heimatverbände in der Tradition der Ende des vergangenen Jahrhunderts auch in Deutschland entstehenden Heimatschutzbewegung. Deren „geistigem Vater" Ernst Rudorff widmete er Anfang 1992 in „Criticon" einen Aufsatz. Charakteristisch für die Bedeutungszunahme der sich entwickelnden Vorstellung von Heimat ist der Wechsel vom Prozeßwort *Zeit* zum Konstanz und Standhaftigkeit ausstrahlenden Wort *Raum*. Ersteres besaß bis dahin die primäre Bedeutung für das Interesse an der Geschichte, vermochte jedoch die wachsende Diskrepanz zwischen den sich rapide verändernden sozioökonomischen Verhältnissen und der langsameren Veränderung kultureller Lebensformen nicht zu überbrücken. Die zunehmende Verwendung des Begriffs *Raum* war Ausdruck einer Entwicklung, die vor allem geographische Faktoren für die Kulturbildung verantwortlich machte. Das Interesse galt den Konstanten, dem sich Wiederholenden und dem Unveränderlichen. Geschichte war nicht mehr Veränderung und Veränderbarkeit *(Zeit)*, sondern Rhythmus und Zyklus. Aus dem konkreten historischen Zusammenhang herausgerissene Merkmale (wie z.B. Baustile, Form der Eheschließung; Bekleidung) wurden kartographisch dargestellt und damit Verbreitungsräume konstruiert, die man philosophisch zu deuten suchte.

In diesem Ästhetizismus gewinnt die Untersuchung der *Form* eine bis dahin unvorstellbare Bedeutung und führt nach der Jahrhundertwende zu einer allgemeinen „Physiognomie-Forschung" in zahlreichen Geisteswissenschaften. In Geographie, Volkskunde, Sprach- und Literaturwissenschaft sowie in der Kunstgeschichte wird nach Sprach- und Kunstlandschaften, nach Haus- und Kulturlandschaften gefragt, deren langlebige Eigenart und standhafter Charakter der Lehre von der ständigen historischen Veränderung zu widersprechen scheint. Man vermutete in der langlebigen Gleichartigkeit von verschiedenen Hauslandschaften den immer wiederkehrenden „Stammescharakter" und sprach von „artspezifischen" Eigenschaften, deren Gesetzmäßigkeiten in erster Linie die Biologie und nicht die historischen Wissenschaften definieren konnte. Diese historische Entwicklung, die den Entstehungszusammenhang der Heimatschutzbewegung markiert, war Bestandteil eines breiteren Prozesses, in dem die „Biologisierung" sozialer Prozesse zunehmend an Boden gewann.

## Heimatschutz in Lübeck - die „Vaterstädtische Vereinigung"

Ende Juli 1984 unterzeichnete der damalige SHHB-Vorsitzende Dr. Werner Schmidt, auch er Autor in „Criticon", zusammen mit dem 1. Vorsitzenden der „Vaterstädtischen Vereinigung Lübeck" (WL), Peter Guttkuhn, eine ;' gemeinsame Erklärung, in der beide Verbände eine enge Zusammenarbeit ankündigten.

Die VVL war am 4. April 1949 gegründet worden und schuf sich im Juni 1950 als ihr Organ die „Vaterstädtischen Blätter" (VB). In einer Rückschau heißt es zur Bedeutung der Kategorie *Heimat*: „Denn ohne Heimatliebe, wie sie zur Gründung unserer „Vaterstädtischen" geführt hat und zu deren Satzungsziel erhoben worden ist, kann es überhaupt keine lebendige Gemeinschaftspolitik - ... - geben" (VB 4-5/1966). Lange Zeit wurde die VVL und ihre Zeitschrift durch Hans Wittmack (Vorsitz von 1952-1969) geprägt, dessen nationalrevolutionäre Europakonzeption unter deutscher Führung in den von ihm veröffentlichten Beiträgen deutlich zum Ausdruck kam.

Unter der Überschrift „Heimat und Volk bleiben Werte. Von der Internationale zuviel gehalten" setzte sich Wittmack für eine Loslösung von den USA zugunsten europäischer Verbündeter ein (VB 34/1968) und forderte das „Nationale" zur Leitlinie für die Jugend zu machen. In

Anlehnung an die Linie des „nationalneutralistischen" HolstenVerlages (Hamburg) und an die Wochenzeitung „Neue Politik" formulierten Mitarbeiter der VB ihre Reichsvisionen: „Europa ist niemals von seiner Peripherie her zu einigen, sondern nur von seiner Mitte aus... Metternich und Bismarck, die beiden großen deutschen Staatsmänner des vorigen Jahrhunderts, wußten um dieses zeitlose europäische Gesetz und handelten entsprechend. . . Das notwendige Zurückschwingen des Pendels vom Westen zur Mitte wird zugleich der Weg, das Finden und die Heimkehr zu uns selbst sein und damit zugleich zu Europa, dem ganzen Europa, dessen Osten wir ebenso verpflichtet sind wie seinem Westen" (VB 2/1969, S. 1). Und: „Für uns gab es und gibt es als Idee weiterhin nur ein *Reich*, das ein deutsches war und sich hoffentlich nochmal wieder zu einem europäischen erweitert, wie schon das erste Reich europäischen Charakter hatte" (VB 1/1968, S. 1).

Zur Durchsetzung eines mit den Großmächten USA und UdSSR konkurrierenden Europa unter deutscher Vorherrschaft beruft sich Wittmack - in der 2. Hälfte der 60er Jahre Autor in der nationalrevolutionären Zeitschrift MUT - in seiner Propaganda auf „das Selbstbestimmungsrecht der Völker" . Auf lokaler Ebene ist er 1962 an der Gründung der „Freien Wählergemeinschaft Lübeck" (FWL) beteiligt; 1965 fanden zwischen ihr, der NPD und der Gesamtdeutschen Partei (GdP) Gespräche über eine gemeinsame Kandidatur zur Lübecker Bürgerschaftswahl am 13. März 1966 statt. Die 1966 ins Leben gerufene „Lübecker Unabhängige Wählervereinigung" (LUW), in der revanchistische und rechtsextreme Kräfte den Ton angaben, wurde von Hans Wittmack und der VVL aufmerksam verfolgt.

## Rechtsaußen in drei Generationen

Nach dem aus gesundheitlichen Gründen im Frühjahr 1969 erfolgten Rücktritt Wittmacks leitete für kurze Zeit Gerhard Boldt als 1. Vorsitzender die WL. In den 80er Jahren besetzte Peter Guttkuhn dieses Amt, der - wie von Leesen (s.o.) - am Beispiel Lübecks die unseriöse Behauptung von der Erfindung des Bombenterrors gegen ZivilistInnen den Alliierten zuschieben wollte (VB 1/1982). Seit den 60er Jahren war auch Jochen Düring in der VVL aktiv. Als ehemaliges HJ-Mitglied tauchte er später im Umfeld der DJO (Deutsche Jugend des Ostens) und - in den 80er Jahren - der *Konservativen Aktion* auf. Und schließlich betätigte sich der NDR-Redakteur als Leiter der Pfeilpfadfinder, die wegen ihres rechtsextremen Charakters aus dem deutschen Pfadfinderbund ausgeschlossen worden sind.

Ende 1988 erboste ihn eine Aktion Lübecker AntimilitaristInnen so sehr, daß er den Redner und einen Fotografen angriff. Dazu besaß er noch die Dreistigkeit, sich selbst als Opfer darzustellen und bei der Polizei Strafanzeige zu stellen. Tatsächlich jedoch kam es zu einem Prozeß gegen Düring, bei dem sich die falschen Anschuldigungen nicht halten liessen. Gegen Zahlung von 1000.- DM Geldstrafe wurde das Verfahren gegen Düring eingestellt. Anfang 1990 lieferte er eine erneute Kostprobe seines Hetzjournalismus, als er DemonstrantInnen gegen die Giftmülldeponie Schönberg mit randalierenden Chaoten verglich.

Seit Gründung der WL treiben dort - wie auch in anderen Heimatverbänden - VertreterInnen verschiedener rechtsextremer Strömungen ihr Unwesen und nutzen das wachsende Umweltbewußtsein vieler BürgerInnen, um mit biologistischen Theorien daran anzuknüpfen. Ob sich dies fortsetzen läßt, hängt auch von den Aktivitäten antifaschistischer Kräfte ab.- AVANTI

# Die Faschisten sitzen in den Parlamenten und wir vor Gericht“

## Antifaschist aus Wiesbaden seit 6.1. 1993 in Untersuchungshaft!!

Am 6. Januar 93 haben in Mainz Anhänger der verbotenen Nazi-Organisation „Deutsche Alternative“ einen „Kameradschaftsabend“ organisiert. Bei dem Versuch linker Gruppen, dieses Treffen zu verhindern, wurden zwei Autos der Faschisten demoliert und einige Neonazis leicht verletzt. Während die Polizei die Zusammenkunft der DA Anhänger duldete, errichtete sie noch Stunden später Straßensperren in Mainz und Umgebung auf der Suche nach AntfaschistInnen. Dreieinhalb Stunden nach den Auseinandersetzungen wurde Gunther bei einer solchen Straßenkontrolle auf der Schiersteiner Brücke in Mainz/Wiesbaden angehalten und sein Auto durchsucht. Eine gefundene Wollmütze, ein Paar Handschuhe und ein abgesägtes Stuhlbein unter seinem Fahresitz genügten, um Gunther, der nach „polizeilichen Erkenntnissen“ als Antifaschist bekannt ist, zu verhaften. Er wurde ins Mainzer Polizeipräsidium verfrachtet und am nächsten Tag mit dem Vorwurf „Schwerer Landfriedensbruch“ dem Haftrichter vorgeführt. Dieser verfügte Untersuchungshaft, die vornehmlich mit Flucht- und Verdunklungsgefahr begründet wurde. Beim zweiten Haftprüfungstermin am 21.1. wurde Gunther mit der Begründung Verdunklungsgefahr nicht aus der Haft entlassen.

In den ersten Wochen war Gunthers Haftsituation gekennzeichnet durch eine verschärfte Sonderbehandlung. Die zuständige Oberstaatsanwaltschaft hatte mit Zustimmung des Richters viermal eine Verlegung bzw. Rückverlegung zwischen den Justizvollzugsanstalten in Koblenz, Wittlich und Mainz angeordnet. In der JVA Wittlich war Gunther eine Woche lang 24 Stunden am Tag isoliert.

Gunthers Verteidigung legte gegen die Untersuchungshaft Haftbeschwerde ein, die am 24.2.1993 vom Landgericht Mainz als unbegründet zurückgewiesen wurde. Die Begründung des Landgerichts beschäftigt sich in keinster Weise mit dem bisherigen Haftgrund Verdunklungsgefahr. Nunmehr wird wiederum der Haftgrund Fluchtgefahr ins Felde geführt. Zur Begründung der Fluchtgefahr begibt sich das Landgericht ausschließlich auf ein politisches Gleis - ideologische Denkmuster ersetzen juristische Feststellungen. Objektiv wird Gunthers Haftfortsetzung auf Grundlage politischer Motive getroffen.

Wie anders sollen die Ausführungen des Landgerichts zu verstehen sein, „als Mitglied der sogenannten autonomen Szene (kann er) jederzeit in den Untergrund abtauschen“. Das Konstrukt „autonome Szene - Untergrund“ ist völlig aus der Luft gegriffen. Weiterhin stellt das Landgericht fest, „der Beschuldigte ist (...) Mitglied einer sich antinational sozialistisch bezeichnenden linksautonomen Gruppe“. Die Wortwahl „antinational“ gibt Einblicke.

Offensichtlich erhält der sich im Zuge der deutschen Wiedervereinigung ausbreitende Nationalismus jetzt auch am Landgericht Mainz eine beherrschende Bedeutung als juristischer Bezugsrahmen. Wie die Geschichte lehrt, verbindet sich gerade in Deutschland mit dem Begriff Nation die Vorstellung einer völkischen Gemeinschaft, die sich in Ab- und Ausgrenzung alles Anderen konstituiert, gegen Flüchtlinge, Sinti und Roma, Juden und Jüdinnen,... Auch die neuerliche Welle rassistischer und faschistischer Gewalt legitimiert sich im „Namen des Volkes“. Das Landgericht Mainz stellt sich mit der politischen Diffamierung „antinational“ auf die Seite derer, die mit der Parole „Deutschland zuerst“ die Verschärfung der Gesetze gegen alle Nichtdeutschen fordern, und rassistische Anschläge verharmlosen und entschuldigen.

Die Begründung des Haftgrundes Fluchtgefahr mit der Mitgliedschaft Gunthers in einer „antinational sozialistisch linksautonomen Gruppe“. knüpft gewollt oder ungewollt an die Tradition der Verfolgung von „Volksfeinden“ durch die NS-Justiz an.

Die Härte, mit der hier die Kriminalisierung eines Antifaschsisten jenseits gängiger juristischer Spielregeln betrieben wird, ist augenfällig. Es liegt die Vermutung nahe, daß hier ein Exempel statuiert werden soll, das alle meint, die sich gegen Rassismus und Faschismus zur Wehr setzen.

Die rheinland-pfälzischen Staatsschutzbehörden legen bei der Verfolgung von AntifaschistInnen einen derartigen Eifer an den Tag, daß diese im Jugendzentrum Bingen einen Spitzeleinsatz ohne richterliche Genehmigung über mehrere Mohnate hinweg veranlaßten. Der verdeckte Ermittler wurde jedoch Anfang des Jahres enttarnt. Bei öffentlichen Rechtfertigungen des V-Mann-Einsatzes wurden immer wieder „gewaltbereite Autonome“ aus dem Rhein-Main Gebiet und deren Engagement in Bibelsheim benannt.

Dort hatte sich ein breites antifaschistisches Bündnis gebildet, nachdem bundesweit organisierte rechte Kreise für den Erhalt des Kriegsgräberfriedhofs in Bibelsheim mobilisierten, um diesen zum Wallfahrtsort ihres Revanchismus zu etablieren.

Ein Zusammenhang des Spitzeleinsatzes im JUZ Bingen mit Gunthers Verhaftung ist nicht auszuschließen. Gunther war vor seiner Verhaftung im Bibelsheimbündnis aktiv.

Im krassen Gegensatz zur Verfolgung von AntifaschistInnen, ist immer wieder festzustellen, wie nachsichtig Polizei und Justiz auf organisierte rassistische Hetze und die unzähligen Mordanschläge der Nazis reagieren - bzw überhaupt nicht reagieren, wie im Falle der schon seit Jahren stattfindenden Oraganisationstreffen bundesdeutscher Nazigrößen bei „Nazi Müller“ in Mainz-Gonzenheim.

Mainz ist seit mindestens 19 Jahren ein Zentrum des organisierten Neo-Faschismus in der BRD. So wird 1974 in Gonzenheim die „NS-Kampftruppe Mainz" oder „NS-Kampftruppe Müller" gegründet. Im Mai 1974 wird in der Gärtnerei Müller ein Waffenlager ausgehoben, u.a. werden Gewehre, Pistolen, Munition und Chemikalien zur Sprengstoffherstellung sichergestellt. Die Waffen werden von der Polizei an Kurt Müller zurückgegeben, da dieser eine gültige Waffenbesitzkarte hat.

In den folgenden Jahren steht das Ehepaar Müller mit fast jedem Organisationsansatz des deutschen und internationalen Neofaschismus in Verbindung, z.B. der NSDAP/AO, der ANS/NA, der FAP und der DA. Lage und Größe ihres Anwesens, sowie die sogenannte „Walhalla" ermöglichen es den Müllers relativ ungestört ihren Aktivitäten von „Wehrsportübungen" bis zum Führerthing", nachzugehen. Regelmäßig zu „Führers Geburtstag" und der Sommer- und Wintersonnwende geben sich am Eingang der Müllerschen Festung Nazi-Größen wie Christian Worch oder Friedhelm Busse, Bundesvorsitzender der FAP, die Klinke in die Hand. Zuletzt am 29. 12. 1992, als rund 300 Rechtradikale der bundesweiten Mobilisierung zur Sonnwendfeier gefolgt waren., Unter den anwesenden Gästen u.a. Michael Petri, ehemaliger rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender der jüngst verbotenen DA. Die Neonazi-Aufmärsche am ehemaligen alliierten Kriegsgefangenenlager im benachbarten Bibelsheim wurden ebenfalls von der Gonzenheimer Schaltzentrale aus organisiert.

Die „Führungsposition" der Müllers erklärt sich nicht nur durch die logistische Bedeutung ihrer Gärtnerei, sondern wird ergänzt durch den leitenden Vorsitz Ursula Müllers bei der „Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene" (HNG), ein Netzwerk, das verschiedene Organisationsansätze der Faschisten verbindet. Die HNG unterstützte u.a. tatkräftig das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, sie verteilte als Rechtshilfeorganisation Flugblätter, die Rechtsbelehrung bei Verhaftung gaben.

Neben dieser, auch vom Verfassungsschutz eingeräumten „bundesweit bedeutsamen" Aktivität der harten Neonazi-Scene, im Umfelde der Nazi-Familie Müller, gibt es in Mainz außerdem eine beachtliche Organisierung der rechten Scene in legalen Parteien. Insgesamt sind zusammen mit der verbotenen DA ca. 310 Alt- und Jungnazis in den Parteien NPD, Reps und DVU organisiert. Der Ortsverband der DA ist mit 30 Personen einer der größten in der BRD. Die „Kameradschaftsabende" der DA finden auch weiterhin trotz Verbot in der Gärtnerei Müller oder der Gaststätte „Am Depot" statt, die ebenfalls den Republikanern als Versammlungsort dient.

Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft und Polzeibehörden in Rheinland-Pfalz sind sich im Umgang mit den Rechtsextremisten einig. Totschweigen - und wenn dieses einmal nicht mehr geht, bemühen sich „höchste Stellen" die rassistischen Aktivitäten der Neonazis herunterzuspielen, zu verharmlosen und zu entschuldigen. Innenminister Walter Zuber stellt am 25.11. 1992 fest: „In Rheinland-Pfalz gibt es bisher keine Anhaltspunkte dafür, daß fremdenfeindliche Straftaten durch rechtsextremistische Kreise organisiert und zentral gesteuert werden". Eine solch wohlwollende Rückendeckung für die Nazi-Müllers aus Mainz-Gonzenheim, werden diese selbst nicht erwartet haben.

Ganz im bundesdeutschen Trend, leugnet man in Mainz den Zusammenhang einer immer breiteren Organisierung der Neo-Faschisten und der steigenden Zahl rassistischer Angriffe auf ausländische Menschen. Im Kalenderjahr 1992 sind nach Angaben Zubers 150 fremdenfeindliche Straftaten aktenkundig geworden. Die Aufklärungquote dieser oftmaligen Mordversuche liegt mit 24% deutlich unter der Durchschnittsquote aller Straftaten, die bei 50% liegt. Diese Tatsache einer viel geringeren Aufklärungsquote erklärt sich nicht zuletzt damit, daß die Mainzer Polizei und Justiz keine Schritte unternimmt, die die Organisierung und Aktivitäten der Faschisten entscheidend behindert. Vielmehr gilt das derzeitige Interesse der Staatsschutzbehörden den Antifa-Gruppen, die effektiv Widerstand gegen Rassismus und Faschismus leisten. Die Verfolgung und Kriminalisierung von AntifaschistInnen und Linken einerseits, und die Toleranz bis hin zur Unterstützung von Faschisten andererseits, durch diesen deutschen Staat ist nicht neu. Den 6500 Verfahren gegen Nazi-Kriegsverbrecher, die in der BRD durchgeführt wurden, stehen alleine ab 1956 ca 150.000 politische Prozesse gegen Linke gegenüber. Diese Tradition der bundesdeutschen Justiz ändert sich auch dann nicht, nachdem in Folge der Wiedervereinigung fast jede Nacht Flüchtlingsheime brennen, AusländerInnen, Behinderte, Obdachlose, Linke und homosexuelle Menschen angegriffen und ermordet werden. Der Feind steht nach wie vor links. Knapp dreihundert Verfahren wegen Bildung und Unterstützung einer

teroristischen Vereinigung hat der Generalbundesanwalt seit der Wiedervereinigung gegen Linke eingeleitet, gerade mal sechs gegen Neonazis.

Offensichtlich werden rassistische Verbrechen hierzulande nicht von Feinden dieser Gesellschaftsordnung begangen, sondern als ein etwas „grober Ausdruck des Bürgerwillens", letztendlich sogar belohnt. Die inzwischen alltäglichen Angriffe und Pogrome von Hoyerswerda bis Rostock dienen der Legitimation des gesetzlichen und administrativen „Handlungsbedarfs" zur Verschärfung der Asylbestimmungen. Die faktische Abschaffung des Asylrechts bestätigt alle, die „Deutschland zuerst" im Kopf haben - die Bürokraten, die Hetzer und die Totschläger. Diese Dreieinigkeit wird derzeit hauptsächlich durch Antifa-Gruppen und Initiativen, deren erklärtes Ziel die antifaschistische Selbsthilfe ist, gestört. So wundert es auch nicht, daß immer öfters Antifaschisten und Antifaschistinnen ins Fadenkreuz der staatlichen Repression rücken, denn die Bewegung konnte einige Erfolge gegen Großveranstaltungen, Parteitage und Treffen der Faschisten erringen, nicht zuletzt auch mit Einsatz von Militanz. Die heuchlerische Medienkampagne und verordneten Lichterketten gegen Haß und Gewalt, haben in diesem Zusammenhang den Hintergrund, die antifaschistischen Widerstandsformen zu kriminalisieren, die effektiv dem faschistischen Terror der Straße Einhalt gebieten. Die staatliche Verfolgung wird regelmäßig gedeckt durch eine Presseberichterstattung, die entweder versucht die politischen Auseinandersetzungen als ein Problem rivalisierender Jungendbanden herunterzuspielen, oder linke Gegengewalt zu diffamieren, indem diese dem rechten Terror gleichgesetzt wird. Diese Verleumdung gipfelte in der Gleichsetzung der Mordanschläge der verbrannten Menschen in Mölln mit den Eierwürfen auf Bundespräsident und EX-Nazi Weizsäcker.

Für uns ist klar: Die Aktion gegen das „Kameradschaftstreffen" von Faschisten der „Deutschen Alternative" am 6.1.1993, hatte ihre völlige Berechtigung und ist legitim.

Es ist bezeichnend, daß die Festnahme Gunthers von den Behörden betrieben wird, die schon seit Jahren tatenlos zusehen, wie Mainz zu dem Zentrum der westdeutschen Neonazi-Scene avanciert. Antifaschistischer Widerstand ist offensichtlich in diesem Staat nur gegen diesen selbst möglich.

Für die sofortige Freilassung von Gunther und die Einstellung aller Verfahren gegen AntifaschistInnen

Solidaritätsgruppe Gunther Mainz/ Wiesbaden; Kontakt: Infoladen, 6200 Wiesbaden, Werderstr. 8, Fax: 0611/ 9490751, Tel: 0611/440664 (dienstags ab 20 Uhr)

# Die bundesdeutsche Rechte und „Königsberg"

*Kaliningrad, unter dem Namen Königsberg ehemals Hauptstadt der deutschen Provinz Ostpreußen, hat sich in den letzten Monaten zu einem zentralen Schwerpunkt der Propagandaaktivitäten bundesdeutscher Rechtsextremisten jeglicher Couleur entwickelt. Zu verzeichnen ist auch eine zunehmende Reisetätigkeit von Ewiggestrigen und Möchtegern-Ostpreußen in das von 450.000 Menschen, darunter circa 5.000 Rußland-Deutschen, besiedelte Kaliningrad. Ziel ist die Re-Germanisierung einer Region (Gesamteinwohnerzahl: circa 930.000), die bis Januar 1991 militärisches Sperrgebiet war und so groß ist wie Schleswig-Holstein.*

## Deutsches Land Im Osten

Ein Patenschaftsabkommen des Landes Schleswig-Holstein mit Kaliningrad hatte gar die DVU-Fraktion jüngst im Landtag beantragt. Als Aufgaben und Ziele eines solchen Abkommens wurden in dem Antrag unter anderem die Förderung der „Zuwanderung von Rußland-Deutschen nach Königsberg sowie der deutschen Sprache und Kultur und die Einführung der D-Mark als gültiges Zahlungsmittel genannt. DVU-Fraktionschef Ingo Stawitz erklärte im Landtag zur Antragsbegründung: Das Patenschaftsabkommen mit Königsberg dient dazu, einen schrittweisen Beitritt deutschen Staatsgebietes einzuleiten.

Bundesweit in seinen Bestrebungen unterstützt wird Stawitz durch den DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey, in dessen „National-Zeitung" seit Jahresbeginn in unregelmäßigen Abständen eine Eigenanzeige geschaltet ist, die auch als Flugblatt vertrieben wird. Unter dem Motto „Ostpreußens große Chance" ist dort zu lesen: „Das russisch besetzte Nordostpreußen ist dünn besiedelt. Der Regierungspräsident von Königsberg wünscht die Ansiedlung von 200.000 Rußlanddeutschen sowie eine enge deutsch-russische Gemeinschaft beim Wiederaufbau Ostpreußens. Bonn aber überhört hartnäkkig alle Signale einer Erneuerung der alten deutsch-russischen Freundschaft in Ostpreußen und nimmt Rücksicht auf die bankrotte polnische Wirtschaft und die Begehrlichkeit Warschaus auch auf Königsberg. Jetzt sollten sich alle Patrioten in dem Bestreben vereinen, Ostpreußens neue deutsche Chancen zu verwirklichen." Multimillionär Frey, durch und durch Geschäftsmann, koppelt die Anzeige mit dem Appel, seiner DVU-eigenen „Aktion Oder-Neisse" (AKON; Monatsbeitrag DM 3,00) beizutreten.

Engagiert in Sachen Königsberg sind auch die „Republikaner", deren Funktionär Gerhard Tempel in „Nation", einer der NPD-nahestehenden Postille, im Frühjahr forderte: „Deutschland muß sich für Ostpreußen interessieren!" Tempel weiter: „Die Republikaner fordern, endlich die Bemühungen um die Wiedererrichtung der Wolgarepublik aufzugeben und statt dessen nachdrücklich die Rückgabe des unter ehemals sowjetischer Verwaltung stehenden Nord-Ostpreußens mit Königsberg zu verlangen.

Ins gleiche Horn posaunt die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DL), ein Möchtegern-Sammelbecken der "nationalen Kräfte", die in ihrem Organ "Deutsche Rundschau" dazu auffordert, „Jetzt Ostpreußen sichern!". Eigens dazu hat die DL ein „Hilfskomitee Nördliches Ostpreußen im Förderverein Vereinigte Rechte" gegründet, das „Fahrten und Hilfsleistungen ins nördliche Ostpreußen (organisiert), um dort beim Auf- und Ausbau bestehender Dörfer mit deutscher Bevölkerung und der Neuansiedlung von Deutschen aus dem Wolgagebiet und Kasachstan Unterstützung zu geben. Die Eigendarstellung

schließt lapidar: “Damit soll dieses Gebiet langfristig für Deutschland gesichert werden.“

Seit Monaten schon läuft die Anzeigen- und Unterschriftenkampagne „Freiheit für die Königsdeutschen - Freiheit für Königsberg!“ des als gemeinnützig anerkannten Vereins „Unitas Germanica e.V.“. Hinter „Unitas Germanica“ steht die rechtsintellektuelle „Junge Freiheit“ (JF), eine Monatszeitung, die sowohl in konservativen als auch rechtsextremen Kreisen gerne gelesen wird. Veröffentlicht wurde die Anzeige bisher unter anderem in der FAZ, dem Rheinischen Merkur und der „Welt“.

In ihrer Juli/August-Ausgabe „92 publizierte die JF ein Interview mit Wilfried Böhm (58), einem CDU-Bundestagsabgeordneten, der den deutsch-polnischen Vertrag abgelehnt hat und sich für ein deutsches Engagement im ehemaligen Nordostpreußen stark macht. Im JF-Interview fordert Böhm unter anderem ein „deutsches Konsulat“ für „Königsberg“, um so „Interesse an dem nord-ostpreußischen Gebiet“ zu bekunden. In einem Leserbrief in der FAZ (2. Oktober 1992) plädiert Böhm gar für eine „Ansiedlung von Rußlanddeutschen im nördlichen Ostpreußen“.

Eine Erklärung „Königsberg 2000“, „in der von der deutschen und russischen Regierung klare Akzente zur Entwicklung „Nordostpreußens“ verlangt werden und für eine Ansiedlung von Rußlanddeutschen in der Königsberger Region“ eingetreten wird, verabschiedete das „Studienzentrum Weikersheim“, ein “Think-Tank“ des Neokonservatismus, der sich am 9./10. Mai letzten Jahres mit über 600 Teilnehmern ostmitteleuropäischen Themen widmete. Einer der Referenten der Tagung war der 37jährige Wladimir Gilmanov, Hochschullehrer in den Bereichen Philologie, Sprachwissenschaften und Kulturgeschichte an der Universität Königsberg, der auf dem Kongreß unter anderem ausführte: „Ohne deutsche und europäische Hilfe werden Land, Stadt und Universität wohl im Chaos versinken. Warum ist der deutsche Staat aber hier nicht präsent, warum verweigert er auch nur die Eröffnung eines Konsulats in Königsberg?“

Über den Weikersheimer Kongreß berichtete das führende ideenpolitische Organ des bundesdeutschen Rechtsextremismus „Nation+Europa“ (NE) ausführlich; erwähnenswert erschienen der NE-Redaktion Auszüge aus der Rede „des Präsidenten des zu Rußland gehörenden Bezirks Königsberg“, Professor Juri Matotschkin: „Über 200.000 Rußland-Deutschen bieten wir hier eine neue Heimat an, denn die verwüsteten oder von Russen besiedelten Gebiete in Kasachstan und an der Wolga können für sie keine Zukunft sein. Die wiederbelebten Namen Königsberg und Preußen sollen eine neue gemeinsame Zukunft von Russen und Deutschen symbolisieren. Alle Unternehmen, die sich bei uns ansiedeln, werden für die ersten Jahre Steuerfreiheit haben.“

## Vorboten des deutschen Trecks

Direkt vor Ort in Königsberg tummelten sich schon Mitglieder der „Paneuropa-Jugend“, Aktivisten des „Bundes Heimattreuer Jugend“ (BHJ) oder auch Angehörige des königstreuen „Preußen-Instituts“. In den „Preußischen Mitteilungen. Zeitschrift des Preußeninstituts, des Zollernkreises und der Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V.“, wird der Leserschaft mitgeteilt, daß das „Preußen-Institut“ führend an der Eröffnung der Ausstellung „Menschen unterwegs - das Beispiel Ostpreußen“ im „Königsberger Museum für Geschichte und Kultur“ beteiligt war.

In die “einstige Krönungsstadt der Hohenzollernkönige“ führte auch eine Studienreise der „TürmerKulturreisen“ (Berg /Starnbergersee) vom 22. bis 29. September zum stolzen Preis von DM 1.340,00.

Hyperaktivist in Sachen „Königsberg“ ist der 38jährige Dietmar Munier, Verleger aus Kiel, dessen „Aktion Deutsches Königsberg“ beispielsweise in „Der Freiwillige“, Organ der HIAG, der Nachfolgeorganisation der Waffen-SS, oder in der Neonazi-Postille „Der Scheinwerfer“ bejubelt wird. Munier, Autor des Buches „Das letzte Dorf. Bei den Rußlanddeutschen in Ostpreußen“ (liegt auch als VHS-Video „Ostpreußen - Neue Heimat der Rußlanddeutschen“ zum Preis von DM 79,00 vor), sucht Lehrer und Spender für Königsberg. Mit Unterstützung von Aktivisten des BHJ und der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) sammelt er bundesweit Maschinen, Bücher, Kleidung, Saatgut und Hausgeräte. Als „recht erfolgreich“ wird Muniers Aktion in „Nation+Europa“ bezeichnet: „Seit November 1991 hat die Aktion an Dynamik gewonnen. Rund 40 bis 60.000 Deutschstämmige sollen sich nach Muniers Angaben bereits wieder in Ostpreußen niedergelassen haben.“ NE weiter: „Die Masse der Deutschen arbeitet auf landwirtschaftlichen Kolchosen, daneben sollen in Zukunft verstärkt selbständige Existenzmöglichkeiten geschaffen werden, vor allem in Trakehnen und am Kurischen Haff.“

Muniers erstes Rundschreiben seiner „Aktion Deutsches Königsberg“ schließt mit dem Appell: „Laßt unsere rußlanddeutschen Landsleute in Ostpreußen jetzt wissen, daß es Glück bedeutet, Deutscher zu sein.“

**Kaliningrad - Vorbote eines deutschen Trecks Richtung Osten?**

*Anton Maegerle*

